

ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Wollen wir in der BRD ankommen?

Für manche aus dem Osten, die sich Sozialisten nennen, war und ist es der Wunschtraum, endlich in der BRD „anzukommen“. Sie verstehen darunter offensichtlich nicht die Staatsbürgerfrage, die ja mit der Annexion der DDR im Herbst 1990 definitiv gelöst wurde. In diesem Sinne sind wir alle - auch jene, denen die BRD-Staatsbürgerschaft wider Willen übergestülpt wurde - vor fast elf Jahren „integriert“ worden. Millionen im Osten, die auf Seiten des Arbeiter-und-Bauern-Staates standen, waren einst stolz darauf, Bürger der DDR zu sein; jetzt sind sie - wie die übrigen „Ostler“ - Bürger zweiter Klasse im Deutschland der Monopole.

Ohne Zweifel haben die Verfechter des „Ankommens“, die jedermann auffordern, es ihnen gleichzutun, etwas ganz anderes im Sinn. Sie meinen die Preisgabe von Ideen und Wertvorstellungen, die - trotz der Niederlage des Sozialismus und des Sieges der Konterrevolution - nach wie vor im Bewußtsein und in der Erinnerung vieler früherer DDR-Bürger haften. Die Fasern des Verwobenseins mit der Erfahrung aus Kindheit, Jugend und Arbeitsleben in der DDR sollen ausgerissen werden, um Platz zu schaffen für die „Moderne“ des Imperialismus. Wer an Bewährtem festhält, wird als „rückwärtsgewandt“ bezeichnet. Das Verlangen, in der BRD anzukommen, ist ein Appell zu bedingungsloser Kapitulation im Denken und Fühlen. Die vom Sozialismus der DDR geprägten Menschen sollen sich dem „Wertesystem“ der Bourgeoisie unterwerfen.

Wir Kommunisten mit DDR-Vergangenheit erklären unmißverständlich, daß wir unsere Identität verteidigen werden. Wir wollen weder politisch-ideologisch noch moralisch oder emotionell in der Bundesrepublik Deutschland ankommen.

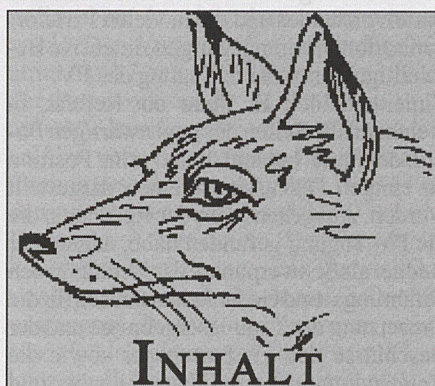
Unsere an den Staat der westdeutschen Monopole gerichteten 11 Forderungen sind Ausdruck dieser Entschlossenheit.

Gegen unseren Vorschlag sind von Kritikern vor allem zwei Argumente ins Feld geführt worden: Erstens wird eingewendet, die 11 Forderungen seien nicht durchsetzbar. Doch seit den Tagen von Marx und Engels gehört es ja gerade zur Dialektik an den Klassenfeind gerichteter kommunistischer Forderungen, daß dieser dadurch bloßgestellt wird, daß er sich mit einem Katalog von Ansinnen konfrontiert sieht, die er nicht erfüllen will. Würden wir der BRD-Regierung Forderungen unterbrei-

ten, die ihr genehm sind, bewegten wir uns im seichten Gewässer des Reformismus. Zweitens wirft man uns vor, wir wollten die „alte DDR“ wiederhaben. Doch wir sind keine Trautmäntler, die abgefahrenen Zügen hinterherlaufen. Für uns war die DDR die bisher größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung - aus kommunistischer Sicht eine wohl unbestreitbare These, deren Anerkennung durch den PV der DKP wir einmal mehr annehmen. Wir wissen sehr genau, daß das eine geschichtliche Feststellung ist, die die Vergangenheit betrifft. Genosse Henry Heintz aus Freiberg in Sachsen schrieb: „Ein guter Freund hat es meinem Sohn mal so erklärt: Ich will die DDR nicht wiederhaben, da müßte ich ja auch die Fehler mit in Kauf nehmen. Ich will was Besseres. Aber wenn man mich vor die Wahl stellen würde - entweder die DDR oder für immer das, was wir jetzt haben, nehme ich sofort die DDR.“ Die DKP bemüht sich seit Jahren darum, eine gesamtdeutsche Partei zu werden. Der Erfolg ist schmal. Sicher gibt es derzeit keine Konjunktur für revolutionäre Kräfte. Viel Mut und Konsequenz gehören dazu, sich heutzutage Kommunist zu nennen. Doch mehr wäre drin. Unter einer Voraussetzung: Die DKP müßte im Osten Politik in der Sprache und im Verständnis der Leute aus dem Osten machen. Die „11 Forderungen“ greifen, weil sie an das Denken des nicht gleichgeschalteten Teils der früheren DDR-Bewohner anknüpfen. Aus dem selben Grund ist auch der „RotFuchs“ ein Renner. Die Leserbriefe beweisen es.

Nun hat uns Genosse André Scheer aus Hamburg geschrieben, der RF vermittele den Eindruck, als gäbe es für uns „kein anderes Thema als die Verteidigung der DDR“. Ein Vorwurf, der uns ehrt. Doch, lieber André, jeder, der den RF ernsthaft liest, kennt auch unsere breite Themenpalette. Übrigens: Wenn andere mit der DDR ihre Schwierigkeiten haben - wir verteidigen die Geschmähte, Verleumdete, in den Dreck Getretene mit Klauen und Zähnen. Davon wird uns niemand abbringen. Wir tun das gemeinsam mit dem besten, fortgeschrittensten und bewußtesten Teil der Arbeiter in ganz Deutschland, die wir natürlich als unsere einheitliche Klasse betrachten. Es wäre gut, wenn die DKP-Führung ihre gesamtdeutsche Verantwortung endlich durch ein Sonderprogramm für den halbkolonialen Osten - das Südtalien der BRD - unterstreichen würde.

Klaus Steiniger



Wollen wir in der BRD ankommen?	S. 1
11 Forderungen weiter auf dem Tisch	S. 2
Der Bourgeoisie nicht hinterherhecheln!	S. 4
Über Köche und Kellner	S. 5
Das war nicht Gottes Tau!	S. 6
Ärzte hatten das Wort	S. 7
Tauwetter bei den Eiskalten	S. 8
Briefwechsel Stehr - Schleese	S. 9
Mein Zellennachbar	S. 10
Statutenwidrig	S. 10
Man wird doch wohl fragen dürfen	S. 10
Möglichkeiten und Grenzen	S. 11
Was sich Kinder wünschen	S. 11
Steh auf, steh auf, du Riesenland!	S. 12
Weltgeschichtliche Zäsuren	S. 13
Auf erfolgreichem Kurs	S. 14
Moldava setzt auf Rot	S. 15
Regierung in Panik	S. 15
Triumph der AKEL	S. 15
Euskadis rauhes Klima	S. 16
Partei der Arbeit Belgiens	S. 17
Italienische Lehren	S. 18
Die leninistische Sicht der „Coordination“	S. 18
Zweite Stellungnahme	S. 19
Am Rande bemerkt	S. 20
Leserbriefe	S. 21
Termine & Anzeigen	S. 24

Wir berichten von der ostdeutschen DKP-Funktionärskonferenz

11 Forderungen weiter auf dem Tisch

Zwei Monate zuvor als offenes „Hearing“ zum PV-Entwurf „Für gleiche Rechte in Ost und West - gemeinsam kämpfen“ angekündigt, fand am 24. Mai eine zur Funktionärskonferenz umgewandelte Beratung statt. Sie erhielt ihr Gewicht u. a. durch die Teilnahme von drei Mitgliedern des Sekretariats des Parteivorstandes und die in vielen Parteiorganisationen vorangegangene intensive Beschäftigung mit der 5. Tagung des PV.

Einleitend hielt **H. Stehr** ein Referat, in welchem alle Seiten der gegenwärtigen Politik der Partei behandelt und seine Position zu einigen Diskussionsthemen dargestellt wurden. Ausgehend von der Resonanz, die die PV-Tagung gefunden habe, nannte der Redner als Schwerpunkte der Beratung: den Erfahrungs- und Gedankenaustausch für die Umsetzung der Tagungsergebnisse und der Beschlüsse des 15. Parteitages sowie die Verständigung über die Hauptaufgaben und die gegenwärtige politische Situation. Die Möglichkeiten für unsere Politik würden zunehmend günstiger. Bezogen auf Diskussionsfelder der 5. Tagung wandte er sich gegen die Verwendung der Begriffe Konterrevolution und Kolonialismus in Bezug auf die Entwicklungen im Osten. Ausführlich ging er auf die Notwendigkeit ein, neue Mitglieder zu gewinnen und die UZ zu verbreiten. Ohne den „RotFuchs“ auch nur zu erwähnen, betonte H. Stehr: „Es gibt nichts Besseres als die UZ.“

Im Mittelpunkt der lebhaften Aussprache, an der sich 27 Genossinnen und Genossen beteiligten, standen - sicher nicht in Übereinstimmung mit den Intentionen der Veranstalter - die von der Gruppe Nordost ausgearbeiteten „11 Forderungen ...“ und damit verbundene ideologische Fragen. Nach meiner Übersicht waren es 18 Beiträge, die sich mit ihrem Inhalt und ihren Aussagen beschäftigten oder sie dem Diskussionspapier der 5. Tagung gegenüberstellten. 7 Beiträge waren gegen den Vorschlag der Gruppe Nordost gerichtet. Kennzeichen der freimütigen und kontroversen Debatte war die wohltuend sachliche Tonlage, um die sich fast alle bemühten.

Der Reigen der Redner, die sich gegen den Nordost-Entwurf wandten, wurde von **J. Horn** eröffnet. Die 11 Forderungen seien vom Grundsatz her falsch, weil sie auf die nationale Befreiungsbewegung setzten; wir müßten jedoch aus der Einheit der Klasse heraus handeln. Sie seien das Angebot einer Fraktion, die es in einer marxistisch-leninistischen Partei nicht geben könne. Seine Ausführungen stützten sich weitgehend auf Grundgedanken, die er bereits in dem polemischen Material „11 Forderungen - ein Aufruf zur Spaltung“ entwickelt hatte, das vom PV mit den Materialien der 5. Tagung veröffentlicht worden ist. **B. Lippmann** meinte, die 11 Forderungen seien zwar nicht

falsch, aber Jugendliche hätten ihn gefragt, ob wir die DDR wieder abspalten wollten. Vieles sei unrealistisch und gehe an unseren Problemen vorbei. Der „RotFuchs“ solle die „unterschwellige Kritik am Parteivorstand weglassen“ und vorsichtiger mit solchen Begriffen wie Kolonialismus umgehen. **N. Speckmann** erklärte, sie könne die Betonung der Ost-West-Unterschiede nicht mehr ertragen. **K. Wild** machte auf das Strukturgefälle innerhalb des Landes Brandenburg aufmerksam und meinte, es sei fraglich, ob nicht die Unterschiede zwischen Potsdam und Cottbus größer seien als zwischen München und Ostfriesland. Wenn auch die Bezeichnung Konterrevolution für die im Osten 1989/90 abgelaufenen Prozesse richtig sei, könne man doch von kolonialistischer Einverleibung nicht reden. **L. Näthebusch** warf der Gruppe N/O vor, „nichts mit der Arbeiterklasse am Hut“ zu haben. Die aktuelle Beschluslage habe für sie offenbar keine Bedeutung.

Einen herausragenden Beitrag mit entgegengesetzten Positionen hielt **B. Müller**, Mitglied des PV und brandenburgische Landesvorsitzende. Aus meiner Sicht war es die eindrucksvollste Rede der ganzen Konferenz. „Unsere Genossen lesen nahezu durchgängig die Dokumente sehr aufmerksam, sie wollen sich nicht mehr blindlings auf eine Parteiführung verlassen.“ Das sei eine der wesentlichen Lehren aus unserer SED-Geschichte. „Sie prüfen, wägen ab und äußern sich kritisch.“ Sie mahnte die Wiederbelebung eines Führungsstils an, mit dem die Parteispitze die Genossen im Osten spüren lasse, daß deren Meinung gefragt sei und in der Politik der Gesamtpartei auch umgesetzt werde. Weggebrochen sei dieser Stil mit dem „nahezu genötigten“ Rückzug B. Steinigers aus der Führungstätigkeit. „Wir sind im Osten nichts Besonderes, aber wir haben eine besondere Situation!“ Sie gehe davon aus, daß die von den Grundorganisationen zum PV-Entwurf eingeforderten Beiträge „diesmal als sichtbare Überarbeitungen“ deutlich und nicht nach dem Motto behandelt werden: „Was nicht vom Sekretariat gedacht, gesagt und geschrieben wird, gibt es nicht oder geht nicht oder ist gar parteischädigend.“ Sie schilderte die Reaktionen von Brandenburger Genossen auf die 5. Tagung und zitierte aus einer Stellungnahme: „Es ist nur eine logische Konsequenz, daß sich Genossen Gedanken darüber machen, wie die DKP mit einem Forderungsprogramm gegenüber der Bundesregierung für Gleichbehandlung und Gerechtigkeit zwischen Ost und West eintreten könnte oder sollte.“ Und genau das habe die Gruppe Nordost mit ihrem 11-Punkte-Programm praktiziert. Die auf der 5. Tagung als Diskussionsgrundlage beschlossenen 19 Punkte seien in ihrer Einheit kein Forderungs-

programm der DKP für die neuen Bundesländer. Abschließend forderte die Rednerin den Parteivorsitzenden auf, den mit seinem Beitrag auf der 5. Tagung praktizierten Stil persönlicher Angriffe auf einzelne Genossen fortan zu unterlassen; er befördere nicht die gemeinsame Lösungsstrategie. Leider ging H. Stehr in seinem Schlußwort auf diesen Appell mit keiner Silbe ein.

Engagiert, kenntnisreich und eindringlich wurden die mit den 11 Forderungen erarbeiteten Positionen vertreten. Ausgelöst durch die besondere Art der Kritik im Referat N. Hagers wurden in mehreren Diskussionsbeiträgen die sehr prinzipiellen Meinungsunterschiede benannt, die hier deutlich werden. Mich beeindruckten die Geschlossenheit und Schlüssigkeit der Argumentation dieser Reden. **K.-H. Reinhardt**: „Unsere Leipziger Gruppe unterstützt in vollem Umfang die 11 Forderungen. Jeder Satz entspricht unseren persönlichen Erfahrungen.“ Ihre Diskussion und die des Entwurfs der 5. Tagung solle weitergehen. Seine Genossen bemühten sich nach Kräften, für die UZ zu werben, aber der „RotFuchs“ böte mehr. **B. Steiniger**: „Die 11 Forderungen implizieren nicht den Anspruch auf Sonderrechte. Sie orientieren auf den Kampf um Grundrechte im Osten, der auch eine positive Rückkopplung im Westen haben könnte. Diese Grundrechte sind in besonderer Weise verletzt und vernichtet worden. Mit dieser Feststellung spalten wir weder die Arbeiterklasse noch die Partei.“ Das Diskussionsangebot des PV besitze weder die notwendige Spezifik noch den erforderlichen Biß, um bei der Bevölkerung Ostdeutschlands zu greifen; in seiner Verwaschenheit sei es keine brauchbare Alternative. „Wir wollen mit unserem Forderungskatalog den Menschen vor Augen führen: Was wir schon einmal im Alltag hatten, war Sozialismus. Wir wollen sie in der Systemauseinandersetzung zu einer Parteinahme für den Sozialismus und gegen den Kapitalismus bewegen, also ihre eigenständiges politisches Denken anregen. Darin besteht das Hauptanliegen unserer 11 Forderungen.“ Ganz in diesem Sinne hatte sich zuvor **H. Dunkhase** geäußert. Wir müßten die DDR-Erfahrungen in einer Weise aufarbeiten, daß Anknüpfungspunkte und Verbindungen zu möglichen Keimformen des Neuen in der heutigen Realität sichtbar werden. Das lasse sich für den aktuellen Kampf nutzen. Aber, unter Hinweis auf H. Stehrs Rede auf der 5. PV-Tagung: „Das Rühmen der DDR als der höchsten Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung wird als eine ‚zu enge Sicht auf die Dinge‘ verworfen“. Damit werde die revolutionäre „Beerbarkeit“ der DDR infrage gestellt. Ähnlich nahm **K. Steiniger**, der zu einigen ideologischen Fragen sprach, Stellung: „Vor dem Hintergrund der jüngsten Er-

eignisse in der PDS, die zu einer Lügen- und Verleumdungskampagne ersten Ranges geführt haben, wird das Verhältnis deutscher Kommunisten zu DDR und SED zur Kardinalfrage aller Auseinandersetzungen.“ **H. Strohschein** berichtete von seinen Eindrücken als Gast der 5. Tagung: Verwundert habe ihn der Grad an Unkenntnis über die tatsächliche soziale Lage im Osten und über das Ausmaß der Zerstörung der industriellen Basis bei manchen Genossen aus der Alt-BRD.

H. Fischer schilderte nochmals die Motive, die zur Entstehung unserer Vorschläge geführt hätten. „Wir wollten potentiellen DKP-Mitgliedern und anderen Linken im Osten zeigen, daß unsere Partei hinter den Interessen und Forderungen eines großen Teils der Bevölkerung steht.“ Er listete neun Gesichtspunkte aus den 11 Forderungen auf, die unverständlicherweise im PV-Entwurf nicht mehr enthalten seien. Als Beispiel nannte er den Verzicht auf das Verlangen nach Auflösung der Gauck-Birthler-Behörde. Der PV-Entwurf bedürfe noch wesentlicher Veränderung. **H. Kopistecki** mahnte die nichtaufgenommene Forderung zur Industrieentwicklung im Osten an. Welches Gewicht dem zukomme, sei an der Entscheidung deutlich geworden, die Airbus-Fertigung nicht bei Rostock, sondern in Hamburg anzusiedeln. Seit dem Beschluß über die Sozialismus-Vorstellungen sei er zunehmend enttäuscht von der Ostpolitik der DKP. „Auch nach der 5. Tagung habe ich mehr Fragen als Antworten.“ Besonders Verweise auf das notwendige Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern habe er überall vergeblich gesucht. Die Bauern seien in der BSE-Krise durch die DKP nicht unterstützt worden. **F. Mühlefeldt** befürwortete nachdrücklich die These vom halbkolonialen Status der Ostdeutschen und verwies auf sachkundige Veröffentlichungen. Er wandte sich gegen die im Hager-Referat der 5. Tagung versuchte Einschränkung der Informationsfreiheit von Genossen und schlug vor, im Osten eine ständige Arbeitsgruppe zum Studium der Entwicklung der sozialen Lage aus Vertretern aller Bezirksorganisationen zu schaffen. **W. Opitz** wies die „Anfeindungen und Bösartigkeiten“ zurück, denen die Gruppe Nordost vor allem seit der Veröffentlichung ihres Diskussionsangebots ausgesetzt sei. „Wären die Vorschläge aus Potsdam oder von woanders gekommen, hätte man sie nicht so aggressiv behandelt.“ Ähnlich äußerte sich **P. Lehmann**: Die Reaktionen des PV auf die 11 Forderungen seien z. T. „plump“. Sie nannte als Beispiel den Vergleich zu nationalen Befreiungsbewegungen. „Das muß doch nicht sein!“ Angesichts der realen Plattmache der DDR-Industrie sei es zynisch, im PV-Entwurf als erste die Kollegen in den Betrieben anzusprechen. Sie schlug vor, die Sachkunde im PV zu Ostproblemen durch die sofortige Kooptierung von fünf geeigneten Genossen zu erweitern. In einer ganzen Reihe von Diskussionsbeiträgen wurde auf die Charakterisierung der 1989/90 in der DDR abgelaufenen Prozesse

als Konterrevolution eingegangen. Alle Redner hielten diese Bezeichnung - mit unterschiedlicher Argumentation - für korrekt, weil sie den Klasseninhalt der Vorgänge eindeutig definiere, auch wenn es keinen nennenswerten Widerstand aus der Bevölkerung gegeben habe. Es bleibt zu hoffen, daß solcherlei Einmütigkeit Zweifler und Widersacher dieser marxistischen Position zum Nachdenken anregt.

Ein weiteres übergreifendes Thema war die Bewertung des offenen Verrats der PDS-Führung. Der Profilverlust, den die PDS damit erlitten habe, sei ein schlechter Tausch für Ministersessel, meinte eine Genossin. Mehrere Beiträge beschäftigten sich mit der Frage, warum sich die vielen enttäuschten PDS-Mitglieder nicht der DKP zuwenden. Könnte unsere Partei eine neue politische Heimat für sie werden, wurde gefragt. Und die Antwort lautete: Ja, diese Genossen könnten mit uns durchaus für die gemeinsame Sache eintreten, aber Grabenkämpfe gewohnten Stils hielten sie nicht noch einmal aus. **K. Meinel** brach eine schädliche Generationen-Diskussion vom Zaun. Im Osten kämen ja ohnehin nur ältere Genossen zu uns, die Partei aber müsse vor allem für Jüngere attraktiv werden. Das ist sicher richtig. Doch können wir deshalb auf die älteren Genossen mit SED-Erfahrung verzichten? Angesichts der von **Ch. Koberg** geäußerten Haltung, er würde sich um frühere SED-Genossen nicht mehr bemühen, da jene, welche es bis jetzt nicht getan hätten, wohl kaum noch kämen, könnte man schon nachdenklich werden. Ein Genosse aus der Gruppe Nordost spitzte die Frage zu: „Passen die gestandenen Kommunisten, die wir auch erreichen wollen, vielleicht nicht so recht in das Profil der DKP?“ Auch das Verhältnis zur KPD wurde mehrfach angesprochen. Ein Redner meinte, an **H. Stehr** gewandt: „Schreibt Ihr Euch ruhig weiter Briefe. Wir haben derweil gemeinsam den 1. Mai gefeiert und finden bei Aktionen gegen rechts zusammen.“ Auch ein Genosse aus einer anderen Brandenburger Gruppe berichtete: „Auf unserer Ebene klappt die Zusammenarbeit ganz gut.“ **F. Goldscheidt** aus Dresden sagte, er sei wegen atmosphärischer Probleme seinerzeit aus der KPD ausgeschieden und zur DKP gewechselt. Trotz der damit gesammelten enttäuschenden Erfahrungen werde er seine jetzige Partei nach Kräften unterstützen und sich zugleich für das Zusammengehen aller Kommunisten einsetzen. Bereits als erster Diskussionsredner hatte **W. Hellmund** aus Sachsen-Anhalt eindringlich zu der Frage des Umgangs mit unterschiedlichen Auffassungen in einer kommunistischen Partei gesprochen. Eine Klärung sei nur im Rahmen des von den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus erarbeiteten Parteiverständnisses möglich. Dazu gebe es keine Alternative. Die auf der 5. Tagung erhobenen Vorwürfe hinsichtlich eines anderen Parteiverständnisses bei Nordost und anderswo müßten klar benannt und ausdiskutiert werden.

In seinem Schlußwort beantwortete **H. Stehr** nur einige der aufgeworfenen Fragen. Den-

noch waren diese Ausführungen für mich interessanter als das eher pauschale Einleitungsreferat. Zunächst meinte er zur Verwendung des Begriffs Konterrevolution, man solle darüber weiter diskutieren. Dann ging er auf einige Aspekte des KPD-Verbotsurteils von 1956 ein, die insofern bis heute nachwirken, als der damals kriminalisierte Begriff Marxismus-Leninismus zum Unverständnis vieler Genossen im offiziellen Sprachgebrauch der DKP keine Verwendung findet. „Das ist ein schwerer Brocken, der mit Sicherheit auch wieder in der realen politischen Auseinandersetzung genutzt wird.“ Den Vorwurf, die Politik der DKP atme nicht Leninschen Geist, bezeichnete der Parteivorsitzende als „brunnenvergiftet“. Grundlage der weiteren Diskussion sei das vom Parteivorstand auf seiner 5. Tagung beschlossene Angebot. Die 11 Forderungen hätten nicht das gleiche Gewicht. Das zu akzeptieren, sei eine Frage des demokratischen Zentralismus. Die Verwendung von Begriffen wie „halbkolonial“ halte er für ungeeignet, da sie zu unabsehbaren praktischen Schlußfolgerungen führen würde. Man könne nicht einen solchen Begriff in die Welt setzen, ohne die Konsequenzen zu bedenken. Die DKP habe, beginnend 1990, in einer ganzen Reihe von Dokumenten und mit zahlreichen Veranstaltungen ausführlich ihre Positionen zur DDR abgesteckt. Eigens zur Herausarbeitung der Besonderheiten im Osten sei vor drei Jahren die Schaffung der „Konsultationsgruppe Ost“ vom PV beschlossen worden.

Zum „RotFuchs“ meinte **H. Stehr**: „Objektiv scheint das Blatt ja einem Bedürfnis zu dienen“; es sei aber „keine Zeitung der DKP“, da sie die beschlossene DKP-Politik nicht wiedergebe. Offenbar hatte er mit dieser autoritären Feststellung andeuten wollen, was unter den im Einleitungsreferat zu dieser Frage angekündigten „politischen Maßnahmen“, mit denen die Arbeit einer Vermittlungsgruppe des PV abgeschlossen werden solle, zu verstehen sei.

Mein Resümee: Dem Anspruch, Konzepte für die praktische Politik der Partei im Osten zu entwickeln, ist die Funktionärsberatung leider nur in Ansätzen, so besonders in den Beiträgen von **K. Nobst** und **E. Bartels**, gerecht geworden. Der Versuch, die in Berlin Nordost, Leipzig und Neubrandenburg-Teterow beschlossenen 11 Forderungen administrativ vom Tisch zu wischen und als nicht mehr relevant zu betrachten, ist gescheitert. Sie werden auch weiterhin die Diskussion mitbestimmen. Im übrigen ist der „RotFuchs“ trotz einseitiger Erklärungen des Gegenteils eine DKP-Zeitung, gemacht von Kommunisten für Kommunisten. Sie wird sich auch in Zukunft der Zusammenführung aller Genossen - weit über die DKP hinaus - verpflichtet fühlen und eine Tribüne in Deutschland lebender Kommunisten und Sozialisten sein.

Annemarie Mühlefeldt

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert

Der ev.-luth. Theologe Peter Franz zum PDS-Programmentwurf

Der Bourgeoisie nicht hinterherhecheln!

Als Mitsstreiter in der sozialistischen Bewegung möchte ich meine Gedanken und Änderungsvorschläge in die Programmdiskussion der PDS einbringen ...

Ich möchte beginnen mit kritischen Anfragen zur Sprache des Entwurfs und der gewählten Begrifflichkeit. Wenn ich auch verstehe, daß die Autoren - vermutlich aus Gründen der Verstehbarkeit des Textes bis in bürgerliche Kreise hinein - eine hin und wieder feuilletonistische Sprachform verwenden, gehen bestimmte Formulierungen zu Lasten eines klaren Aussagegehalts und sollten daher vermieden werden. Nach meiner Zählung taucht z. B. das Wort „modern“ mindestens sechsmal im Text auf. Da diese Vokabel dem bürgerlich-medialen Neuigkeitswahn hinterherhechelt und der Sprache von Reklameprospekten entspricht, sollte sie durch das zutreffende Wort „gegenwärtig“ oder „heutig“ ersetzt werden. Ähnlich empfinde ich den Gebrauch der Worte „totalitär“, „totalitaristisch“ oder „Totalitarismus“ als eine Verbeugung gegenüber bestimmten bürgerlichen Meinungsführern, die wir uns versagen sollten. Seine Verwendung durch bürgerlich-konservative Parteien geht inzwischen weitüber das einst durch Hannah Arendt Intendierte hinaus und bedeutet im gegenwärtigen bürgerlichen Sprachgebrauch die nivellierende und parallelisierende Verurteilung von Faschismus und Kommunismus, „im Doppel-pack“ - um einmal im Reklame-Slang zu sprechen. „Totalitär“ ist ein bürgerlicher Kampfbegriff, dessen Spitze sich nicht etwa gegen rechts, sondern gegen links richtet. Wer das Wort „totalitär“ gebraucht, beansprucht damit expressis verbis die sogenannte Mitte für sich, die eine sozialistische Partei m. E. nicht beanspruchen wollen kann, denn dieser Begriff umfaßt in soziologischer Hinsicht bürgerliche und kleinbürgerliche Schichten der Gesellschaft. Daß freilich die PDS in ihrem Programm für das Lebensrecht des bürgerlichen Mittelstands gegenüber dem großen Kapital eintreten will, halte ich für klug und richtig, aber sie kann sich nicht selbst als Partei der (soziologischen) Mitte betrachten.

Der bedenkenlosen Verwendung des „Totalitarismus“-Begriffs entspricht bezeichnenderweise auf der anderen Seite das Fehlen des Begriffs „Antikommunismus“ im Programmentwurf. Selbst wenn sich die PDS aus verstehbaren Gründen nicht als kommunistische Partei definiert, sollte sie jedoch die verdamnte Gefahr erkennen, die darin liegen muß, wenn sie sich nicht klar gegen den bürgerlichen Antikommunismus abgrenzt. Gerade weil sie per definitionem eine nicht-kommunistische Partei sein will, muß sie m. E. auf unmißverständliche Weise klarstellen, daß mit ihr keinerlei Antikommunismus zu machen ist ... Es fehlt an einigen wichtigen Stellen des Entwurfs die Benennung des Antikommunismus als eines der hochtoxischen Gifte in der ansonsten lecker zubereiteten bürgerlichen Lockspeise, die die Meinungsmacher des Kapitals für uns ausgelegt haben.

Merkwürdig berührt mich auch die Formulie-

rung einer angeblichen „Vereinigung der beiden deutschen Staaten“, obwohl es sich nach zahlreichen bisher vorgelegten Analysen, auch des Sozialismus unverdächtig bürgerlicher Historiker und Politikwissenschaftler, um einen Anschluß bzw. um eine Einverleibung handelt, denen jeglicher Gleichberechtigungs-Charakter, der eine wirkliche Vereinigung kennzeichnen müßte, abgesprochen werden muß.

Ähnlich wie beim „Totalitarismus“-Thema erliegen die Autoren auch an anderen Stellen offensichtlich der Wirkungskraft bürgerlicher Propaganda. Bei der Behandlung der Eigentumsfrage grenzen sie sich vom „allumfassenden Staatseigentum“ ab. Die Verfasser müßten doch eigentlich wissen, daß es sich bei diesem Begriff um einen bürgerlichen Popanz handelt, mit dem die Propagandisten des Kapitalsystems ständig herumhantierten. Die eigentumsphänomenologische Wirklichkeit der DDR bestand bekanntlich neben diesem Staatseigentum („Volkseigentum“) auch aus parteiungebundenem, genossenschaftlichem sowie privatem Eigentum, und zwar in einem nicht unerheblichen Maße.

Auch bei der Beschreibung der staatlich-politischen Verfaßtheit der sozialistischen Staaten unterlaufen den Autoren des Textes grobe Vereinfachungen. So, wenn sie vom „politischen System der kommunistischen Einparteiendiktatur“ sprechen, obwohl das mindestens für die ČSSR, die VR Polen, die Ungarische VR und die DDR so nicht zutrifft, in denen es Dauerkoalitionen der führenden Kommunisten mit Parteien gab, in denen sich bürgerliche und bäuerliche Schichten organisierten, die mindestens ein Mitspracherecht - wenn nicht mehr - hatten.

Hin und wieder taucht der Begriff „Politik“ auf, wo eigentlich von „herrschender Politik“ im Gegensatz zu „Oppositionspolitik“ die Rede sein müßte. Auch hier unterliegen die Verfasser einem gängigen Verfahren der herrschenden Klasse und deren Schalltrichtern, die gern die Spaltung der Gesellschaft in Regierende und Regierte, Herrschende und Beherrschte durch semantische Tricks vergessen lassen möchten.

Im Grunde genommen befinde ich mich damit bereits bei den Beanstandungen inhaltlicher Art.

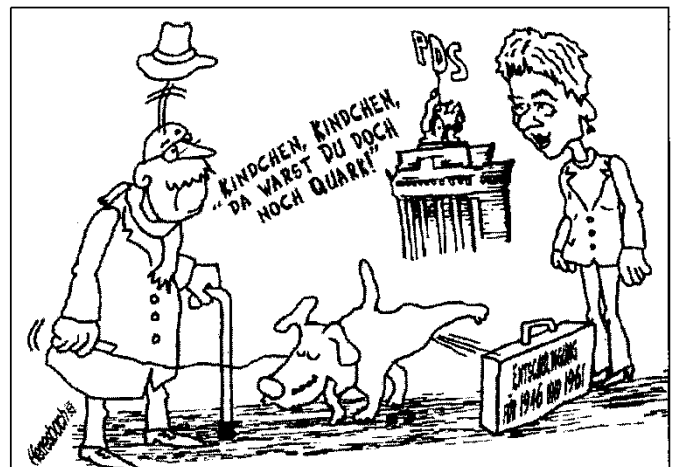
Es ist mir fast peinlich, dies als Theologe sagen zu müssen: In manchen Passagen spiegelt der Text einen politischen bzw. moralischen Idealismus wider, den Sozialisten in der Vergangenheit häufig zurecht christlichen Denkern angekreidet haben. Nun fallen Sozialisten selber hinter eine von Marx und Feuerbach geprägte materialistische

Sichtweise der Gesellschaft zurück und proklamieren eine idealistische Ethik als Grundlage einer sozialistischen Partei ...

Die Auseinandersetzung mit dem sogenannten politischen Projekt der „Neuen Mitte“ halte ich für ein überflüssiges Schau-Fechten. Da wird von enttäuschten „Hoffnungen“ auf eine damit eintretende „Wende hin zu einer sozialen und ökologischen Politik“ gesprochen und auch von einem „angestrebten neuen Gesellschaftsvertrag“. Von den Enttäuschungen derer, die etwa darauf hofften, brauchen doch wir nicht zu sprechen - oder sind das etwa Hoffnungen des PDS-Vorstandes gewesen? Von einem „angestrebten neuen Gesellschaftsvertrag“ (durch wen?) habe ich nur etwas aus dem Munde von Gysi gehört - und das kann ja wohl nicht gemeint sein!

Mein wichtigster Einwand gegen die Tendenz des Textes besteht darin, daß die obszöne Brutalität und Menschenverachtung, die das moderne Kapitalsystem immer mehr auf die Spitze treibt und von der an einigen Stellen des Textes hin und wieder etwas zu lesen ist, sich im politischen Selbstverständnis der PDS nur in einer zahn säuselnden „kapitalismuskritischen“ Attitüde widerspiegeln soll. Dieser Kapitalismus hat allemal die Kraft, sich „kritisieren“ zu lassen. Selbst diese „Kritik“ domestiziert ersich als Bestandteil seiner Herrschaftssicherung. Um gegen dieses Verbrechen an der Menschheit, an der ganzen Schöpfung einzuschreiten, bedarf es schärferer Instrumente als bloß „kapitalismuskritisch“ zu sein. Es kann natürlich sein, daß es dafür schon zu spät ist oder wir es nicht mehr schaffen, den Crash zu verhindern. Aber versuchen sollten wir es: mit einem besseren Programm! Schreibt darüber: „Programm der PDS - Programm zur Bekämpfung der Kriminalität“. Der erste Satz sollte nicht ein „Bekenntnis“ zum Grundgesetz sein, sondern ein Zitat des österreichischen Publizisten Günther Nenning: „Vergleichen mit dem kriminellen Grundcharakter des Kapitalismus ist alles andere Kleinkriminalität.“ (taz vom 27. 6. 1994)

(Der Text wurde einem Offenen Brief des Autors an den Vorstand der Partei des Demokratischen Sozialismus entnommen.)



Wie Holter die Koalitionskrise in Mecklenburg-Vorpommern „bewältigte“

Über Köche und über Kellner

Die unlängst im Schweriner Koalitions- und Staatstheater aufgeführte Politposse war zwar nicht eben amüsant, dafür jedoch um so aufschlußreicher. Ihr Prolog hörte sich nach selbstbewußter Stärke an, vorgetragen von PDS-Bundestagsfraktionschef Claus: Seine Partei stimme der „extrem sozial ungerechten“ Rentenreform im Bundesrat nicht zu. Deshalb werde es dort - wie der Koalitionsvertrag mit der SPD für solche Fälle festlegt - Stimmenthaltung durch das Land Mecklenburg-Vorpommern geben. (Interview mit der „Frankfurter Rundschau“, 11. 5. 01) Zwei Tage vorher versicherte auch „Neues Deutschland“: „PDS bleibt hart ...“

Mit so bekundeter Prinzipienfestigkeit gedachte die PDS-Führungsrige Punkte zu sammeln für den Ruf, „Partei der sozialen Gerechtigkeit“ zu sein. Man hoffte wohl auch, den zuvor begangenen Sündenfall wenigstens teilweise vergessen machen zu können, bei dem die PDS die nicht minder unsoziale Steuerreform der Schröder-Eichel-Connection im Bundesrat absegnen half.

Solche Aussichten auf Sympathiezugewinn bei Parteimitgliedern wie Wählern eröffneten sich zudem anscheinend risikolos. Fest stand nämlich, daß der Rentencoup à la Riester die erforderliche Mehrheit im Bundesrat auch bei Schweriner Stimmenthaltung bekommen würde. Als Koalitionär der SPD geriete die PDS also nicht in die Situation, Zünglein an der Waage sein zu müssen. Man konnte sich als „prinzipiell dagegen“ aufführen, wohl wissend, damit nichts verhindern zu können - und deshalb nachsichtige Duldung seitens der SPD zu erfahren.

Da aber saßen die Holter und Zimmer, Claus und Gysi einem gewaltigen Irrtum auf. Denn die SPD-Spitze kennt ihre PDS-Pappenheimer inzwischen gut genug, um kühl kalkulieren zu können, was denen zugemutet werden darf, ohne selbst politisch Schaden zu nehmen. Zumal es nicht an Signalen fehlte, daß die PDS-Reformisten ihrem Drang nach Regierungsbeteiligung so ziemlich alles zu opfern bereit wären. Denn PDS-Landeschef Holter hatte verlauten lassen, das „wichtigste (!) Projekt“ seiner Partei in M-V sei die Zugehörigkeit zur Regierung. Zweitrangig ist demnach das Eintreten für soziale Gerechtigkeit! Und als Schröder die PDS-Spitze zum halbprivaten Plausch in seine Dienstvilla einlud, um der das „Nein“ auszureden und doch noch ihr „Ja“ auch zur Rentenreform abzuhandeln, konnte er frohgemut konstatieren, daß zumindest Gysi und Holter dieser insgeheim zustimmten. Die sozialdemokratische Seite verstand das begreiflicherweise als regelrechte Einladung an Ringstorff, die Belastbarkeit der PDS einmal „auszutesten“. Gysi aber - inzwischen so etwas wie die „Graue Eminenz“ der PDS - machte damit deutlich, daß er sich von seinen salbungsvollen Bekenntnissen zu strikt demokratischen Verfahrensweisen und unverzichtbarem Respekt vor Mehrheitsentscheidungen leichtfüßig verabschiedet,

wenn ihm das politisch einträglich erscheint. Auch die Melange aus Anwaltsschläue und Demagogie, mit der er die skandalöse „Erklärung“ von Zimmer und Pau zum 55. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD zur SED auf einer ganzen ND-Seite (12./13. 5.) vehement zu rechtfertigen suchte, war als Offerte zur Zusammenarbeit um nahezu jeden Preis von der SPD-Spitze kaum mißzuverstehen.

Daß SPD-Chef und Kanzler Schröder angesichts solchen Schulterschußstrebens die sich anbietende Chance zu nutzen versuchte, die PDS-Oberen - offenbar mit recht dubiosen Kompensationsangeboten - zum Beidrehen zu bewegen, obwohl er auf deren Ja gar nicht mehr angewiesen war, machte dennoch Sinn. Im Falle des Gelingens hätte das seiner Partei enormen politischen Nutzen gebracht - als neuerlicher Beleg für die Käuflichkeit der PDS-Führungsrige. Der allerdings dämmerte diesmal, daß weder Parteibasis noch Wähler ihr ein Umfallen wie bei der Steuerreform verzeihen würden. So zog man es vor, sich charakterfest zu geben, beim NEIN und zugleich voller Gottvertrauen zu bleiben, daß vom mitregierten Bundesland M-V im Bundesrat Abstinenz bekundet werde.

Die schöne Illusion platzte jäh, als Schröders Filialleiter Nordost in diesem Gremium dann laut und vernehmlich mit JA votierte. Und das, obwohl er noch am Vortag seinem vertrauensseligen Vize Holter zugesagt hatte, sich strikt an den Koalitionsvertrag zu halten. Müßig, darüber zu spekulieren, ob er aus einer Aufwallung eigener Selbstherrlichkeit handelte oder einer „dringenden Empfehlung“ Schröders folgte. Die SPD-Führung jedenfalls registrierte Ringstorffs überraschenden Alleingang mit sichtlicher Zufriedenheit.

In den Berliner wie Schweriner PDS-Spitzen gremien jedoch pendelte das Stimmungsbarmeter zwischen Fassungslosigkeit und Katzenjammer. Von „enttäuschend“ bis „nicht hinnehmbar“ wurde Ringstorffs Vertrauensbruch bewertet. Einige - so Gabi Zimmer - sahen die Schweriner Koalition nur noch an einem „seidenen Faden“ hängen. Bundesgeschäftsführer Bartsch drohte sogar: „Ein zweites Mal“ werde es „definitiv“ keine solche Mißachtung getroffener Abmachungen mehr geben, „ohne daß dies unmittelbar den Bruch der Koalition nach sich zieht“. Womit allerdings zugleich auch die Botschaft signalisiert wurde, sich mit dem „ersten Mal“ abzufinden. Nur: Es war eben nicht das erste Mal! Genüßlich listete die bürgerliche „Schweriner Volkszeitung“ (am 15. 5.) gleich sechs Fälle auf, in denen die Nordost-SPD ihren Koalitionspartner PDS bis hin zum Bruch des Koalitionsvertrages brüskiert hatte, ohne auf ernsthaften Widerstand gestoßen zu sein.

Kein Wunder also, daß auch diesmal der bloß verbale Theaterdonner bei der SPD wirkungslos blieb, zumal er mit Beschwich-

tigungen gekoppelt war. Kaum daß er sich vom ersten Schreck erholt hatte, wiegelte Holter ab. Der inzwischen zu Ringstorffs politischem Eleven gemauserte einstige KPdSU-Parteihochschüler beschwor seine Genossen, „Besonnenheit und Ruhe“ walten zu lassen. Man müsse Verständnis dafür haben, daß der SPD-Ministerpräsident „in einer bestimmten Situation von einem Notzustand ausgegangen“ sein könne. Die Situation solle „unter Zurückstellung von Befindlichkeiten“ geklärt werden. Inständig bat Holter: „Von der SPD muß ein Signal ausgehen, um die verlorengegangene Vertrauensbasis wieder zu schaffen.“

Bevor dieses kam, bescheinigten die SPD-Landesgremien Ringstorff erst einmal, sich „im Prinzip richtig verhalten“ zu haben. Dieser selbst wartete mit einem „Reuebekenntnis“ auf, das an Dreistigkeit kaum zu überbieten war: „Ich bedauere die jetzige Situation, aber nicht mein Ja im Bundesrat.“ Er habe sich zwischen dem Koalitionsvertrag und dem „Wohl des Landes“ entscheiden müssen. Als „klärendes Wort“ kam ihm lediglich das karge Eingeständnis über die Lippen, gegen den Koalitionsvertrag „verstoßen“ zu haben. Von Vertragsbruch keine Rede. Und schon gar nicht ein Hauch von Entschuldigung etwa. Was tat's - die PDS-Oberen sahen auch so „die Voraussetzungen für eine weitere partnerschaftliche Arbeit gegeben“. Und das ND titelte (am 17. 5.): „PDS gibt sich zufrieden.“

Das war zweifellos eine Übertreibung, denn wenn auch Landesvorstand und Fraktion dem Einknicken zustimmten - an der Basis rumort es. Dort, so las man im ND, artikuliere sich „deutlichere Kritik“, und auf den PDS-Internetseiten des Landes M-V laute der typische Eintrag ins Gästebuch: „Genossen, geht endlich in die Opposition!“ Mindestens zwei Kreisverbände forderten einen Sonderparteitag, der über das Verbleiben in der Koalition entscheiden solle.

Das Verlangen der Basis stieß „oben“ auf taube Ohren. Einen mecklenburgischen Sonderparteitag wußte man zu verhindern. Die Krise war ja „überwunden“. Indem sie die Kröten schluckten, die der sozialdemokratische Partner servierte, erhielten sich einige PDS-Spitzenleute und Spitzenverdiener ihre Ministersessel.

Erhebt die PDS-Führung nicht unentwegt den Anspruch, „Druck von links“ auf die SPD auszuüben? In der Praxis aber kommt der Druck, wie die „Schweriner Krise“ einmal mehr bewies, von der SPD. Die PDS-Offiziellen sind da nur noch für das Umfallen zuständig. SPD-Generalsekretär Müntefering jedenfalls konnte süffisant erklären: „Die Botschaft der PDS, wir seien von ihr abhängig, ist erfolgreich durchkreuzt worden.“ Jetzt sei klar, wer in „rot-roten Bündnissen“ der Koch und wer der Kellner ist.

Wolfgang Clausner

Ein PDS-Mitglied macht seinem Herzen Luft

Das war nicht Gottes Tau!

Der zeitliche Ablauf war so: Das Parteiprogramm von 1993 entspräche nicht mehr in allem der neuesten Entwicklung, verkündete der PDS-Vorstand, und der Parteitag beschloß, es zu überarbeiten. Ende 1999 aber erschienen dann urplötzlich Thesen für ein komplettes neues Programm; es handelte sich um ein einziges pseudowissenschaftliches Kauderwelsch über die „Moderne“. Niemand sagte, welche Passagen des alten Programms nun hinfällig seien. Ein Minderheitsvotum enthüllte dann, um welche Absätze es sich handelte. Die PDS-Mitgliedschaft konnte mit den Thesen wenig anfangen. Eine Programmdiskussion, die diesen Namen verdient hätte, fand nicht statt. Der Parteitag beschloß daraufhin, Leitlinien für eine solche Debatte zu erarbeiten, sich im übrigen aber Zeit für die Analyse der gesellschaftlichen Prozesse zu nehmen, um diese der Programmatik zugrunde zu legen. Die Leitlinien kamen heraus, diskutiert wurden auch sie nicht. Wenige Tage danach gab es einen neuen Programmentwurf, der noch nicht einmal der Programmkommission der Partei vorgelegt worden war. Seine Verfasser: Dieter Klein und die Brüder André und Michael Brie.

Was charakterisiert diesen Entwurf? Nachdem man sich den Anschein einer kritischen Wertung der kapitalistischen Realität von heute gegeben hat (das ist schon eine Art Fortschritt gegenüber dem Gefasel von der „Moderne“), sucht man die Ursachen der Gebrechen ... in einer fehlerhaften Politik. Scheinbar folgerichtig sieht man den Ausweg in der Beseitigung von „Mängeln“ durch bestimmte Maßnahmen des Staates.

Sind die Autoren so unbedarft, daß sie nicht zu den sozialökonomischen Wurzeln der Erscheinungen vorstoßen? Das kann weder von Klein noch von den Bries behauptet werden. Nein, sie wollen bewußt in der staatlich-administrativen und ideologischen Sphäre bleiben, gerade weil es ihnen wohl nicht um grundlegende Veränderungen im Basis-Bereich geht! Was nützen aber „Freiheitsgüter“, von denen es in diesem Entwurf nur so wimmelt, wenn weder das System des heutigen Imperialismus analysiert noch der Weg ergründet wird, wie es überwunden werden kann? Sind diese „Freiheitsgüter“ nicht klassenindifferente Phrasen, wenn der DDR wie der BRD der Mangel an ihnen angelastet wird? Überhaupt hat man den Eindruck, daß hier weniger die BRD-Entwicklung der 90er Jahre eingeschätzt als die der DDR in den Jahrzehnten zuvor umbewertet werden soll. Und: Es geht um einen weiteren Richtungswechsel der PDS! 1989/90 wurde aus einer einstmalen marxistisch-leninistischen SED die weltanschauungslose und so auch an keine wissenschaftlichen Erkenntnisse gebundene Ansammlung linker Kräfte. Jetzt geht es bereits um eine „Mitte-Links-Option“, da ist natürlich keine marxistische Analyse gefragt, das macht sich besser mit immer neuer Phraseologie, die nichts verändert.

Zeitgleich beleidigen die Oberen der PDS uns

Mitglieder ein um das andere Mal, indem sie sich bei denjenigen, die uns in der Umarmung erdrosseln wollten und dabei zunächst einen für uns sehr schmerzlichen Sieg errangen, pausenlos dafür entschuldigen, daß es uns überhaupt gegeben hat. In der PDS-Mitgliedschaft herrschen Unverständnis und Zorn hierüber. Wir gehören nicht zu jenen, welchen man ins Gesicht spucken darf, damit sie obendrein noch ausrufen: „Das war Gottes Tau!“ Aber ist denn die Meinung von uns Mitgliedern in der PDS überhaupt noch gefragt?

Als ich im Dezember 1999 dem Parteivorstand und der Programmkommission meine sachliche Stellungnahme zu den seinerzeitigen „Thesen“ übermittelte, erhielt ich nicht einmal eine Eingangsbestätigung. Als ein ganzer Parteitag in Münster das verweigerte, was die Vorstandsmehrheit wollte, wurde ein unter straffer Regie vorbereiteter Parteitag in Cottbus nachgeschoben, damit so etwas nicht wieder vorkommt.

Was in ein Parteiprogramm der PDS heute tatsächlich hineingehörte, hatten zunächst die Genossen Kallabis, Krusch und Wagner auf den Punkt gebracht: Lageanalyse, Fernziel, Tagesforderungen, Grundsätze. Sahra Wagenknecht hat zum Programm gesprochen und geschrieben. Winfried Wolf und Dorothee Menzner haben ihren „Mittelgroßen Ratschlag“ vorgelegt. Klaus Höpcke hat sich zur Frage des „gewandelten Kapitals“ und jetzt noch einmal zu Freiheit und Gleichheit geäußert. Ellen Brombacher, Uwe Jens Heuer und Winfried Wolf haben in der Programmkommission ihre Forderungen eingebracht. Die Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform hat eine Stellungnahme beschlossen. All dies aber blieb und bleibt unberücksichtigt.

In dieser Situation formulierten vier Genossen (M. Balzer, E. Lieberam, D. Menzner und W. Wolf) einen Programmentwurf II, gewannen etwa 60 Erstunterzeichner, darunter drei Bundestagsabgeordnete; in Leipzig konstituierte sich eine neue Programmgruppe. Aus dem Entwurf spricht: Nur wer zu den Ursachen der Gebrechen in dieser Welt und der BRD vorstößt, kann ihnen beikommen, kann eine Alternative begründen, die nicht in einer Anhäufung „libertärer“ Phraseologie liegt, sondern in einer neuen Gesellschaftsformation, im Sozialismus. Er ist für die Verfasser nicht nur Ideal oder Traumland, sondern ein realisierbarer Gesellschaftszustand, von dem Anfänge bereits erreicht waren.

Sicher muß zwischen Fernziel und Tagesaufgaben unterschieden werden, aber selbst das Grundgesetz der BRD bietet Spielraum zur Bekämpfung der gegenwärtigen Machtverhältnisse, ja sogar zu Veränderungen in der Eigentumssphäre. Großbanken und Konzerne sind nicht unantastbare Heilige Kühe.

Anders Klein und die Bries. Sie wollen „kommunistischen Antisozialdemokratismus“ überwinden, ein für allemal mit dem „Sozialismus-Modell à la DDR oder Sowjetunion brechen“. Der alternative Programmentwurf wendet sich gegen die „Totaldistanzierung“ von der DDR;

er wertet bisherige sozialistische Anläufe - Pariser Commune, Oktoberrevolution, auch die DDR (man muß dabei sicher nicht mit allem dazu Gesagten übereinstimmen) - und will klären, für welchen Sozialismus wir kämpfen wollen. Weder einen „libertären“ noch einen sozialdemokratischen Sozialismus hat es in der Realität jemals irgendwo gegeben, aber wie es sich in der DDR leben ließ - bei allen objektiv und subjektiv begründeten Mängeln, die sehr wohl zu analysieren sind -, das haben wir in der Praxis erfahren, und das wissen wir zu schätzen.

Ein Wort zur Partei. Im „offiziellen“ Programmentwurf werden ihre Ursprünge in den „Aufbruch des Herbstes 89“, also in die Zeit der Konterrevolution, verlegt. Das paßt dazu, daß die SED als „reaktionär“ verleumdet und unserer revolutionären Parteitradition unter dem Motto des „Antistalinismus“ eine Absage erteilt wird. Nun gehörte ich aber, wie Zehntausende andere PDS-Mitglieder auch, einer marxistisch-leninistischen Partei an und hatte keinen Einfluß darauf, daß auf einem Sonderparteitag etwas grundsätzlich Gegenteiliges gemacht wurde. Zumindest muß man mir wohl gestatten, meine Meinung dazu zu sagen, was heute aus dieser Partei wird; sonst hätte ich ja schon 1990 austreten können.

Der offizielle Entwurf bezeichnet die PDS als „Zusammenschluß unterschiedlicher linker Kräfte“. Ist das eigentlich noch eine Partei?

Die PDS sei bereit - und spätestens hier kommen wir zu des Pudels Kern -, politische Verantwortung auch durch Regierungsbeteiligungen zu übernehmen. Vergeblich sucht man nach den Vorbedingungen dafür. Obwohl immer wieder bestritten: Es geht vor allem darum, die PDS regierungskompatibel zu machen!

Ganz anders im Programmentwurf II: Er enthält Aktionsforderungen für demokratische Reformen in der BRD und orientiert auf konsequente Oppositionspolitik, sozialen und politischen Widerstand. Für etwaige „Regierungsbeteiligungen“ oder Tolerierungen werden Bedingungen gestellt: Angleichung Ost, Einkommensumverteilung, Abbau der Arbeitslosigkeit und Rüstungsstopp. Das hier geforderte Sonderprogramm „Aufbau Ost“ ist ganz im Sinne der 11 Forderungen der DKP-Gruppe Berlin Nordost.

Bleibt die Frage: Wie weiter? Es gibt ein geltendes Programm und zwei Entwürfe für ein neues. Der eine (Klein/Brie/Brie) lag dem ND bei und wurde im PDS-Pressedienst abgedruckt, der andere (II) erschien nur in der „jungen Welt“. Wann entschließt sich die Partei, ihn allen PDS-Mitgliedern und Interessenten zugänglich zu machen?

Der PDS-Parteitag sollte keine voreiligen Beschlüsse fassen, zumal es ja ein gültiges Programm gibt. Eine weitere Kurskorrektur nach rechts würde die PDS - so sehr auch das Gegenteil beteuert werden mag - der SPD noch ähnlicher machen, was sie letztlich überflüssig erscheinen ließe. Was wir brauchen ist indes eine Partei, die den Zielen des Sozialismus treu bleibt und bereit ist, den Kampf für eine neue Gesellschaftsordnung aufzunehmen.

Ernst Heinz

Ärzte hatten das Wort

„Wer nicht bezahlen kann, muß früher sterben“, zitierte MR Doz. Dr. med. sc. Erhard Thomas in unserer Gruppenversammlung am 22. Mai die Aussage einer Ärztezeitschrift über die Ziele der seit Jahren betriebenen Veränderungen im BRD-Gesundheitswesen. Er und Dr. med. Regine Fischer machten in hochinformativen Referaten auf beängstigende Trends in der Gesundheitspolitik aufmerksam und stellten sie ihren Erfahrungen als DDR-Ärzte gegenüber.

Was gegenwärtig vor sich gehe, sei keine Reform mehr, sondern nur noch nacktes Krisenmanagement. Die Wurzel allen Übels und die Ursache für die von niemandem bestrittene „Krankheit des Gesundheitswesens“ seien dessen ungebremste Auslieferung an die kapitalistische Profitwirtschaft. So gebe es in Deutschland z. Z. etwa 630 Krankenkassen (gegenüber 6 in der DDR), die zusammen einen Gewinn von 610 Mio. DM „erwirtschaftet“ hätten, berichtete der frühere Chefchirurg des DDR-Regierungskrankenhauses, der auch für die Betreuung der ausländischen Diplomaten Verantwortung getragen hatte. Erhard Thomas betonte, die Aufgabe von Krankenkassen sei jedoch die Verwaltung der Einzahlungen ihrer Mitglieder, nicht aber die Gewinnerzielung. Die Krankenkassen entzögen sich heute fast völlig der Kontrolle durch Ärzte und Patienten. Von ihren Einnahmen käme nur etwa die Hälfte bei den Behandlungsbedürftigen an, der Rest werde von den Apparaten verbraucht. In der DDR habe der FDGB die Sozialversicherung geleitet. 1990 sei vom DGB zwar die Chance genutzt worden, die Kassen der DDR-Gewerkschaften zu plündern; die Möglichkeit, die Kontrolle des Krankenkassensystems an sich zu ziehen, blieb jedoch ungenutzt. Damit habe sich der DGB auch auf diesem Gebiet als Steigbügelhalter des Kapitals „verdient“ gemacht. Gegenwärtig stehe die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge unmittelbar bevor, gleichzeitig müßten bisherige Kassenleistungen, z. B. Vorsorgeuntersuchungen (Glaukom, Prostata, Mammographie) durch die Patienten selbst bezahlt werden. Wir befänden uns auf dem Weg zum amerikanischen Gesundheitswesen. Als Arzt sei er heute einem unwürdigen Budgetierungs- und Bestrafungssystem ausgesetzt, das die in der DDR übliche optimale Versorgung der Patienten auf ein als „ausreichend“ bezeichnetes Niveau herabdrücke. Er müsse seine Tätigkeit als „medizinischer Kaufmann“ organisieren und das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient weiche dem Status des Kranken als Kunde. „Mir hat diese Gesellschaft aufgezungen, zum Patienten eine Warenbeziehung herzustellen.“ Erhard Thomas regte an, einzelne Aspekte der siebenten aus unseren 11 Forderungen durch fundierte Beiträge von Medizinern zu untersetzen.

Regine Fischer sprach aus ihren Erfahrungen als Fachärztin für Neurologie und Psychiatrie in der DDR. Es handle sich dabei um eine Gruppe von Krankheiten, von der 20 % der Bevölkerung betroffen seien. Der faschistische Staat habe zwischen 1933 und 1945 etwa 100 000 dieser Menschen umgebracht. Leidenschaftlich wandte sie sich gegen die seit 1990 hemmungslos verbreiteten Lügen über die DDR-Psychiatrie. „Man tut, als hätten unsere Krankenhäuser das Bild mittelalterlicher Folterkammern geboten.“ In der standardisierten Diagnostik, der flächendeckenden Einführung moderner Psychopharmaka und der staatlich geförderten Wiedereingliederung der Patienten in das gesellschaftliche Leben habe die DDR jedoch internationale Anerkennung gefunden. Die angeblich ankranken Straßlätern in Waldheim begangenen Vergehen - von den Medien verleumderisch präsentiert - hätten nicht in einem einzigen Fall zur Verurteilung durch ein Gericht der BRD geführt. „Auch die Behauptungen, die Psychiatrie der DDR sei ein „Tummelplatz des MfS“ gewesen, erwiesen sich ausnahmslos als Lüge und Unterstellung. ... Selbst die Querulanz eines bekannten hohen Beamten einer Landesregierung gegen eine Fachklinik, wo er widerrechtlich festgehalten und behandelt worden sein wollte, stellte sich als Eigentor heraus.“ Die Kinder- und Jugendpsychiatrie sei nach dem Krieg mit Hunderten Enthusiasten völlig neu aufgebaut worden. Ende der 60er Jahre habe man in der DDR bereits einen leistungsfähigen Betreuungsbereich für Tausende geschädigte Kinder und Jugendliche einschließlich ihrer sonderpädagogischen Förderung auf den Weg gebracht. Die Psychiatrie des sozialistischen deutschen Staates sei in keiner Weise von dem Programm und den Normen der WHO abgewichen.

Unter deutlicher Bezugnahme auf Passagen in den Ausführungen ihres Vorredners meinte sie: „Die Ärzteschaft der DDR war nie in Lenins Sinn revolutionär. Sie neigte in ihrer Gesamtheit eher zu Angepaßtheit und kleinbürgerlichem Konservatismus. Doch wahr ist: Sie wirkte humanistisch, antifaschistisch, nicht unter kommerziellem Zwang und solidarisch mit unseren Patienten.“ Wir müßten auch auf diesem Gebiet unsere Vergangenheit gegen Verleumdungen und Verächtlichmachung verteidigen.

Herzlicher Beifall der etwa 50 Anwesenden dankte beiden Rednern für ihre Ausführungen.

In der anschließenden Gesprächsrunde nahmen 10 Genossen das Wort. Die Thematik reichte von persönlichen Erfahrungen mit der Kommerzialisierung des Gesundheitswesens bis zur stark verbreiteten Reproduktion der Ärzteschaft aus ihren eigenen Reihen. Kenntnisreich, manchmal schelmisch antwortete Erhard Thomas auf Fragen und

erzählte von seinem täglichen Kleinkrieg gegen Behörden, das Finanzamt und die Krankenkassen. „Am Ende ist der Arme immer der Dumme, der für alles bezahlen muß.“ Hauptgegenstand der Diskussion waren Fragen nach Möglichkeiten, den Kampf der Mediziner zu unterstützen, nach der Organisiertheit der Ärzte und der Kraft ihrer Gegenwehr, nach Ursachen für den Konservatismus vieler Vertreter der weißen Zunft, nach der weiteren Ausgestaltung der siebenten unserer 11 Forderungen. „Wir brauchen ein Minimalprogramm, mit dem die DKP die Frage beantwortet, wie es aus unserer Sicht weitergehen soll. Die heutigen Vorträge und die Diskussion bieten dafür eine gute Grundlage“, lautete ein Hinweis, den die „RotFuchs“-Redaktion aufgreifen sollte.

Eine Genossin zitierte Hans Heinz Holz: „Die Zielstrebigkeit und Brutalität, mit der heute alle Daseinsformen und Institutionen des kulturellen Lebens in den ehemals sozialistischen Ländern zerschlagen werden, um sie in den ideologischen Apparat der bürgerlichen Gesellschaft aufsaugen zu können, lassen keinen Zweifel an der weltanschaulichen Kompromißlosigkeit und Unversöhnlichkeit der Bourgeoisie. ... Die wissenschaftliche Weltanschauung schließt zu einem wesentlichen und unverzichtbaren Teil auch politisches Handeln ein, daß sich die Gestaltbarkeit der Geschichte nach wissenschaftlichen Prinzipien zur Grundvoraussetzung macht.“

Alle Anwesenden waren einverstanden, diese Gedanken als Schlußwort zu betrachten. Fazit des Berichterstatters: Einen wirksamen Kampf gegen die immer weitergehenden „Reformen“ im Gesundheitswesen wird es wohl nur geben, wenn es gelingt, die Gegenwehr der Patienten in Schwung zu bringen. Erhard Thomas: „Die Solidarität ist das einzige, wovon der Gegner wirklich Spuntus hat.“

Frank Mühlefeldt



Als Parteisekretär im VEB Kühlautomat (5)

Tauwetter bei den Eiskalten

Da niemand von uns mit den Monteuren der Großkälte Kontakt gewann, nahm ich eines Tages eine Tasse und meine Stullen und ging in der Frühstückspause zu ihnen. „Die Eiskalten. Eintritt unerwünscht!“ hatten sie an die Tür zu ihrem Frühstücksraum geschrieben. „Morgen“. „Morgen“. „Habt Ihr noch’n Topp Kaffee für mich?“

Die Eiskalten waren völlig überrascht. Sie wußten nicht, was sie sagen sollten. Einer nickte. Ich goß Malzkaffee, den ich widerlich fand, in meine Teetasse, biß von meiner Stulle ab. Auf dem Tisch lag der „Telegraf“, die am meisten verbreitete Zeitung Westberlins in jenen Jahren, mit sozialdemokratischer Orientierung. Ihr Herausgeber, Arno Scholz, war einer der übelsten Antikommunisten. Ich las einen Kommentar des „Telegraf“ vor, kommentierte ihn meinerseits. Niemand sagte etwas.

Etwa einen Monat machte ich Frühstückspause bei den Eiskalten. Zerpflückte den „Telegraf“, nahm mir jede antikommunistische Gehässigkeit vor, widerlegte, bewies, argumentierte. Allmählich schmolzen die Eiskalten dahin. Sie begannen mitzudiskutieren, entwickelten unterschiedliche Standpunkte. Darum gings! Es ist unmöglich, gegen einen geschlossenen Block von Schweigen, Ablehnung, Desinteresse anzugehen.

„Aber die Stromsperrungen, das mußte zugeben, die sind Mist. Ich wohne in Wildau. Wenn ich morgens aufstehe, isses duster, wenn ich nach Hause komme, isses wieder duster. Das ist doch keenes Leben, sieben Jahre nach’m Krieg!“ Der das sagte, hatte am meisten zu schimpfen. Mit ihm unterhielt ich mich am liebsten. Er meinte es nicht böse. Seine Schimpferei war Unzufriedenheit mit dem schweren Leben der Nachkriegszeit. Er mußte lernen, wer es zu verantworten hatte, und wie man damit fertigwerden konnte.

„Sieh mal, ich habe noch ein Päckchen Rotbart-Rasierklängen. Wenn die alle sind, womit soll ich mich dann rasieren? Mit dem Zeug, das Ihr herstellt? Damit kann man sich nicht rasieren, entweder gehen die Haare nicht ab oder die ganze Haut kommt mit runter!“ Mehling war ein alter, ausgezeichnete Metallarbeiter. Er beurteilte uns danach, ob wir in der Lage waren, den Arbeitern mehr zu bieten als der Kapitalismus vor dem Krieg, und das eigentlich zu Recht! Doch dem standen Kriegszerstörungen, Reparationen, Demontagen entgegen, die nicht die Kommunisten verschuldet hatten. Aber das vermochte Mehling nicht zu erkennen, auch wollte er es wohl nicht wirklich.

„Und weil’s hier keine vernünftigen Rasierklängen gibt, muß ich sie mir im Westen kaufen. Neulich, als ich zurückkam, mit Apfelsinen, hat die VOPO mir die weggenommen. Kann ich mit meinem Geld nicht

kaufen, wo ich will?“ „Nein. Westberlin ist nicht ‚wo ich will‘, mit unserer Währung kann man nicht machen, was man will. Wenn man sie in Westberlin umtauscht, verstößt das gegen unsere Gesetze, und wenn man dabei erwischt wird, muß man die Folgen tragen. Wir haben Berlin nicht gespalten, die da drüben haben eine andere Währung eingeführt, 1948, so ist das gekommen, das weißt Du selber.“ „Aber wenn ich Apfelsinen brauche, muß ich sie eben in Neukölln kaufen, hier gibt’s ja keine. Meine Tochter ist schwanger, die braucht Vitamine.“ „Meine Kinder brauchen auch Vitamine, die kriegen geriebene Mohrrüben!“ „Aber Dein Genosse Linde, der Kaufmännische Direktor, hat Schuhe aus Westberlin!“ „Leider. Doch nicht Linde ist Parteisekretär, sondern ich bin es! Sieh Dir meine Schuhe an, sind die aus der Badstraße?“

Einer von den Jüngeren sagte leise zu seinem Nebenmann: „Konsequent isser!“ Die Konsequenz auch in den kleinen Dingen des Alltags war ein wesentlicher Faktor, der über den Einfluß des Parteisekretärs entschied. Es ist unmöglich, auf einmal, mit einem Appell, einer Versammlung Menschen umzuwandeln, sie aus alten, für sie selbst verderblichen Anschauungen zu lösen. Vieles von dem, was die Partei tut, tun muß, ist kompliziert, nicht ohne eine bestimmte politische Erfahrung verständlich, weil das Leben, der politische Kampf nun mal nicht einfach, sondern widersprüchlich, verwinkelt, schwer überschaubar sind. So kann der Kommunist meist nicht auf Anhieb verständlich machen, daß sein Wollen im grundsätzlichen Interesse jedes Arbeiters liegt, denn dieses Interesse ist oft nicht leicht zu verstehen, und es läßt sich nicht sofort, sondern meist nur mittelbar, in längeren Zeiträumen realisieren.

„Guten Stahl für Rasierklängen kann’s erst

geben, wenn es mehr Roheisen gibt. Aus dem Ruhrgebiet bekommen wir kaum noch was. Auch wegen Deiner Rasierklängen bauen wir das Eishüttenkombinat Ost! Und damit wir Turbinen bauen können für Kraftwerke, daß die Stromsperrungen aufhören! Anders geht es nicht, es braucht Zeit. Muß ich Euch erzählen, wie schnell ein Haus zerbombt ist und wie lange es dauert, es wieder aufzubauen?“

Der „Telegraf“ ist längst nicht mehr Hauptthema unserer Debatten. Als ich wieder einmal nach ihm greife, um nun schon mit Ironie und Schärfe den täglichen antikommunistischen Quatsch zu kommentieren, meint einer: „Is ja gut. Das wissen wir nun schon.“ Sofort fasse ich nach. „Schön! Aber dann wollen wir uns einigen! Das Blatt bleibt künftig weg. Ich will es nicht mehr sehen, einverstanden?“ Alle nickten, bis auf den Besitzer. Der packt es widerwillig in seine alte Aktentasche. Am Tag darauf bringe ich das ND mit. Die Monteure beginnen, sich mit unserer Politik zu beschäftigen. Eines Tages sagt der Junge: „Der hat wieder den ‚Telegraf‘ mit!“ Ich informiere den Werkschutz. Taschenkontrolle. „Suchen Sie sich eine Arbeit da, wo der ‚Telegraf‘ gedruckt wird. Da können Sie ihn in der Pause lesen, oder Sie könnten ja das ND mitnehmen, wie wär’s denn?“

„Den hättet Ihr längst rausschmeißen sollen, der hat das rangeschrieben: ‚Eintritt unerwünscht!‘“ Ich lache: „Ich find’s besser, daß Ihr ihn rausgeschmissen habt!“

Walter Florath

(Der Beitrag „Die Eiskalten und das Emilbäumchen“, dessen 5. Folge wir hier veröffentlichen, wurde dem Buch „Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1953“, GNN Verlag 1999, entnommen.)



„RotFuchs“ dokumentiert

Briefwechsel Stehr - Schleese

Zwischen dem Vorsitzenden der DKP, Heinz Stehr, und dem Vorsitzenden des Zentralkomitees der KPD, Werner Schleese, hat ein Briefwechsel stattgefunden, den wir im folgenden dokumentieren.

Schreiben des Genossen Heinz Stehr vom 9. Mai 2001

Werter Genosse Schleese,

Deinen Brief vom 28. April 2001 habe ich erhalten. Wie Du weißt, hatte die 2. Tagung des Parteivorstandes der DKP vom 30. September/1. Oktober 2000 Eure Initiative mit folgenden Gedanken u. a. beantwortet: „Wenn es jetzt von Eurer Seite den Wunsch gibt, erneut Gespräche über gleiche Inhalte zu führen, dann teilt uns bitte mit, welche neuen

Bedingungen und Voraussetzungen für solche Gespräche sich inzwischen ergeben haben und auf welcher Basis der Meinungs- und Erfahrungsaustausch erfolgen soll. Der Parteivorstand der DKP wird dann beraten, ob wir neue Möglichkeiten für einen Dialog sehen. Die DKP ist auf der Grundlage ihrer Thesen zur Programmatischen Orientierung zu einer Zusammenarbeit bereit. Auf dieser Basis ist es das Ziel der DKP, „daß sich alle Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland in einer kommunistischen Partei zusammenfinden. Die DKP wird sich dabei von ihren programmatischen Grundsätzen und ihrem Statut leiten lassen.“

Bisher haben wir von Euch keine Antwort auf unsere Fragen erhalten. Dein Referat, während der Offensiv-„RotFuchs“-Konferenz vorgetragen, läßt eher die Schlußfolge-

rung zu, daß eine erneute Zusammenarbeit auf der Grundlage von gegenseitiger Achtung und Solidarität nicht möglich ist.

Lieber Werner, aus meiner Sicht ist es nötig, vor Beginn der Gespräche zu klären, was das Ziel sein soll und welcher Weg zu diesem Ziel führen soll. Praktische Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern der DKP und KPD ist vor Ort gut entwickelt. Für deren Weiterentwicklung bedarf es keiner Gespräche zwischen unseren Vorständen. Für die von Dir weiter genannten Ziele einer Zusammenarbeit auf der Ebene der Vorstände bedarf es Übereinstimmung in politischen Analysen und Schlußfolgerungen. Den Parteivorstand der DKP interessiert, wo diese Übereinstimmungen zwischen DKP und KPD aus Eurer Sicht zu sehen sind, um darauf dann eventuell weiter aufbauen zu können.

Ich hoffe auf eine konstruktive Antwort.

Mit kommunistischem Gruß

Heinz Stehr
Vorsitzender der DKP

Schreiben des Genossen Werner Schleese vom 19. Mai 2001

Werter Genosse Stehr,

was lange währt, wird endlich gut - so heißt es wohl sprichwörtlich. Nach sechs Monaten endlich ist es gelungen, eine Antwort auf unseren Brief vom 25. November 2000 an den Parteivorstand der DKP zu erhalten. Nur der Sachlichkeit und Richtigkeit halber: Das war die Antwort auf den von Dir unterzeichneten Brief vom 27. Oktober 2000, was Du in Deinem jetzigen Schreiben vom 9. Mai 2001 an uns als die Antwort der 2. Tagung des Parteivorstandes der DKP (30. September/1. Oktober 2000, also 4 Wochen danach) an die KPD bezeichnest.

Abgesehen davon, daß uns bislang Eure Antworten auf unsere Briefe (vom 21. Februar 2001, Einladung zu unserem 21. Parteitag nach Klosterfelde sowie den schon zuvor geschriebenen Brief vom 3. Februar 2001 mit der Bitte um Zustimmung zu unserer Teilnahme, Stand am DKP-Pressfest im Juni in Dortmund) fehlen - also keine Nachricht diesbezüglich erfolgte -, scheint uns das gesamte Gebaren Eurerseits doch als sehr seltsam und nicht akzeptabel.

Doch nun zur Sache selbst. Das Sekretariat des Zentralkomitees der KPD hat in seiner Sitzung am 19. Mai 2001 zu Deinem Brief Stellung genommen und mich beauftragt, unverzüglich zu antworten. Wir entnehmen Deiner Antwort vom 9. Mai dieses Jahres, daß trotz lange währendender Zeit doch nicht ausreichend Gutes für die beiden Parteien aufgegeben Verantwortung und Interessenvertretung der Arbeiterklasse in West und Ost der BRD herausgekommen ist. Mangels Gemeinsamkeit der Vorstände von DKP und KPD und fehlender Aktionseinheit hat sich die Lage der Arbeiterklasse, haben sich die Lebensverhältnisse der „kleinen Leute“ noch weiter verschlechtert. Wieviel erfolgreicher könnte eine vereinte anti-

monopolistische Gegenmacht von DKP und KPD, schon gar nicht zu reden von einer vereinigten einigen kommunistischen Partei in Deutschland, sein, wenn wir sie nur mit aller Entschiedenheit wollten.

Genosse Stehr, Du äuerst in Deinem Brief Skepsis und Unglauben hinsichtlich einer gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen unseren Vorständen, ja, hältst sie sogar nicht für notwendig. Überzeugende politische Argumente dafür finden wir in Deinem Brief allerdings nicht. Wir lesen vielmehr wiederholte Passagen, die darauf schließen lassen, daß der DKP-Parteivorstand nach wie vor absolute Bedingungen für mögliche Gespräche zwischen unseren Parteivorständen stellt. Das ist die Anerkennung von programmatischen und statuarischen Grundsätzen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) durch uns. So aber wird jeglicher Dialog von vornherein blockiert. Will der DKP-Vorstand das?

Wir halten den politischen Dialog zwischen den führenden Parteigremien für lebenswichtig für beide Parteien. Deshalb stellen und stellen wir keinerlei von vornherein unüberwindliche Barrieren auf. Wir verlangen z. B. nicht die Anerkennung unseres Standpunktes, formuliert in dem von unserem 21. Parteitag beschlossenen Dokument „Sozialismus/Kommunismus - Zukunft der Menschheit“, das wir zu Deiner Information diesem Brief beilegen.

Die Mitglieder unserer beiden Parteien erwarten, da sind wir absolut sicher, daß die Vorstände den gut entwickelten Dialog an der Basis weiter fördern, statt ihn durch Gesprächsabsage zwischen den Führungen zu hemmen. Wir begrüßen einerseits, daß Du die praktische Zusammenarbeit vor Ort als gut ausgeprägt einschätzt und deren Weiterentwicklung dulden willst, was in der DKP-Mitgliedschaft die Sorge um Kontaktverbote und Repressionen mindern könnte. Wir bedauern andererseits, daß Du persönlich nicht über Deinen eigenen Schatten springen kannst,

was Gespräche der Vorstände anbelangt. Doch wir können beiderseits nicht neutrale Zuschauer der Verständigung und Zusammenarbeit sein - wir müssen sie vielmehr auf alle erdenkliche positive Weise fördern. Das ist unsere gemeinsame politische Verantwortung, die sogar historische Dimensionen hat.

Werter Genosse Stehr, wir schlagen deshalb einen Kompromiß vor, der statt Funkstille oder einer Politik gegenseitigen Mißtrauens Bemühungen in Richtung sozusagen „vertrauensbildender Maßnahmen“ zum Ziel hat. Das könnten von beiden Parteivorständen unterbreitete oder auch von ihnen eigenständig eingebrachte und beiderseits unterstützte Anregungen, Vorschläge und Forderungen zur Durchsetzung der alltäglichen oder lebenswichtigen Gegenwartsforderungen der Arbeiterklasse in West- und Ostdeutschland sowie international wichtiger sozialer, ökonomischer und politischer Volksinteressen sein. In diesem Sinne halten wir unsere Gesprächsangebote im Brief vom 27. Oktober 2000 vollinhaltlich aufrecht und präzisieren sie zugleich. Wir vertreten den Standpunkt, nunmehr die Vorstellungen zum Dialog zwischen DKP und KPD, besonders ihrer Vorstände, öffentlich zu machen und damit die Meinungsbildung vor allem in der Mitgliedschaft beider Parteien und ihrer jeweiligen Sympathisanten zu fördern. Wir meinen, damit eine von Dir erhoffte konstruktive Antwort gegeben zu haben und erwarten nunmehr von Dir bzw. vom Parteivorstand der DKP ein konstruktives Reagieren, hoffentlich in einem der Sache dienlichen kürzeren Zeitraum als bisher.

Mit kommunistischem Gruß

Im Auftrage des Sekretariats der KPD

Werner Schleese
Vorsitzender

Wie ich Emil Carlebach erlebte

Mein Zellennachbar

Für alle, die ihn als unbeugsamen, stets einsatzbereiten Kampfgefährten kannten, war Emil Carlebachs Tod ein schmerzlicher Verlust. Wir nehmen aber keinen Abschied von ihm, da sein Wirken in unserem Denken und Handeln weiterlebt!

Anfang der 30er Jahre - in einer entscheidungsschweren Zeit - lernten wir uns kennen. Angesichts des Wachstums der kommunistischen Bewegung und der zunehmenden Bereitschaft zum antifaschistischen Handeln war die vereinte Reaktion entschlossen, Hitler die Macht zu übertragen. Damals wurde ich durch meinen Vetter Eberhard Schütz, Propagandist im Roten Studentebund, von einer Gruppe junger Kommunisten aufgenommen, die eine feste politische Position bezogen hatte. Zu ihr gehörten Emil Carlebach, Wolf Abendroth, Paul Bloch, Bernhard Schreier, Hans Frey und andere. Gemeinsam stellten wir Flugblätter her und brachten sie unter die Leute, nahmen an Demonstrationen teil, die durch bewaffnete SA-Kolonnen, von der Weimarer Polizei unterstützt, überfallen wurden und zu Straßenschlachten eskalierten.

Als der Reichstag von den Nazis in Brand gesetzt wurde, um die Hetzjagd gegen die Kommunisten mit Massenverhaftungen zu beginnen, mußten wir unter den harten Bedingungen des antifaschistischen Widerstandskampfes an die Stelle der alten und bekannten Genossen aufrücken. Emil Carlebach, der sich nun, „Norbert“ nannte, zögerte ebenso wie die anderen unserer Gruppe keinen Augenblick. Er wußte, daß für jeden früher oder später die Stunde schlug und bezeichnete uns als „Tote auf Urlaub“. Den Tag der Befreiung erlebten von unserer großen Gruppe nur Emil Carlebach, Wolf Abendroth und ich.

Man kann es wohl einen Zufall nennen, daß sich im Jugendgefängnis Hannover, in das ich zur Verbüßung meiner ersten Hochverratsstrafe eingeliefert worden war, in der Nebenzelle ausgerechnet mein Kampfgefährte Emil Carlebach befand. So ergab sich die Möglichkeit, beim „Freigang“ im Gefängnishof - im Gleichschritt, drei Schritte Abstand - und nach dem abendlichen Einschluß, auf dem Schemel am vergitterten Fenster stehend, unsere Gedanken auszutauschen und beim „Kübeln“ uns Kasserolen zuzuschicken. Dort hatten wir, wie Emil in einem seiner Bücher schrieb, „schnell Verbindung aufgenommen und eine Freundschaft geschlossen, die bis heute andauert ...“ Emil wußte, was ihn erwartete, und er hielt sich durch Kniebeugen und Liegestützen fit.

Er war ein sehr intelligenter, politisch geschulter Mensch, hart gegen sich selbst und unversöhnlich gegenüber dem Klassenfeind und, wenn auch oft nicht sichtbar, zu tiefen menschlichen Gefühlen fähig, zu großer Solidarität bereit. Seine schweren Erlebnisse während der Nazizeit hat er aufgeschrieben

und einem großen Leserkreis bekanntgemacht. Er erwarb sich durch seine aufrechte, verantwortungsvolle Haltung und seinen Mut die Anerkennung der Mitgefangenen in Buchenwald, die ihn in den letzten Tagen, als die Nazimörder einmal mehr nach seinem Leben trachteten, versteckt hielten.

Sofort nach der Befreiung, der die Selbstbefreiung des KZ vorausging, handelte er unermüdlich im Geiste des Schwurs von Buchenwald. Später - schon von schwerer Krankheit gezeichnet - nahm er ständig Reisen auf sich, um als einer der letzten Zeitzeugen vor allem die Jugend aufzuklären, die antikomunistischen Geschichtsfälscher aller Schattierungen zu entlarven und vor ihnen zu warnen.

Als ich im Mai 1945 aus dem Zuchthaus nach Frankfurt am Main zurückkehrte, war es eine freudige Überraschung, daß ich mit Emil als dem ersten meiner alten Mitkämpfer zusammentraf. Er half mir beim Start in die nächste Etappe. An einem Vervielfältigungsapparat stellten wir im Haus des Parteivorstandes Flugblätter der KPD her, um in dem Wirrwarr jener Zeit zu einer klaren politischen Orientierung beizutragen.

Für eine Weile schien es, als habe der Geist des Potsdamer Abkommens Bestand. Emil Carlebach wurde von der US-Besatzungsmacht als Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“ bestätigt. Doch sehr bald klärten sich die Klassenfronten. Westdeutschland hatte man auserkoren, mit Unterstützung der rehabilitierten Nazi-Elite als zuverlässiger NATO-Partner und Bollwerk gegen den „Bolschewismus“ zu dienen. Aufs Neue begann die Kommunistenjagd. Auch Emil Carlebach wurde entlassen, diskriminiert, verleumdet und verfolgt. Bis heute ist im Lande der „Freiheit und Demokratie“ die KPD widerrechtlich verboten. Eine über große Mehrheit hat mit dem kapitalistischen System, das derzeit die Sozialdemokraten verwalten, Frieden geschlossen. Viele bekennen sich zwar zum Antifaschismus, wie sie ihn verstehen, verurteilen Holocaust und Sklavenarbeit und haben Angst vor rechtsradikalen Totschlägern, sind aber nicht bereit, gegen die soziale Ursache allen Übels zu kämpfen.

Zu den wenigen Aufrechten gehörte Emil Carlebach. Das ist sein Vermächtnis, denn er war, wie sein erster Buchtitel heißt, „Kommunist in Deutschland“!

Prof. Dr. Dr. Fred Müller

Auf Bitten des Chefredakteurs der deutschen Ausgabe der Zeitschrift TOPOS - ihre gerade erschienene Nr. 16 ist dem Thema „Imperialismus“ gewidmet - wird darauf hingewiesen, daß die Publikation bei **Dr. Dieter Kraft**, Rosenthaler Str. 19, 10119 Berlin, bezogen werden kann. Jahresabonnement (zwei Hefte) 30 DM plus Porto, Einzelheft 25 DM

„Anstoß“ weggeputscht

Statutenwidrig

In Berlin ist folgendes passiert: Am 30. 5. 2001 haben Vorsitzende von vier Gruppen der DKP in einer vom Bezirksvorsitzenden Reiner Vollradt an alle Mitglieder der Bezirksorganisation versandten und mitgetragenen Erklärung verkündet, sie hätten die Redaktion der Monatszeitung „Anstoß“ - Organ des Bezirksvorstandes Berlin - wegen Unzufriedenheit mit deren Veröffentlichungspolitik ausgeschaltet und durch ein „kommissarisches Redaktionskollektiv“ ersetzt. Die Zeitung werde von ihnen bis auf „weiteres in eigener Verantwortung ... herausgegeben“.

Die Beteiligten dieser Aktion haben damit den gewählten Berliner Bezirksvorstand, der den früher von Nina Hager verantworteten „Anstoß“ vor einiger Zeit einer neuen Redaktion übertragen hatte, statutenwidrig hintergangen und ausgeschaltet.

Die Mehrheit des BV (5 : 4 Stimmen) beschloß am 5. Juni 2001, ein Parteiverfahren gegen die an den Vorfällen beteiligten Genossen und Genossinnen zu beantragen.

R. F.

Karl-Eduard von Schnitzler:

Man wird doch noch fragen dürfen ...

Bei mir gibt es Fragen zu einem durch das Parteistatut nicht gedeckten „Beschuß“ von Vorständen der Gruppen in der Berliner Bezirksorganisation der DKP, den ich bei meiner Rückkehr von einer Kur vorfand. Was lesen meine durch 68 Jahre Parteizugehörigkeit geschärften Augen?

Vorstände „DER GRUPPEN“ in der Berliner Parteioorganisation ...? Gehört meine Gruppe, deren Unterschrift auf dem „Dokument“ fehlt, mittlerweile etwa nicht mehr der Berliner Parteioorganisation an? Ist die Gruppe Berlin Nordost nicht mehr Teil der DKP?

Haben die Verfasser ihren „Beschuß“ den eigenen Gruppen zur Diskussion und Abstimmung vorgelegt? Gab es keine Gegenstimmen? Ist die „Abberufung“ der vom Bezirksvorstand erst unlängst eingesetzten neuen Redaktion des „Anstoß“ tatsächlich „rechtsens“?

Wer hat Anstoß an der rechtmäßigen Redaktion der Zeitung, die sich auf dem Wege der politischen, ideologischen, theoretischen, historischen und aktuellen Verbesserung befand, genommen? Ist dieser innerparteiliche Putsch vielleicht der Anfang weiterer statutenwidriger Maßnahmen gegen andere mißliebige Publikationen, Meinungen und Tätigkeiten treuer marxistisch-leninistischer Kommunisten und sich an das Statut haltender Genossen? Solcher Genossen, für die unsere Vergangenheit in der DDR und unser Wirken in der internationalen kommunistischen Bewegung keine Ansammlung von „Fehlern, Fehlleistungen und Schlimmerem“ war, sondern eine große, erfolgreiche Leistung der deutschen Arbeiterklasse, erstmalig in der Geschichte und - abzüglich vermeidbarer und unvermeidbarer Schwächen und Extreme - wertvoll und unverzichtbar für den weiteren Kampf und für den letztlich unausbleiblichen Sieg.

Wer hat einen derartigen „Beschuß“ initiiert? Man wird doch noch fragen dürfen, fragen müssen! Und ehrliche, fundierte Antworten erwarten können. Oder etwa nicht?

Ein ehemaliger PDS-Fraktionsvorsitzender über Kommunalpolitik

Möglichkeiten und Grenzen

Der Einfluß einer politischen Partei auf die gesellschaftlichen Prozesse eines Staates realisiert sich zu einem bedeutenden Teil über ihre Kommunalpolitik. Grundlage für kommunalpolitische Entscheidungen stellen das Programm der Partei, Grundsatzbeschlüsse von Parteitag und Konferenzen sowie strategisch-taktische Überlegungen im Wechselverhältnis der Parteien dar. Auch in scheinbar weniger bedeutenden Schritten einer Fraktion oder Parteiorganisation muß sich der Charakter der Partei wiederfinden. Bürgerliche Parteien haben damit immer Schwierigkeiten. Ihr praktisches Handeln gerät oft in Widerspruch zu ihren programmatischen Aussagen. Aber auch für kommunistische Parteien ist die Beherrschung dieses Wechselverhältnisses nicht immer einfach. Gegenstand der Kommunalpolitik ist eigentlich alles, was die unmittelbaren Lebensverhältnisse der Bürger betrifft: vom Haushaltsplan des Bezirkes bis zur Straßenumbenennung, von der Bauplanung bis zur Kinderbetreuung usw. Eine breite Palette, die Sachkenntnis und persönlichen Einsatz erfordert, wenn man sich hier engagiert. Der Bürger eines bestimmten Territoriums wird über die Kommunalpolitik in seinen Interessen immer mit der Haltung der dort existierenden Parteien und gesellschaftlichen Organisationen verbunden. Damit eröffnet sich die Einflußsphäre der Parteien auf ihn, zugleich aber auch die Möglichkeit, über die Parteien gewisse Veränderungen zugunsten der Bürger zu erreichen.

Das Ganze wird als wesentliches Fundament des demokratischen Charakters des Staates propagiert. Betrachtet man aber die tatsächlichen Einflußmöglichkeiten der Bevölkerung auf die Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse, dann offenbart sich ein äußerst dürrer Zustand der demokratischen Grundsätze. Alles ist darauf ausgerichtet, den Einfluß der Bürger und ihrer Parteien in einem gesetzlichen Rahmen zu halten, der über Jahrzehnte gewachsen ist und ständig verfeinert wird. Kaum sind die Vertretungskörperschaften der „demokratischen Wahl“ entstiegen, finden sie sich in einem System längst vorhandener gesetzlicher Regelungen wieder, die ihre Kompetenz auf ein Mindestmaß schrumpfen lassen. Ganze Lebensbereiche der Gesellschaft sind ihrer Verantwortung entzogen.

Im Vergleich zum „Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen der DDR“ offenbart sich ein gewaltiger historischer Rückschritt auf dem Gebiet der aktiven Gestaltung demokratischer Verhältnisse. Die örtlichen Volksvertretungen der DDR waren in ausschließlicher Kompetenz für nahezu alle Fragen im Territorium verantwortlich und vor allem weisungsberechtigt. Was für eine Machtfülle gegenüber den kümmerlichen Rechten z. B. einer Bezirksverordnetenversammlung in der BRD, deren Zuständigkeit sich im wesentlichen auf den Haushaltsplan, auf Bebauungs- und Landschaftspläne, auf Grenzberichtigungen beschränkt!

Aber auch im inneren System des Funktionierens der staatlichen Organe finden sich Dutzende Möglichkeiten, den Willen der Bürger ins Leere laufen zu lassen. Die bürgerliche Demokratie hat sich aus dem wichtigen Bereich der ökonomischen Beziehungen längst verabschiedet. Die gängigen Ausreden der bürgerlichen Politiker von der fehlenden Zuständigkeit, von nicht vorhandenen Gesetzen, vom Gebot der Nichteinmischung in die Wirtschaft, was obendrein noch als Freiheit bezeichnet wird, in Wirklichkeit aber Heiligsprechung der Ausbeutung ist, zeigt nur die Unfähigkeit der bürgerlichen Demokratie, die Lebensfragen der Menschen wirklich gerecht zu lösen.

Die Strangulierung von Vertretungskörperschaften, über die sich Kommunalpolitik primär vollziehen sollte, zeigt sich an wenigen Beispielen: Ein Berliner Bezirksamt wird zwar von der BVV gewählt, ist ihr aber nicht unterstellt. Die BVV kann an das Bezirksamt lediglich Ersuchen und Empfehlungen richten, ihm aber keine Weisungen erteilen. Kommt es dennoch zu einem Beschluß der BVV, den das Bezirksamt beanstandet, kann die Senatsverwaltung für Inneres (ein nicht gewähltes Organ) die Unterstellung der BVV vornehmen. Das Mitglied eines Bezirksamtes benötigt für seine Wahl die einfache Mehrheit der BVV, für seine Abwahl aber eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Diese kommt so gut wie nie zustande.

Eine tatsächliche Selbstverwaltung ist in diesem System nicht existent, und es erhebt sich die Frage nach den Möglichkeiten einer erfolgreichen Kommunalpolitik. Festzuhalten bleibt als unumstößlicher Ausgangspunkt: Eine politische Partei, deren Ziel darin besteht, die Lebensbedingungen der werktätigen Menschen zu verbessern, ihren Einfluß auf den Staat zu erhöhen, die Macht der Monopole, Banken und Spekulanten einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen, kann ohne kommunalpolitische Tätigkeit zu keinem Masseneinfluß gelangen. Sie verliert ihr Parteigesicht und es besteht die Gefahr, daß sie zur Sekte verkommt. Sie bietet den Menschen keine Orientierungs- und Entscheidungsmöglichkeit.

Eine wesentliche Voraussetzung, in der Kommunalpolitik tätig zu werden, ist die Teilnahme an den Wahlen zu den örtlichen Vertretungskörperschaften. Auch eine vorhersehbare Ergebnislosigkeit darf die Partei nicht davon abhalten, diese kümmerliche Chance der bürgerlichen Demokratie zu nutzen. Letztlich wird am Wahlergebnis der zeitweilige Einfluß ablesbar und das ist besser, als namenlos im Hintergrund zu bleiben. Bedingung ist eine gute Analyse der Situation im gewählten Territorium und die Ausarbeitung eines realistischen Wahlprogramms. Schließlich bietet sich die ganze Skala der aktiven Einmischung in alle kommunalpolitischen Probleme an. Erforderlich sind die Kenntnis der Hauptfragen im Gebiet, die Nutzung von Infoständen und Flugblattaktionen, organisierte Gesprächsrunden, die Herausgabe lokaler Zeitungen usw.

Für die Entscheidung, auf kommunalpolitischem Gebiet tätig zu werden, ist natürlich eine exakte Einschätzung der eigenen Möglichkeiten erforderlich. Hier dürften punktuelle Ansätze im Vordergrund stehen. Mit den im „RotFuchs“ veröffentlichten 11 Forderungen der Gruppe Nordost wird eine neue Etappe unserer Parteiarbeit deutlich. Wir mischen uns aktiv in politische, ökonomische, soziale und kulturelle Prozesse ein und formulieren dazu unseren Standpunkt. Eine Fortführung kann nun nur noch in der Aufnahme kommunalpolitischer Tätigkeit bestehen.

Dr. Martin Dressel, ehem. PDS-Fraktionsvorsitzender in der BVV Berlin-Weißensee

Was sich Kinder wünschen

„Omi, kaufst Du mir ein Eis?“ „Klar, mache ich.“ Meine Enkelin wählt sich ein Eis aus. Genüßlich schleckt sie daran. Meine Schritte lenken nach Hause. „Omi, komm, wir gehen noch eine Runde im Friedrichshain spazieren.“ „Ich bin mit dem Vorschlag einverstanden. Wir gehen zum Ententeich, um zu sehen, ob die Tiere schon Junge haben. Am Teich beobachten wir eine Zeitlang die Enten und Goldfische.“ „Omi, laß uns doch zur Friedensglocke gehen. Darf ich dann auch mal ein bißchen glockeln?“ Wieder stimme ich zu. Auf dem Weg dorthin: „Warum heißt die Glocke eigentlich Friedensglocke? Warum wurde sie hierher gebracht?“ Ich sage ihr, woher die Glocke kommt und warum man sie Friedensglocke nennt. Es folgen immer mehr Fragen. Und ich erzähle ihr von Hiroshima und Nagasaki, vom Krieg, den ich als kleines Kind (so alt, wie sie jetzt) in Berlin erleben mußte. Wie schrecklich Krieg ist! Immer wieder möchte sie hören, was im Krieg geschieht und was ich während des Krieges erlebt habe. Sie weiß bereits, daß es noch heute Kriege auf der Welt gibt, Menschen sterben müssen und Häuser zerstört werden.

Als wir nach unserem Spaziergang zu Hause sind, setzt sich meine vierjährige Enkelin aus eigenem Antrieb hin und malt das dem „RotFuchs“ übersandte Bild. Sie bat mich, ihr beim Text zu helfen.

„Omi, wenn alle Kinder der Welt schreiben würden, daß sie keinen Krieg wollen, wird es dann nie mehr einen geben?“
Eingesandt von **Brigitte Tichauer, Berlin**



60 Jahre nach dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion

„... Steh auf, steh auf, du Riesenland!“

Wie als Nachgeborener an jenen Tag erinnern, an dem aus diesem Deutschland die Horden unterm Hakenkreuz mit Brand und Mord, Vernichtung und Tod gegen das Land des Roten Oktober losschlügen?

In den frühen Morgenstunden des 22. Juni 1941 überfielen die Armeen des faschistischen deutschen Imperialismus die Sowjetunion ... Nun erfuhren Bauer und Prolet in der Wehrmachtsuniform, die gezielte Gerüchte von einem „Durchmarsch nach Indien“ oder der „notwendigen Ablenkung von einer Landung in England“ hatten täuschen sollen, den wahren Zweck ihrer Verlegung in den Osten: Der Plan „Barbarossa“ lief an. Die Front erstreckte sich über 4 000 km von der Barentssee bis zum Schwarzen Meer. In drei Heeresgruppen mit 150 deutschen Divisionen und etwa 40 der Vasallenstaaten, zusammen rund 5 Millionen Soldaten, mit 4 000 Panzern, 5 000 Flugzeugen und einer mehr als doppelt überlegenen Artillerie von 48 000 Geschützen trat die damals stärkste Militärmaschine als Speerspitze des Weltimperialismus zur Vernichtung des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates an. Für die Sowjetmenschen, die bis zu diesem Sonntagmorgen ihre Kraft für den friedlichen Aufbau des Sozialismus einsetzten, begannen vier harte und bittere Kriegsjahre. An ihrem Ende hatten weit über 20 Millionen Sowjetbürger - der Bevölkerung von 1941 nach jeder Zehnte - ihr Leben lassen müssen. Die faschistischen Eindringlinge zerstörten über 1 700 Städte und 70 000 Dörfer. Allein in der Belorussischen SSR, wo jeder Vierte durch die Hand der Faschisten umkam, brannten sie 7 000 Schulen, Bibliotheken, Krankenhäuser, Theater und Museen nieder, wurden 186 Orte völlig ausgelöscht - so viele Namen wie Chatyn. Jeder steht für das gleiche Schicksal wie Lidice und Oradour.

Die „Leiden deutscher Vertriebenen“, die jetzt wieder in den Vordergrund gerückt werden, wögen das auf, behaupten die Lügner, die noch heute das Geschäft der Täter besorgen. An diesem 60. Jahrestag werden Geschichtsfälscher und Verbrechensleugner wieder Hoch-

konjunktur in jenem Geschäft haben, das sie seit über 50 Jahren in der BRD betreiben. Aber die faschistischen Dokumente, die nach der Befreiung sichergestellt wurden, enthüllen bereits die Pläne zur Plünderung des Sowjetlandes, zur Versklavung und Ausrottung seiner Völker ... „Viele Millionen Menschen werden in diesem Gebiet überflüssig und sterben oder müssen nach Sibirien auswandern“, heißt es z. B. in den „Wirtschaftspolitischen Richtlinien“ der NS-Führung für die „Kolonisierung“ der Sowjetunion. Der Ungeist des Faschismus war für das „Unternehmen Barbarossa“ in bestialische Befehle gefaßt, die die Ermordung der Politarbeiter der Roten Armee und aller Kommunisten forderten und zum erbarmungslosen Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung aufriefen.

Immer wieder wird der Überfall von 1941 mit Gerüchten umgeben. Ganze Stäbe hätten in der Nacht zum 22. Juni sorglos geschlafen, die Kommandeure gezecht, die Rote Armee wäre völlig überrumpelt worden usw. Nicht zufällig kommt solches vom Gegner, von Revisionisten und Troztkisten, um einmal mehr zu beweisen: „Stalin war an allem schuld.“ Mit der Wirklichkeit hat das jedoch nichts zu tun. Zahlreiche sowjetische Heerführer haben den Kriegsbeginn, die folgenden Tage und Wochen ausführlich geschildert. Sie sind dabei auf Stärken und Schwächen eingegangen: auf die ersten Abwehrmaßnahmen und erbitterte Rückzugsgefechte - erinnert sei nur an den Heldenkampf der Verteidiger der Festung Brest - ebenso wie auf die absolute Überlegenheit der Faschisten in der Luft, bei Panzern und motorisierter Artillerie. Der scheinbar „griffige“ Vorwurf, das sowjetische Oberkommando hätte versäumt, die Hauptkräfte der Roten Armee sofort aus dem Landesinnern heranzuführen, geht ins Leere. Marschall G. K. Shukow verweist in seinen Memoiren auf die unzulängliche Ausrüstung dieser Truppen für die Verteidigung mit Panzer- und Fliegerabwehrmitteln. Die faschistische „Blitzkriegsplanung“ habe überdies gerade darauf spekuliert, die Hauptkräfte der Roten Armee in großen Ope-

rationen einzukreisen, aufzuspalten und Abschnitt für Abschnitt zu vernichten. Das aber gelang dem Aggressor nicht. Die sowjetischen Einheiten zogen sich, wo immer möglich, organisiert und kämpfend, teils unter schwersten Verlusten, zurück. Sie konnten den feindlichen Vorstoß bald erheblich verlangsamen. Das ermöglichte die Verla-

gerung von über 1 500 Betrieben, von Flugzeug-, Panzer- und Waffenfabriken in östliche Landesteile. Nach nur drei Monaten hatten die Faschisten eine halbe Million Soldaten und Offiziere verloren, 200 000 mehr als bei der Eroberung Europas in den zwei Kriegsjahren zuvor. Als die Rote Armee sie Anfang Dezember 1941 vor Moskau zum Stehen brachte, war der „Blitzkrieg“ der Wehrmachtsstrategen schon gescheitert, und in der folgenden großen Offensive wurden die Okkupanten erstmals aufs Haupt geschlagen. Den Grundstein zum Sieg aber hatten jene Verteidiger des Sowjetlandes gelegt, die gleich bei Kriegsbeginn bis zur letzten Patrone Widerstand leisteten. Sie schützten das Hinterland, das sich unter Stalins Losung „Alles für die Front, alles für den Sieg“ zu einer Riesenanstrengung erhob und aus seiner politisch-moralischen Überlegenheit im Laufe der Zeit auch die materiell-technischen Voraussetzungen zur Zerschmetterung der Faschisten entstehen ließ.

Denken wir an jene unzähligen sowjetischen Patrioten, die sich unter Führung der Bolschewiki zum illegalen Kampf und zu Partisanenoperationen großen Stils gegen die Besatzer erhoben, einen „Heiligen Krieg“ des Volkes führten, viele Eindringlinge vernichteten, ihnen enorme Schäden zufügten und so tatkräftig die Rote Armee unterstützten. Erinnern wir uns nicht minder jener mutigen Wehrmachtsangehörigen, die noch kurz vor dem Überfall auf die Seite der sowjetischen Klassen-genossen überliefen und ihnen den Angriffsbefehl Hitlers übermittelten, oder die später als Frontbeauftragte des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und Partisanen an der Seite der Roten Armee kämpften.

Der erfolgreiche Widerstand, die allmähliche Herstellung des strategischen Gleichgewichts und die endgültige Eroberung der Initiative in den Schlachten von Stalingrad und Kursk, die allgemeine Offensive der Roten Armee in allen Hauptstoßrichtungen bis zur völligen Säuberung des Sowjetlandes von den faschistischen Okkupanten, die Befreiung vieler anderer Völker Europas bis zur Hissung des sowjetischen Banners auf dem Reichstag - das sind die wichtigsten Stationen des heroischen Kampfes der KPdSU, des Sowjetvolkes und seiner Streitkräfte.

Schnee von gestern? Die Sowjetunion ist doch längst untergegangen, schlagen sich die Politiker der Bourgeoisie an die Brust. Doch gemach! Keine triumphierende Konterrevolution, die ein ideologisch und politisch aufgewecktes sozialistisches Lager in Europa zu zerstören vermochte, kann die historischen Tatsachen aus der Welt schaffen. Die Erinnerung an die Großtaten der Roten Armee gibt uns Nachgeborenen selbst in einer Zeit der Niederlage den Mut zu neuen Kämpfen und flößt dem Feind noch nachträglich Furcht und Schrecken ein. Denn er weiß, trotz seines derzeitigen Sieges, daß diese Kraft eines Tages wieder erstehen kann und wird.

Werner Hoppe



Das Ende der Aggression. Siegesparade auf dem Roten Platz in Moskau

Weltgeschichtliche Zäsuren

Als auf dem X. Gesamtrussischen Sowjetkongreß im Dezember 1922 der Beschluß zur Vereinigung von vier Sowjetrepubliken - der russischen, der ukrainischen, der belorussischen und der transkaukasischen - zur UdSSR gefaßt wurde, konnte ein parteiloser ukrainischer Bauer nicht begreifen, warum er nicht ins Präsidium des Kongresses der RSFSR gewählt werden konnte, wohl aber einer seiner Genossen aus dem Gouvernement Kaluga. „Und dieser parteilose Bauer hatte völlig recht“, schrieb die „Swesda“, Organ des Zentralbüros der KP(B) Belorußlands am 23. Dezember 1922. „Wir bildeten die ganze Zeit eine Einheit. Es ist nicht wichtig, ob unser Bündnis durch irgendein Schriftstück besiegelt ist. Wir haben es besiegelt mit unserem Blut, mit dem Blut aller Werktätigen an den zahlreichen Fronten der Republik.“

In der Haltung dieses unbekannten ukrainischen Bauern fand eine allgemeine Erscheinung ihren Ausdruck. Die Bildung der Sowjetunion war das Ergebnis des revolutionären Schöpfungstums aller Sowjetvölker, die glänzende Bestätigung der Leninschen Theorie und Politik der nationalen und kolonialen Frage. Mit der Gründung der UdSSR wurde weltgeschichtlich zum ersten Mal die Frage der Nationen unter sozialistischen Bedingungen, der Entwicklung gleichberechtigter Beziehungen zwischen ihnen, der Dialektik zwischen Nationalem und Internationalem auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie gestellt und deren Lösung praktisch in Angriff genommen. M. W. Frunse, ehemaliger Befehlshaber der Roten Armee im Ural (1919 gegen Koltschak) und der Südfront (im November 1920 befreiten die von ihm geführten Truppen die Krim), erklärte als Abgeordneter der Sowjet-Ukraine auf dem Kongreß, daß die Gründung der Sowjetunion als sozialistischer Vielnationalitätenstaat „erst der Anfang der grandiosen, gigantischen Arbeit ist“, die nun bevorstehe. Er meinte, daß mit der Unionsgründung „das Fundament der künftigen staatlichen Vereinigung, die alle Völker erfaßt“, gelegt worden sei. Eine kühne Prognose! Aber der Anfang wurde 1922, nach dem Sieg der Oktoberrevolution gemacht. Tatsächlich hatten sie und die Gründung der UdSSR als weltgeschichtliche Zäsuren auch die Stellung der kolonial unterdrückten Völker wesentlich verändert, ihnen die Richtung künftiger Entwicklungen gewiesen. Die Bedingungen für ihren Befreiungskampf waren günstiger geworden. Die nationalen Befreiungsbewegungen konnten sich nun auf die UdSSR stützen, die bedeutende Kräfte des

Imperialismus band, die nicht mehr gegen die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas eingesetzt werden konnten.

Der Einfluß des Roten Oktober auf die kolonisierten Völker war gewaltig. Allein die Tatsache, daß Sowjetrußland sowohl ein europäisches als auch ein asiatisches Land war, ein ehemaliger Kolonialstaat, verlieh der Oktoberrevolution ein spezifisches Gewicht. Der Sieg der Sowjetmacht im Fernen Osten und in Mittelasien hatte mächtige Ausstrahlungskraft auf die asiatischen, arabischen und afrikanischen Völker.

Mit der Oktoberrevolution war praktisch die Möglichkeit der Befreiung kolonial unterdrückter Völker, der Verwirklichung ihres Selbstbestimmungsrechts bewiesen. Die Gründung der UdSSR demonstrierte die freiwillige und gleichberechtigte Vereinigung vieler Nationen und ethnischer Gruppen in einem großen Staatsverband als Realität. Die Dialektik vom Recht auf Selbstbestimmung, dem Recht auf Los-trennung und Gründung eines eigenen Staates sowie dem freiwilligen Zusammenschluß in einer Föderation hatte ihre Bestätigung gefunden. Dieser Vereinigungsprozeß vollzog sich in einem harten Klassenkampf und gegen den Widerstand der inneren und äußeren Konterrevolution, die ihrerseits die Losung von der Selbstbestimmung für ihre Zwecke nutzte und mißbrauchte.

Die nationalen Befreiungsbewegungen nahmen mit und nach der Oktoberrevolution einen lebhaften Aufschwung. In einer Reihe von Kolonien und abhängigen Staaten bildeten die fortgeschrittensten Kräfte kommunistische Parteien. Die Idee der Sowjets als mögliche politische Form auch für Bauernbewegungen in Asien griff um sich. Dieses grandiose Aufbrechen des imperialistischen Weltsystems führte auch zur Präzisierung vorhandener und zur Gewinnung neuer Erkenntnisse in der Theorie der nationalen und kolonialen Frage.

Der Erste Weltkrieg hatte die Völker der Kolonien in einem bis dahin unbekannten Maße in die internationale Politik einbezogen. Die neue Qualität ihrer Stellung - verglichen mit der vorangegangenen Periode - kennzeichnete Lenin folgendermaßen: „Auf die Periode des Erwachens des Ostens folgt in der gegenwärtigen Revolution die Periode, in der alle Völker des Ostens die Geschehnisse der ganzen Welt mitentscheiden, in der sie aufhören, nur ein Objekt der Bereicherung zu sein. Die Völker des Ostens erwachen, um praktisch zu handeln, und damit jedes Volk das Schicksal der ganzen Menschheit mitbestimmt.“ (LW 30/145)

In den Aussagen von Marx, Engels und

Lenin werden bestimmte Etappen im Befreiungskampfsichtbar: 1. die Einbeziehung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in den Weltmarkt, in die



Weltgeschichte; erste Äußerungen des Widerstandes, spontane Aufstände, Gründung von Staaten in Lateinamerika, Beginn des Erwachens Asiens (etwa bis Ende des 19. Jahrhunderts). 2. Einbeziehung Asiens in den revolutionären Weltprozeß, Vorbereitung und Herausbildung einer weltgeschichtlichen Periode, in der sozialistische, kapitalistische, nichtkapitalistische und vor-kapitalistische Staaten nebeneinander existieren werden (ab Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg). 3. Die Völker Asiens sind „zum politischen Leben erwacht, entscheiden die Geschehnisse der Welt mit, werden endgültig zu einem „aktiven Faktor der Weltpolitik“. (LW 32/475 f.) Von der Einbeziehung der werktätigen Massen des Ostens in das politische Leben hänge jetzt in hohem Maße „das Schicksal der gesamten westlichen Zivilisation“ ab, konstatierte Lenin. Diese dritte Etappe begann mit der Oktoberrevolution, wobei offenbleibt, wann eine neue Zäsur bestimmt werden könnte. Mit der Zäsur-Konferenz 1955 entstand die Bewegung der „Nichtpaktgebundenen“, die Herausbildung der „Dritten Welt“ - für die ehemaligen Kolonien sicher ein Einschnitt, den wir als vierte Etappe bezeichnen könnten. (Zu beachten ist, daß die „Dritte Welt“ natürlich keine sozialökonomische Formation „jenseits“ von Kapitalismus und Sozialismus darstellt. Der Terminus entstammt nicht dem Vokabular des wissenschaftlichen Sozialismus.)

Diese vierte Etappe endet 1989/90 mit der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der europäischen Staaten, während die Völker des Ostens (VR China, Vietnam, Laos und Nordkorea) - neben Kuba auf der westlichen Hemisphäre - nach wie vor von kommunistischen Parteien regiert werden. Wie lange die gegenwärtige kapitalistische Restaurationsperiode als fünfte Etappe andauern wird, kann nicht vorausgesagt werden.

Ulrich Huar

Leseempfehlung:

Lenin. Referat auf dem II. Gesamtrussischen Kongreß der Kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens. 22. November 1919. In: LW 30/136-147

Glückwunsch zum 80. Jahrestag der Kommunistischen Partei Chinas

Auf erfolgreichem Kurs

Am 1. Juli 2001 begeht die Kommunistische Partei Chinas den 80. Jahrestag ihres Entstehens.

Am Gründungsparteitag, der zunächst in einem Wohnhaus in Shanghai stattfand und - nach der Entdeckung durch einen Polizeispitzel - auf einer Dschunke außerhalb der Stadt fortgesetzt werden mußte, nahmen 13 Delegierte kommunistischer Zellen aus verschiedenen Teilen des Landes teil. Sie vertraten die damals 53 Mitglieder. Auf dem Parteitag waren auch zwei von Lenin entsandte Vertreter der Kommunistischen Internationale zugegen. Er beschloß den Namen der Partei sowie deren programmatische Aufgaben und wählte das Zenträlbüro.

Der Weg des Kampfes der KP Chinas war schwer und gewunden, er ist gekennzeichnet durch große historische Leistungen und durch Erfolg. 28 Jahre dauerte der Kampf gegen Feudalismus, innere Reaktion und ausländische Aggressoren bis zum Sieg in der Neudemokratischen Revolution. Am 1. Oktober 1949 wurde auf dem Tian An Men-Platz in Beijing von Mao Zedong die Volksrepublik China ausgerufen. Nach der Wiederherstellung der Volkswirtschaft und der sozialistischen Umgestaltung wurde auf dem VIII. Parteitag im September 1956 der planmäßige Aufbau des Sozialismus beschlossen. Aber in der Zeit ab 1957 führten der „Große Sprung“, die Volkskommunen bis hin zur „Kulturrevolution“ zu großen Gefahren für die Errungenschaften der chinesischen Revolution. Ende 1978 wurde unter Leitung von Deng Xiaoping und anderen führenden Vertretern der KP Chinas die Politik der Reformen und der Öffnung nach außen eingeleitet. Sie sicherte die sozialistische Ordnung und den sozialistischen Entwicklungsweg.

Heute, fast 52 Jahre nach der Gründung der Volksrepublik China, hat die KPCh 63 Millionen Mitglieder und über 3,4 Millionen Grundorganisationen. Sie ist eine organisatorisch starke und fest gefügte Partei. Im programmatischen ersten Teil des Statuts der KP Chinas, das 1982 auf dem XII. Parteitag in überarbeiteter Form beschlossen wurde, heißt es: „Die KP Chinas ist die Vorhut der chinesischen Arbeiterklasse, sie ist der treue Vertreter der Interessen aller Nationalitäten des chinesischen Volkes, sie ist der Führungskern der Sache des Sozialismus in China“. Weiter heißt es: „Der Marxismus-Leninismus, die Ideologie Mao Zedongs, die Theorie von Deng Xiaoping sind der Kompaß für das Handeln der KP Chinas“. Die Programmatik der Partei beinhaltet das Maximalprogramm, das Minimalprogramm sowie Linie und Politik zur Realisierung des Programms. Im Statut ist als Endziel der Partei die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft formuliert. In der gegenwärtigen Entwicklungsperiode besteht die Aufgabe in der Errichtung des Sozialismus mit chinesischen Charakteristika.

Ziel der Partei ist es, dem Volke zu dienen. Im Statut heißt es: „Die Partei stellt die Interessen der Massen auf den ersten Rang, sie teilt Freud und Leid mit den Massen, sie ist mit ihnen

engstens verbunden; keinem Parteimitglied ist es gestattet, sich von den Massen zu lösen, sich über die Massen zu stellen“. Der demokratische Zentralismus ist grundlegendes Organisations-, Führungs- und Arbeitsprinzip der Partei. Sie wendet sich, auch angesichts eigener bitterer Erfahrungen, gegen Personenkult jeglicher Form. Die Tätigkeit der führenden Parteifunktionäre muß der Kontrolle der Partei und des Volkes unterliegen, gleichzeitig ist die Autorität aller führenden Persönlichkeiten, die die Interessen der Partei und des Volkes vertreten, zu schützen.

Im Prozeß der Korrektur der falschen Politik der Periode vom „Großen Sprung“ bis zur „Kulturrevolution“ wurde auf der Tagung des Zentralkomitees der KP Chinas im Jahre 1981 erstmals die Einschätzung getroffen, daß sich China in der Anfangsperiode des Sozialismus befindet. Die Linie der KP Chinas in dieser orientiert auf die Errichtung eines modernen sozialistischen Staates, der sich durch Wohlstand, Stärke, Demokratie und hohe Zivilisation auszeichnet. In einem Schulungsmaterial zum 80. Jahrestag der Gründung der KP Chinas, herausgegeben vom theoretischen Organ des ZK der KPCh, wird diese Politik wie folgt dargestellt:

Das bedeutet wirtschaftlich: Entwicklung der Marktwirtschaft unter sozialistischen Bedingungen, vorrangige Entwicklung der Produktivkräfte. Das erfordert die Beibehaltung und Vervollkommen der gemeinsamen Entwicklung von sozialistischem Gemeineigentum als Hauptbestandteil der Wirtschaft und anderen Eigentumsformen. Das erfordert weiterhin die Beibehaltung und Vervollkommen der sozialistischen Marktwirtschaft, damit der Markt in der Lage ist, unter der Steuerung und Kontrolle des Staates eine grundlegende Rolle bei der Verwendung der Ressourcen zu spielen. Das erfordert die Beibehaltung und Vervollkommen unterschiedlicher Verteilungsformen mit der Verteilung nach der Leistung als Hauptbestandteil. Das erfordert außerdem die Beibehaltung und Vervollkommen der Öffnung nach außen, die aktive Teilnahme an der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Konkurrenz.

Das bedeutet politisch: Beibehaltung und Vervollkommen der demokratischen Diktatur des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse und auf der Grundlage des Bündnisses der Arbeiter und Bauern; Beibehaltung und Vervollkommen des Systems der Volkskongresse und der Mehrparteienzusammenarbeit unter Führung der Kommunistischen Partei, des Systems der politischen Konsultationen sowie des Systems der nationalen Autonomie; Entwicklung der Demokratie, Vervollständigung des Rechtssystems, Errichtung eines sozialistischen Rechtsstaates.

Das bedeutet kulturell: Geleitet vom Marxismus Entwicklung einer nationalen, wissenschaftlich geprägten und für die Massen geschaffenen sozialistischen Kultur, die orientiert ist auf die Modernisierung des Landes, auf Weltoffenheit und auf die Zukunft; Heranbildung von Bürgern, die sich auszeichnen durch

Ideale, Moral, Kultur und Bildung, Disziplin. Die Führung der KP Chinas ist sich dessen bewußt, daß dem Aufbau der Partei, der Qualifizierung und Erziehung der Kader und Mitglieder besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muß. Das ergibt sich aus der Entwicklung im eigenen Land, den negativen Begleiterscheinungen der Reformen und der Öffnungspolitik als auch aus der Einschätzung, daß die wesentliche Ursache für die Niederlage des Sozialismus in der UdSSR und Europa im Zustand der Parteien zu suchen ist. In dem o. a. Schulungsmaterial heißt es, daß es auch in der KP Chinas zahlreiche Probleme gibt, wie z. B.: mangelndes Vertrauen in die Zukunft des Sozialismus, Verletzung des Prinzips „dem Volke dienen“, Anbetung des Geldes, Individualismus, Loslösung von den Massen, Bürokratismus, Verletzung der Parteidisziplin bis zur Verletzung der Gesetze. Die Partei verschließt vor diesen Problemen nicht die Augen.

Die KP Chinas versteht ihre führende Rolle vor allem als politische, ideologische und organisatorische Führung. Sie entwickelt ein neues Verständnis der führenden Rolle der Partei, das sich auch von der Praxis der Parteien in der UdSSR und den ehemals sozialistischen Ländern Europas unterscheidet. Ihr ist die Aufgabe gestellt, alle Kräfte auf den wirtschaftlichen Aufbau zu konzentrieren und eine richtige Strategie auszuarbeiten. Die Entscheidungsbefugnisse der Parteigorgane wurden im Prozeß der Reformen einschneidend geändert. Die Entscheidungen über wirtschaftliche Fragen z. B. erfolgen seit langem in den staatlichen Organen und vor allem in den Wirtschaftsunternehmen selbst.

Auf dem XV. Parteitag der KP Chinas 1997 erklärte Generalsekretär Jiang Zemin: „In China gab es noch nie eine politische Organisation, die wie unsere Partei so viele progressive Elemente konzentrierte, die so fest und breit organisiert ist, die für die chinesische Nation so viele Opfer gebracht hat, die eng mit dem Volk verbunden ist, die in der Lage ist, im Vorwärtsgang die Erfahrungen zusammenzufassen, sich gegenüber den eigenen Fehlern so ernsthaft zu verhalten, um die richtige Theorie und die richtige Linie herauszuarbeiten und daran festzuhalten“.

Wenn man heute die 80 Jahre seit Gründung der KP Chinas überblickt, so kann man feststellen, daß die Partei trotz ihrer komplizierten Entwicklungsbedingungen, trotz schwierigster innerer und äußerer Situationen, trotz eigener Fehler und Irrwege die Prüfungen der Zeit bestanden hat. Sie hat erfolgreiche Strategien für die Lösung anstehender Fragen ausgearbeitet und in die Praxis umgesetzt, sie hat eigene Fehler korrigiert, ohne sich dabei selbst zu zerstören oder sich von anderen zerstören zu lassen. Die KP Chinas hat sich als eine starke und erfahrene marxistische Partei erwiesen. Besucht man heute die VR China, dann wird man zum Nachdenken über vieles angeregt, auch darüber, was die kurzsichtige Frage soll, ob Marx vielleicht überholt sei. Viele Menschen, bei weitem nicht nur Kommunisten, beglückwünschen die KP Chinas zu ihrem 80. Jahrestag. Unsere Gratulation ist dabei.

Rolf Berthold

Erste Ex-Sowjetrepublik von Kommunisten regiert

Moldova setzt auf Rot

Als Ende Februar in der Republik Moldova - der zwischen Rumänien und der Ukraine gelegenen früheren Moldauischen SSR - eine absolute Mehrheit der Wähler des Vier-Millionen-Volkes (50,2 %) für die Kommunisten votierte, fielen mehr als zwei Drittel der Parlamentssitze an die KPRM. Das ergab sich daraus, daß einige Parteien an der 6%-Hürde gescheitert waren. Inzwischen ist auch der frühere Erste Sekretär und jetzige Vorsitzende der KPRM, Wladimir Woronin, zum Präsidenten der Republik gewählt worden. Er bemüht sich besonders um die Normalisierung der Beziehungen zur abgespaltenen „Moldauischen Dnestr-Republik“, deren Bewohner ausschließlich Russen und Ukrainer sind. Unlängst hat nun der 4. Parteitag der KPRM stattgefunden. 400 Delegierte und 800 Gäste nahmen an ihm teil. Anwesend waren Delegationen kommunistischer Parteien aus der Russischen Föderation (KPRF), der Ukraine, Aserbaidschans, Armeniens, Georgiens und Belorusslands sowie Gastabordnungen aus Kuba, Griechenland, Zypern, Portugal, China, Rumänien, der Slowakei, Jugoslawien, Spanien, der KVDR und der Türkei.

In einer 90-Minuten-Ansprache betonte Wladimir Woronin, die Entwicklung des Kapitalismus in Moldova habe in eine Sackgasse geführt. Nach dem Untergang der früheren Sowjetunion hätten sich die Widersprüche scharf zugespitzt. Es handle sich um eine zeitweilige Niederlage. Unter den „demokratischen Reformern“ sei das Bruttosozialprodukt des Landes durch to-

tale Deindustrialisierung auf ein Drittel gesunken. Die Republik habe Auslandsschulden von 1,5 Mrd. Dollar. Drei Viertel der Bevölkerung lebten unterhalb des Existenzminimums. Hunderttausende Bürger verdienten ihren Lebensunterhalt im Ausland. In den letzten zehn Jahren hätten die bisher regierenden prorumänischen Kräfte Moldova niemals als souveränen Staat, sondern lediglich als Provinz des Nachbarlandes betrachtet. Doch sie seien gescheitert. „Die Geschichte hat entschieden, daß Moldova der erste von allen europäischen Staaten geworden ist, wo die Kommunisten wieder an der Macht sind.“

Auf die Partei eingehend erklärte Woronin, die KPRM habe jetzt 840 Grundorganisationen im ganzen Land, strebe aber an, in sämtlichen 1 500 Städten, Orten und Dörfern präsent zu sein.

Woronin bezeichnete Rußland als Moldovas strategischen Hauptpartner. Er erklärte, daß die Erfahrungen regierender kommunistischer Parteien in China, Kuba, Vietnam und der KVDR für die moldauischen Kommunisten „besonders interessant und nützlich“ seien.

Es wird erwartet, daß Moldova im Prozeß des Zusammenrückens der früheren Sowjetrepubliken anstreben wird, sich der Union Rußland - Belorussland anzuschließen.

Die Bühne des Theatersaals, in dem der Parteitag stattfand, war mit dem Bildnis Lenins und einer roten Sowjetflagge dekoriert.

R. F.

Kommunisten gewinnen auf Zypern

Triumph der AKEL

Zyperns Kommunisten sind aus den jüngsten Parlamentswahlen auf der Mittelmeerinsel als Sieger hervorgegangen. Es gelang der Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes die regierende Demokratische Sammlung (DISY) knapp zu schlagen. Bei einer Wahlbeteiligung von 92 % - auf Zypern besteht Abstimmungszwang - erzielte die AKEL ihr bestes Resultat seit 75 Jahren. Sie erhielt 34,71 % der Stimmen (20 von 56 Sitzen) und ließ die DISY (19 Mandate) mit 34,1 % hinter sich. Das Wahlergebnis eröffnet der AKEL günstige Ausgangsbedingungen auch für die Präsidentschaftswahlen im Jahre 2003.

Am 7. Juni befaßte sich das neue Parlament mit der Frage des EU-Beitritts der Inselrepublik. Die meisten Parteien - darunter auch die AKEL - haben sich für einen Anschluß an die EU entschieden, weil sie

die Auffassung vertreten, diese werde die türkische Okkupation des Nordens von Zypern verkürzen. Die AKEL setzt sich für eine föderale Lösung des Problems ein, sobald die türkische Armee abgezogen ist. Ihr Vorsitzender Demetris Christofias bezeichnete die türkischen Zyprioten in seiner Erklärung nach dem Wahlsieg ausdrücklich als „Landsleute“. Diese Geste des guten Willens wurde von dem Führer des Marionettenregimes in Nordzypern Rauf Denktash nicht erwidert. Er behauptete sogar, das Wahlergebnis habe gezeigt, daß die griechischen Zyprioten nicht die Absicht hätten, eine Lösung für das Problem der geteilten Insel zu finden. Denktash wandte sich scharf gegen einen EU-Beitritt, der seine „Republik Nordzypern“, die nur von der Türkei anerkannt worden ist, weiter isolieren würde.

R. F.

Drei Generalstreiks erschütterten Griechenland Regierung in Panik

Nach dem großen Erfolg des Generalstreiks vom 26. April - es handelte sich um den bis dahin größten Ausstand der letzten 20 Jahre (nach Angaben von regierungstreuen Zeitungen beteiligten sich 70 % der im Privatbereich und 90 % der in Stadt- und Staatsbetrieben Beschäftigten) - kam es am 1. Mai zum zweiten Generalstreik. Zur Zeit versucht Griechenlands sozialdemokratische Regierung auf Anweisung der EU und unter dem Druck des einheimischen Großkapitals, Gesetze gegen die Arbeiterklasse und das Volk von Hellas durchzubringen. Es geht dabei um Sozialversicherung und Sozialfürsorge, um Rentenrechte und das Gesundheitswesen. Alle Errungenschaften der Massen sollen niedergemacht werden. Durch ihren Gesetzesentwurf wollen die Regierenden das Arbeitsalter für Männer auf 70 (bisher 65) und für Frauen auf 65 (bisher 60) Jahre erhöhen. Niemand soll Rente bekommen, wenn er nicht 40 Arbeitsjahre hinter sich hat. Die Krankenhäuser sollen eigene Finanzierungsmittel finden.

Doch zurück zum Generalstreik vom 1. Mai. Er war noch umfassender als der vom 26. 4. (85-90 %/100 %) Man hat nur mit Notpersonal gearbeitet. Unter dem Druck von P. A. M. E., unserer linken Gewerkschaftsbewegung, wurde von den höchsten Gewerkschaftsorganen der G. S. E. E. und der A. D. E. D. Y. (dem DGB und dem Beamtenbund entsprechend) der Beschluß zu einem weiteren Generalstreik am 17. Mai gefaßt. Dieser war ein Riesenerfolg (90-95 %/100 %). Selbst Polizei, Feuerwehr und Küstenwache streikten mit.

Drei Generalstreiks mit durchschlagendem Erfolg - das versetzte die Athener Regierung in Panik. Sie hat jetzt bekanntgegeben, ihre Vorschläge vorerst „einzufrieren“, was keine Rücknahme bedeutet. Unterdessen hat die regierungshörige Mehrheit der Gewerkschaftsführung am 30. 5. einen betrügerischen Dialog mit dem Arbeitsminister geführt. Wachsamkeit ist also weiterhin geboten.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki



Arbeiter beim Generalstreik in Griechenland

Die Lage im Baskenland nach den Wahlen

Euskadis rauhes Klima

Es fällt mir schwer, frei von Emotionen über die Wahlen im Baskenland (Euskadi) zu schreiben. Die spanische Rechte, die Franquisten oder Neofranquisten, wie man sie jetzt nennt, schürten monatelang ein Klima der Angst und des Hasses, gemeiner Niedertracht und brutaler Manipulation gegen alles Baskische. Ich konnte mich dem genauso wenig entziehen wie andere auch. Und so stieg meine Sympathie parallel zur Hetze der Herrschenden für Euskadi, weit über die mit der baskischen Linken hinaus!

Mein erstes Erstaunen über die Medien stellte sich ein, als die früheste Wahlprognose bekanntgegeben wurde. Die bürgerliche Baskische Nationalpartei (PNV) mit ihrem Koalitionspartner Baskische Solidarität (EA) erhalte die meisten Stimmen, wurde vorausgesagt. Mit einem Schlag war es sogar möglich, eine Reportage zu senden, die frei von Dämonisierung der baskischen Bevölkerung und ihres Landes war. Zugegeben wurde plötzlich, daß Euskadi den höchsten Lebens- und Kulturstandard sowie das beste Schul- und Berufsausbildungsniveau im spanischen Staat besitzt. Bisher hatte man nur Tiraden über ein angebliches „Terrorland“ vernehmen können.

Am 13. Mai stand dann endgültig fest: PNV und EA gewannen 33 Sitze im baskischen Parlament. Die PP (die rechtsgerichtete Volkspartei des spanischen Regierungschef Aznar) kam nur auf 19 Mandate, die PSOE (die „oppositionellen“ Sozialdemokraten) erhielten 13. Mit anderen Worten: Das Madrider Tandem kam zusammen auf 32. Somit wurde das Klassenziel nicht erreicht! Die EH (Baskische Bürger, früher Herri Batasuna) erhielt 7 Sitze und die Vereinigte Linke (IU) errang 3.

Das Entscheidende dieser Wahl ist zunächst die unmißverständliche Niederlage von PP und PSOE und somit deren überwiegende Ablehnung durch die baskische Bevölkerung. Hervorgehoben wurde in den Medien die hohe Wahlbeteiligung (um 80 %), die als Zeichen politischer Reife der Wählerschaft bezeichnet wird. Die PP hatte Wert darauf gelegt, auch den Letzten an die Urne zu bringen. Diese Taktik wandte sich gegen sie selbst.

Traurig, daß die militante baskische Linke, die EH, die Hälfte ihrer Sitze verlor. Ein Großteil ihrer Stimmen von 1998 ging an die PNV, um den Sieg der Madrider Parteien zu verhindern. Gegen Euskal Herritarrok (Baskische Bürger) wurden von Politikern fast aller Couleur schwerste Geschütze aufgeföhren: Sie seien der „legale Arm“ der „Terroristen“ (ETA), zuständig für den „kale borroka“ (Straßenkampf).

Der Sieg von PNV - EA stellt diese beiden Parteien jetzt vor zwei Möglichkeiten: Er-

stens - weiterzumachen wie bisher, d. h. Kosmetik für die Unabhängigkeitsbestrebungen zu liefern, was die weitere Kriminalisierung der baskischen militanten Linken, ihrer Organisationen und Strukturen bedingt; denn die ETA wird ihren bewaffneten Kampf in einem solchen Falle fortsetzen. Oder, zweitens - die Suche nach einer Loslösung vom spanischen Staat, die sich auf alle politischen Kräfte in Euskadi stützt, zu betreiben. „La mesa irlandesa“ - ein Runder Tisch nach dem Modell Nordirlands -, den PNV-Chef Arzalluz unmittelbar nach den Wahlen ins Gespräch brachte; diese Variante wäre gleichbedeutend mit der Suche nach einer politischen Lösung für die Einstellung des bewaffneten Kampfes der ETA, für einen erneuten Waffenstillstand.

Nicht wenige erinnerte die Wahlkampagne an die Zeit nach dem Tod Francos. Damals sollten die Unabhängigkeitsbestrebungen einiger Völker, die durch den Franco-Faschismus besonders unterdrückt worden waren, mit der Verfassung von 1978 und einem sogenannten Autonomiestatut ruhiggestellt werden. Vorneweg traf es die baskische und katalanische Bevölkerung, aber auch Galicia und die Kanarischen Inseln, wo es bewaffnete Organisationen gab. Begona Errazti, Präsidentin von EA, betonte gleich nach dem Wahlsieg, daß Euskadi die spanische Verfassung nie akzeptiert habe, so daß sie nicht den politischen Rahmen für das Baskenland darstellen könne. Damals, 1978, forderten alle politischen Kräfte bis hin zur PSOE das Recht auf Selbstbestimmung. Während der 20 Jahre, in denen PNV und PSOE in Euskadi regierten, zeigte sich, wie ernst sie ihre Versprechungen nahmen. Dies war die Zeit des offenen Staatsterrorismus. Andererseits erwies sich die spanische Justiz nie als zimperlich bei der Kriminalisierung und Verfolgung der baskischen militanten Linken.

Als „Antwort“ auf das Erstarken der linken Unabhängigkeitsbewegung begann die PP-Regierung 1997/98 mit ihrem politischen Kreuzzug. Es entstand ein Klima, das mit Franco-Zeiten verglichen wird. Die „Nervenzentren“ der Unabhängigkeitskämpfer sollten angegriffen werden, d. h. die historischen, kulturellen und sprachlichen Grundlagen Euskadis und dessen Strukturen. Nach und nach wurden die Massenmedien auf diesen reaktionären Kurs gebracht. Auch Teile der bürgerlichen Intellektuellen ließen sich vor den Karren spannen. Gleichzeitig wurde die PNV erpreßt und unter Druck gesetzt. Als Repräsentantin der baskischen Bourgeoisie stellt sie das schwächste Glied innerhalb der Unabhängigkeitsbewegung dar. Nach der Devise „Teile und herrsche“ soll-

te die PNV an das Netz des spanischen Staates angeschlossen werden. Es ging um die Ausschaltung der Linken. 1997 warf man das gesamte Parteipräsidium von Herri Batasuna in den Knast. 1998 wurde die linke Tageszeitung „Egin“ verboten. Razzien, Festnahmen und Folterungen sind bis heute an der Tagesordnung. Auch die Schließung der unabhängigen Zeitschrift „Ardi Beltza“ (Schwarzes Schaf) gehört in dieses Raster. Obwohl PNV und EA schwankende politische Wahlausagen machten, konnte sie das nicht davor schützen, als Komplizen der „Terroristen“ angeprangert zu werden. Als Beweis diente der 1998 begonnene Prozeß von Lizarra, in dem die PNV, zusammen mit den EH und anfangs auch der IU, Schritte in Richtung Souveränität entwickelte. Für die PP ist dies ein Teufelspakt! Aber genau in diese Zeit fiel logischerweise der von der ETA einseitig erklärte Waffenstillstand. Dieser Weg ist für die EH bis heute ein Bezugspunkt. Es geht um einen Dialog, der die Frage der Selbstbestimmung, die territoriale Einheit, die Befreiung der politischen Gefangenen beinhaltet. Die EH schlagen einen offenen politischen Übergang vor. Damit die ETA den bewaffneten Kampf einstellt, muß eine Grundlage geschaffen werden, auf der die baskische Bevölkerung ihre Forderungen entwickeln kann.

Doch die extreme Rechte widersetzt sich heftig. Im Wahlkampf verschärfte sie ihren Krieg an allen Fronten. Die PP Aznars ernannte den bisherigen Innenminister Mayor Oreja, der direkt für die Repression in Euskadi zuständig gewesen war, zu ihrem Spitzenkandidaten im Baskenland. Von der ETA wurde die bedingungslose Kapitulation verlangt. Aznar setzt nach wie vor auf Konfrontation. Die ETA begründete die Wiederaufnahme bewaffneter Aktionen im Winter 2000 vor allem mit der fehlenden Standfestigkeit der PNV gegenüber der Offensive des spanischen Staates. Mit den von PP und PSOE durchgedrückten vorgezogenen Wahlen hat sich das Problem für die PNV nicht aufgelöst, auch wenn sie jetzt allein regieren könnte. Manches deutet darauf hin, daß sie die Vereinigte Linke in ihr Boot mit hineinziehen wird.

Auch wenn die EH die Hälfte ihrer Stimmen von 1998 verloren hat und ihre Kriminalisierung erwarten muß, kommt die PNV nicht drum herum, mit ihr zu rechnen und sie bei ihren politischen Kalkulationen zu berücksichtigen. Bis zum Sommer soll die neue Regierung stehen. Mögen jene Stimmen unrecht haben, die sagen: Es wird sich nichts ändern. In Euskadi bleibt das Klima rau.

Isolda Bohler, Valencia

Vorgestellt:

Partei der Arbeit Belgiens

„Die Partei der Arbeit Belgiens (PTB) vereinigt Werktätige belgischer und anderer Nationalität (Einwanderer) aus Wallonien, Brüssel und Flandern. ... Sie kämpft gegen Kapitalismus und Imperialismus und läßt sich in ihrer konkreten Praxis von der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus leiten, um ihre Strategie der sozialistischen Revolution in Belgien zu definieren“, heißt es in der zweisprachig erscheinenden Brüsseler Wochenzeitung „Solidaire“, von der die PTB regelmäßig vorgestellt wird. Ursprünglich gegründet als maoistische Organisation, hat die inzwischen stark an Einfluß gewinnende Partei einen Weg des Reifens und der Festigung zurückgelegt, in dessen Verlauf sie sich als marxistisch-leninistische Kraft formierte. In großen Klassen-schlachten - vor allem bei der Verteidigung der Stahlarbeiter von Clabecq, deren kämpferische Führer noch immer vor Gericht stehen - hat sie sich als konsequente Vertreterin der Arbeiterinteressen profiliert. Und noch auf einer anderen Strecke besitzt sie besondere Erfahrungen: bei der Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes und der Verteidigung der nationalen Würde des Volkes von Kongo, dessen Widerstand gegen die neokolonialen Unterdrücker und das volksfeindliche Mobutu-Regime sie ebenso unterstützte wie den Kampf der Demokratischen Republik Kongo Kabilas gegen Aggression und Intervention.

Eindeutig sind die revolutionären Positionen der PTB. Sie kämpft für die entschädigungslose Enteignung der großen Kapitalisten, deren Produktionsmittel in Kollektiveigentum überführt werden müssen. Sie setzt sich für eine Planwirtschaft gemäß den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung ein. Sie geht davon aus, daß der Weg zum Sozialismus nur durch die Beseitigung des kapitalistischen Machtapparates möglich sein wird. Die PTB vertritt die Auffassung, daß Imperialismus Krieg bedeutet. „Die Konkurrenz zwischen den Vereinigten Staaten, Japan und Europa akzentuiert sich, Deutschland träumt von einem Vierten Reich; es verstärkt seine Hegemonie im Rahmen der Europäischen Union. Die imperialistischen Mächte vereinigen sich, um die ‚Dritte Welt‘ zu unterdrücken ... Die PTB sagt nein zum europäischen Imperialismus, nein zu einem deutschen Europa“, heißt es in der Selbstdarstellung der Partei. Unmißverständlich ist das Bekenntnis der PTB zur „historischen Erfahrung des Sozialismus und der internationalen kommunistischen Bewegung“. Sie beruft sich auf die von Lenin geführte Oktoberrevolution in Rußland, auf den Aufbau des Sozialismus unter Stalin, auf die von Mao geleitete Chinesische Revolution. Gleichzeitig wendet sie sich entschieden gegen den Revisionismus, der Stück für Stück die sozialistische Basis der UdSSR unterminiert und die Grundprinzipien der Macht der Arbeiterklasse liquidiert hat. Die PTB tritt schließlich für die Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus ein.

Der PTB-Vorsitzende **Ludo Martens** befand sich zwischen Juni 1997 und Februar 2001 überwiegend in Kongo, wo er als Spezialist für die Problematik des Landes anerkannt war und die Freundschaft des Präsidenten Laurent-Désiré Kabila genoß. Am 9. 5. 2001 gab er „Solidaire“ ein Interview, aus dem wir Auszüge zitieren.

Wie haben Sie Laurent-Désiré Kabila kennengelernt?

Ich kannte seine Rolle in der Volksrevolution von 1964 bis 1968, die von Pierre Mulele ausgelöst worden war. Kabila war damals Kommandant der Ostfront, wo sich 1965 auch Ché Guevara aufhielt. Seit den 70er Jahren standen wir mit der Partei der Volksrevolution (PRP), die Kabila leitete und die den Guerilla-Kampf im Osten fortsetzte, in Verbindung. Als die PTB ihren ersten Parteitag abhielt, wollte sie die Bedeutung unterstreichen, die sie der Solidarität zwischen belgischen und kongolesischen Revolutionären beimaß. Sie lud eine einzige ausländische Delegation ein, die der PRP. So kam es, daß Kabila am 2. November 1979 auf unserem Kongreß eine Rede hielt. Bevor der Befreiungskampf gegen Mobutu im Oktober 1996 begann, habe ich ihn dreimal getroffen. Seitdem er Präsident von Kongo war, unternahm ich zwölf Reisen nach Kinshasa. Ich habe fast das ganze letzte Jahr dort unten verbracht.

Was hat Sie in den drei Jahren, in denen Sie Kongo besuchten, am meisten frappiert?

Daß die Vereinigten Staaten ein echtes Genozid-Verbrechen von völliger Indifferenz begehen. Ein amerikanisches Institut hat im Mai 2000 die Erhöhung der Sterblichkeitsrate in den durch die Armeen Rwandas und Ugandas (im Auftrag der USA - RF) besetzten Territorien berechnet. Es geht von „zusätzlich“ 1,7 Millionen Toden aus, die der Gewalt und den Folgen des Krieges und der Okkupation geschuldet sind. Jeden Monat sterben hunderttausend weitere Kongolesen über die normale Ziffer hinaus. Am 1. Mai 2001 konnte man also von 2,7 Millionen Toten ausgehen.

Weiß man bereits, wie Kabila ermordet wurde?

Nach der Version der am besten informierten Kreise Kinshasas ist Kabila Opfer einer riesigen Verschwörung geworden. Amerikanische Interessengruppen hatten seit November 2000 30 Millionen Dollar „zirkulieren“ lassen - eine Summe, die im „Transit“ über Paris und Johannesburg nach Brazzaville gebracht wurde. Die Frau eines früheren hohen Offiziers hat viel davon verteilt. Ein halb-mafioses Netz von Libanesen war ebenfalls beteiligt. Kapend, der Feldadjutant Kabilas, bildete die Drehscheibe des Kom-



Laurent Kabila auf dem Gründungs-parteitag der PTB im Jahre 1979

plots. Er hat bewußt die Unzufriedenheit der von ihm abhängigen Leibwächter Kabilas provoziert. Mehrere Sekretäre der Präsidentschaft waren ebenfalls verstrickt. Auch Leta, der Chef der Sicherheit, 12 Libanesen, die am Komplott beteiligt waren und die Mordwaffen beschafften, wurden auf Anweisung von Kapend und von General Yav getötet, um die Spuren zu verwischen. Es gab also ein ganzes Netz in der unmittelbaren Umgebung von Kabila, das seine Ermordung möglich machte. Kabila hat verloren durch seine Schwächen auf dem Gebiet der Organisation und durch die schlechte Wahl mehrerer seiner engsten Mitarbeiter.

Laurents Sohn und Nachfolger Joseph hat sich ausgerechnet während der Nationaltrauer in die USA begeben! Ist das nicht ein Zeichen der Unterwerfung?

Ich glaube nicht. Man muß in Betracht ziehen, daß - für einen jungen Mann - seine ersten diplomatischen Unternehmungen sehr ergiebig gewesen sind. Joseph Kabila hat dem Westen und dem IWF ein freundliches Gesicht gezeigt, indem er erklärte, er wolle gute Beziehungen mit ihnen. Denn ein Land, dessen moderne Wirtschaft praktisch zerstört ist und wo Millionen Kongolesen wegen des Krieges bereits ums Leben gekommen sind, muß Kon-zessionen machen, will es dem Tod entgehen. Joseph hat erklärt, er wolle das (vom Imperialismus oktroyierte - RF) Abkommen von Lusaka anwenden, aber dessen Bestimmungen gestatten jede Auslegung und das allgemeine Kräfteverhältnis hat sich zum Vorteil Kongs verändert. Und vor allem: Joseph hat immer wieder und mit Besessenheit dem Westen eins eingehämmert: Kongo ist angegriffen und geplündert worden, an seiner Bevölkerung wird ein Genozid-Verbrechen begangen. ... Joseph besitzt die Legitimation durch das Volk, dessen überwiegende Mehrheit bereits Laurent-Désiré unterstützte und diese Unterstützung jetzt auf den Sohn in der Hoffnung überträgt, er werde den Kampf für die völlige Unabhängigkeit fortsetzen.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Sozialdemokraten hauptverantwortlich für profaschistischen Wahlsieg

Italienische Lehren

Das Schlimmste ist eingetreten. Der Autokrat Silvio Berlusconi, wie der Mailänder Rechtsprofessor Mario Losano den reichsten Magnaten des Landes (Firmenvermögen: 60 Mrd. DM) charakterisiert, hat mit seiner Partei Forza Italia und deren beiden Hauptverbündeten - der faschistischen Alleanza Nazionale (AN) Gianfranco Finis und der rassistischen Lega Nord Umberto Bossis - am 13. Mai die Parlamentswahlen gewonnen. Die straff nach den Organisationsprinzipien des italienischen Faschismus aufgebaute AN, die - ohne Hilfsorganisationen - nach offiziellen Angaben allein eine halbe Million Parteimitglieder zählt und sich nach ihren programmatischen Dokumenten unverändert zum Erbe Mussolinis bekennt, wird - wie bereits 1994 - als zweitstärkster Partner der rechtsextremen Koalition an der Machtausübung teilnehmen. Bereits unmittelbar nach der Wahl verlangte AN-Führer Fini Säuberungen im öffentlichen Dienst. Als erstes mußten bei der staatlichen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft RAI „Köpfe rollen“. Auch der Rassismus der Lega Nord, die Hitlers Völkermord an den Juden rechtfertigt, wird zur Regierungskomponente. Lega-Chef Bossi, der die italienische Grenze gegenüber Ex-Jugoslawien fortan mit einer Mauer nach USA-Vorbild zu Mexiko „sichern“ will, hat weiter angekündigt, ein Gesetz einzubringen, das illegalen Einwanderern langjährige Freiheitsstrafen androht.

In deutschen Medien findet die Tatsache wenig Beachtung, daß es mit Berlusconi als Regierungschef zur Personalunion zwischen der stärksten Holding des italienischen Kapitals und der politischen Exekutive des Landes kommt. Das bedeutet, in Rom werden die führenden Kreise des Imperialismus in Zukunft ihre Herrschaft nicht mehr verschleiern über in Parteien agierende Interessenvertreter - gern als „politische Klasse“ bezeichnet - ausüben, sondern mehrheitlich direkt. Die scheindemokratischen Hüllen fallen. Das ruft Unbehagen selbst bei bürgerlichen Parlamentariern alten Schlages hervor. Die „FAZ“ aber hinderte Berlusconis Wahl nicht, das ganze Geschehen als „normalen demokratischen Vorgang“ einzuordnen, den kriminell vorbelasteten künftigen Regierungschef als überzeugten Demokraten hinzustellen und seine autoritäre Führerpartei als „Bewegung der politischen Mitte“ einzustufen.

Etwas zurückhaltender gab sich die „Financial Times“. Sie schrieb: „70 % der Entscheidungen, die der Premier zu fällen hat, berühren seine eigenen Unternehmensinteressen.“ Der bereits 40 % der Medien Italiens, darunter drei private Fernsehsender, beherrschende Berlusconi kontrolliert als Regierungschef nun auch noch die RAI und somit 95 % des gesamten Fernsehmarktes der Republik. Das einflußreiche Wirtschaftsblatt hält das für einen „unhaltbaren Zustand“.

Entgegen dem auch hierzulande breit ausgewalzten „Wundenlecken“ bei den Linken begann man in Italien erstaunlich schnell über die Ursachen der Niederlage nachzudenken. Die Initiative ging von der Partei der kommunistischen Neugründung (PRC) aus, die wegen des Rechtskurses der total kompromittierten Koalition der „linken Mitte“ allein zur Wahl angetreten war. Die erklärte

Absicht nicht nur der extremen Rechten, sondern auch der Wunsch der von der Demokratischen Linkspartei (DS) angeführten „linken Mitte“ war es, die aus der Reihe tanzende PRC abzustrafen und aus dem Parlament zu verdrängen. Das mißlang gründlich. Die Partei verlor zwar - vor allem durch eine Abspaltung unter Armando Cossutta - gegenüber 1996 rund 3 %, schaffte aber mit ihrer Parteiliste, auf der nur 25 % der Kandidaten gewählt werden, da 75 % der Abgeordneten nach dem reaktionären Direktwahlsystem ins Parlament gelangen, bei etwas über 5 % der Stimmen den Sprung über die Vier-Prozent-Hürde und den Wiedereinzug in Senat und Abgeordnetenkammer. Angesichts der an finsterste Zeiten des Kalten Krieges erinnernden antikomunistischen Hetze ist das ein Ergebnis, das nicht hoch genug bewertet werden kann. Damit habe sich die PRC, wie der großbürgerliche Mailänder „Corriere della Sera“ eingestanden, ungeschlagen und als dritte Kraft erwiesen.

PRC-Sekretär Fausto Bertinotti hat die Rolle des Sündenbocks für das Scheitern der linken Mitte entschieden zurückgewiesen und erklärt, die Hauptursache der - wie er betont - „strategischen Niederlage“ sei deren Rechtskurs gewesen, für den vor allem die DS-Führung die Verantwortung trage. Bertinotti erinnerte daran, daß die Linkspartei nicht nur jede Alternative zum Kapitalismus aufgegeben, sondern auch das Erbe der IKP, die sie 1991 mehrheitlich in eine sozialdemokratische Partei umwandelte, selbst auf dem Gebiet des parlamentarischen Kampfes verspielt habe. Die IKP hinterließ den Linksdemokraten 1991 noch einen Wähleranteil von 26,6 %, welchen die DS-Führung auf nunmehr 16,6 % heruntergewirtschaftet habe.

Gerhard Feldbauer

Unser Autor hat zum Thema der Faschisierung im Nachkriegsitalien zwei Bücher veröffentlicht: „Von Mussolini bis Fini. Die extreme Rechte in Italien“, Elefant Press Berlin 1996, und „Agenten, Terror, Staatskomplott. Der Mord an Aldo Moro, Rote Brigaden und CIA“, PapyRossa, Köln 2000.

Im indischen Unionsstaat Westbengalen errangen die Kommunisten erneut einen überwältigenden Sieg, der die Fortsetzung der dortigen Linksregierung garantiert.



KP-Demonstration in der Vielmillionenstadt Kalkutta

Welche Gruppen gehören zur Opposition in der FKP?

Die leninistische Sicht der „Coordination“

Die Coordination des Militants Communistes du PCF (CMC) - der Zusammenschluß marxistisch-leninistischer Kräfte in der Französischen KP - hat in ihrer Zeitung „Initiative Communiste“ am 8. April 2001 einen aufschlußreichen Artikel über alle Kräfte kommunistischer Orientierung veröffentlicht, die sich dem reformistischen und liquidatorischen Kurs der Hue-Führung widersetzen. Deutlich unterstrichen wird das Ziel, ungeachtet bestehender Differenzen, den Prozeß der kommunistischen Wiedergeburt auf breiten und authentisch revolutionären Grundlagen voranzutreiben.

Wie hat sich dieser Prozeß bisher vollzogen? Im März 2000 versammelten sich auf Initiative des PCF-Parlamentsabgeordneten Georges Hage (Departement Nord) mehr als eintausend Kommunisten in der traditionsreichen Pariser Kundgebungsstätte Mutualité. Als Leitungsgremium für die Zusammenfassung unterschiedlicher Kräfte entstand das Collectif National Unitaire des Communistes (CNUC), das demokratisch gewählt wurde. An ihm beteiligten sich Kommunisten aus verschiedenen Organisationen und Departements sowie Vertreter kommunistischer Zeitungen. Unter den Persönlichkeiten, die durch ihren Bekanntheitsgrad hervorrangen, befinden sich das Mitglied des Nationalkomitees der PCF Jean-Claude Danglot, der Schriftsteller Henri Alleg, das frühere ZK-Mitglied Maurice Martin und andere. Die CMC unterstützt uneingeschränkt die Tätigkeit des CNUC, das in einem Gründungsauftrag an alle Kommunisten appelliert hatte, gegen die Kriminalisierung der Geschichte der kommunistischen Bewegung zu kämpfen, die Debatte über die Vergangenheit von marxistisch-leninistischen Positionen aus zu führen, das Konzept der Avantgardepartei zu verteidigen und eine neue Strategie zu entwickeln, in deren Mittelpunkt der Kampf gegen Maastricht steht. Als Endziel definierte das CNUC die sozialistische Umwandlung der französischen Gesellschaft. Es gehe darum, die Politik des Sozialdemokraten Robert Hue - gegenwärtig Nationalsekretär der PCF - innerhalb der Partei zurückzuziehen, ohne sich dabei früheren Mitgliedern der PCF, die aus Protest gegen den reformistischen Kurs ausgetreten sind, zu verschließen.

Unter den im CNUC vertretenen Gruppen befinden sich außer der CMC das Kollektiv „Wir übernehmen unsere Verantwortung“, das aus einer Petition entstand, die von mehr als 1000 PCF-Genossen unterzeichnet wurde; der „Appell der 700“, der unter Parteimitgliedern der französischen Hauptstadt, die in Betrieben arbeiten, Einfluß besitzt; die Föderation von Pas-de-Calais, die seit 1994 eine Pionierrolle im Kampf gegen die Reformisten der „Mutation“ gespielt hat und der PCF-Führung auf drei Parteitag eine Schlacht lieferte.

Auch kommunistische Kräfte, die in einigen Fragen abweichende Positionen beziehen, ge-

hören dem CNUC an. Hierzu zählt die „Gauche Communiste“ (Kommunistische Linke - GC), die ihren stärksten Rückhalt im Departement Seine-St.-Denis besitzt. Sie beruft sich auf Marx, Lenin, Gramsci, Rosa Luxemburg, Trotzki, Ho Chi Minh und Guevara und setzt „Stalinismus“ und Sozialdemokratie gleich. Nach Auffassung ihres Führers Jean-Jacques Karman haben die Abweichungen in der PCF bereits in den 20er Jahren begonnen. Die GC verfiert die Idee der Gründung einer 5. Internationale und ist der Ansicht, daß es in der Partei das Recht auf Tendenzen geben müsse. Außer den erwähnten Organisationen ist u. a. die Föderation Somme anzuführen, deren bekanntester PCF-Politiker Maxime Gremetz in bestimmten Fragen kritische Distanz zu Robert Hue hält, ohne die Mutation und die Regierungsteilnahme der PCF jedoch infrage zu stellen. Eine ähnliche Haltung nehmen die PCF-Parlamentsabgeordneten A. Gérin und P. Carvalho ein. Sehr kritisch zu Hue verhält sich auch die kommunistische Senatorin Marie-Claude Beaudou.

Außerhalb der PCF steht das Kollektiv „Communistes“, das von Rolande Perlican, einem ehemaligen Mitglied des Nationalkomitees, nach dem 30. Parteitag im Herbst 2000 geschaffen wurde. Es wird vor allem von Metallarbeitern unterstützt. Obwohl seine Mentoren bisher die Vorschläge von Georges Hage und dem CNUC ignoriert haben, gibt es offensichtlich konvergierende Standpunkte. Der taktische Unterschied ergibt sich aus der abweichenden Beantwortung der Frage, ob Kommunisten in der PCF bleiben sollen, um deren Liquidierung durch Robert Hue und dessen Gefolgsleute, die im Herbst eine andere Partei gründen möchten (Neue Kommunistische Partei), zu verhindern. Nach Auffassung der CMC kann die kommunistische Wiedergeburt nicht aus der Selbstproklamation dieser oder jener Gruppe hervorgehen. Die Rolle der Leninisten müsse vielmehr darin bestehen, ein möglichst breites Spektrum auf revolutionärer Basis zusammenzuführen.

Übrigens gehört zum Lager jener, die auf verlässlichen Positionen stehen, auch das Comité Honecker de solidarité internationaliste, das sich gegen die Kriminalisierung des Kommunismus in Deutschland und in der Welt wendet.

Als der Einheit abträglich wird das Bulletin „Facts et Analyses“ von André Moroni eingeschätzt, das die CMC als „trotskistisch“ verleumdet, obwohl sie einen ständigen Kampf gegen das Erstarken von scheinradikalen Gruppierungen führt, die eine „linke“ Antwort auf opportunistische Abweichungen vom Marxismus darstellen. Wie „Initiative Communiste“ schreibt, liefern sie einen „linken“ Beitrag zur Liquidierung der Französischen Kommunistischen Partei.

Zusammenfassend ist festzustellen: Die Formierung der marxistisch-leninistischen Kräfte Frankreichs befindet sich noch im Stadium der Klärung. Sie treten bisher uneinheitlich auf, unternehmen aber große Anstrengungen, sich bei aller Vielfalt der Positionen einander anzunähern. Die CMC als Motor und konsequentestes Element wird zum geeigneten Zeitpunkt den organisatorischen Bruch mit den Liquidatoren vollziehen.

S. R., gestützt auf „Initiative Communiste“

Der Schriftsteller Erich Köhler an das P.E.N.-Zentrum Deutschland

Zweite Stellungnahme

Geschätzte Anwesende, im Vorfeld der heutigen P.E.N.-Tagung zu Erfurt wurde mir nahegelegt, P.E.N.-Deutschland freiwillig, sozusagen durch ein Hintertürchen zu verlassen. Johano Strasser ließ mir auf Anfrage mitteilen, daß der Ehrenrat des P.E.N. bis zu dieser Tagung keinen abschließenden Bericht vorlegen wird. Wie lange soll ich noch mit dem Femegericht im Genick zubringen?

Mit dieser heutigen zweiten Stellungnahme will ich diesem Ehrenrat die Entscheidungsfindung erleichtern.

Seit meiner ersten Stellungnahme (auf der letzten P.E.N.-Ost-Versammlung in Berlin) sind Jahre vergangen. Obwohl damals mindestens ein halbes Dutzend Kameras und Mikrophone auf mich gerichtet waren, erschien kein Bild, kein Wort in den Medien. Ich danke trotzdem für die erwiesene Aufmerksamkeit. Der unermüdlichen Tätigkeit versierter Aktenforscher ist zu verdanken, daß neues Material gegen mich ausgekratzt wurde. Ich hätte IM-Tätigkeit bis 1989 verschwiegen. Warum sollte ich nicht? War der Kalte Krieg gegen den Sozialismus zu Ende? Sollte ich Aktenwürmer vorzeitig um Lohn und Brot bringen? Befreit von der Last ewiger Aktenwälserei, hör ich, könnte das P.E.N.-Zentrum dann seinen humanitären Pflichten besser nachkommen. Diese Argumentation überlasse ich ihrer Dürftigkeit. Gerufmordet bin ich ja schon. Kein Verleger, kein Intendant, kein Chefredakteur, der bei meinem Namen nicht zusammenzuckt, zumindest im großen Personalindex „Sicherheitsbereich Literatur“ nachschlägt.

Für dreihunderttausend Mark kann man sich Gesellschaftsfähigkeit erkaufen. Für eine symbolische Mark wurden ganze ostdeutsche Industriekomplexe ergaunert. Unter solchen Umständen ist mir meine Ehre keine drei Pfennige wert. Ich verteidige mich hier mit Worten, einer Währung, die unter Poeten, Essayisten, Novelisten noch nicht so tief im Kurs stehen dürfte.

1772 sagte ein gewisser Johann-Heinrich Merck (nachzuschlagen unter „Sturm und Drang“) zu seinem Freund Goethe: „Deine unablenkbare Richtung ist es, die Wirklichkeit zu poetisieren; andere suchen, die Poesie zu verwirklichen, und das gibt nichts als dummes Zeug.“

Die Wirklichkeit des 18. Jahrhunderts kannte keine Gaskammern, keine Kadavermehlfabriken, keine grölenden Nazi horden, was alles und noch viel mehr zu poetisieren gewesen wäre.

Wie aber steht es um die Verwirklichung von Poesie? Poiäsia entwickelte sich aus dem griechischen ponos, was soviel heißt wie Mühe, Bemühung, und ist damit nichts weniger als irgendeine Lyrik. Poesie ist Liedhaftigkeit des bewußten Tuns.

Lenins Poesie hieß „Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes“. Der Schwung dieser Poesie reichte, um die deutschfaschistischen Heerhaufen aus dem Lande zu schlagen. In dem Aufrahmen der Lagertore von Auschwitz durch die Panzer der Roten Armee lag eine geballte Ladung verwirklichten Menschheitstraumes.

Verwirklichte Poesie aber gerinnt alsbald zu krudem Alltag, der durch neue poetische Konzepte überwunden werden will. Ein neues Konzept liedhaft bewußten Tuns ist derzeit

weltweit nicht in Sicht.

Symbole sind zu Sinnbildern verkürzte Poesie. Vergleichen Sie das Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland mit dem des Libanon. Achten Sie auf den sinnbildlichen Anspruch und stellen Sie den Grad seiner Verwirklichung fest. Was für Traumzüge können unter dem schwarzen Krallengeier aufkommen?

Etwa einhundertfünfzig Treppenstufen über Martin Weskotts bescheidener Pfarrerswohnung dräut die Kathlenburg. Die dortigen Gästezimmer tragen Aufschriften (Gedächtniszitat): „Memelland“, „Posen“, „Warthegau“ ... Ich durfte im Zimmer „Weichsel“ übernachten. Jener Revanchistentempel gilt als „Heim der deutschen Schreberjugend“. Pfarrer Weskotts Enttarnungseifer wäre einer schlimmeren Sache würdig als dem Wühlen in vergilbten Stasi-Papieren.

US-Präsident George Bush, vormals selber CIA-Chef, frohlockte: „Mit Gottes Hilfe haben wir den Kalten Krieg gewonnen!“ Ich stehe hier mit Vorwürfen belangt, als wäre der Kalte Krieg voll im Gange. Welche Asche soll ich auf mein Haupt streuen, die Asche abgeackelter Asylantenheime; die Asche verbrannter, dem Profitstreben geopferter Tiere?

Mir wird vorgeworfen, ich hätte Einfluß auf die Auswahl von Autoren im DDR-Literaturbetrieb genommen. Das ist richtig. Christof Hein legte Wert darauf, Mitglied im Schriftstellerverband der DDR zu werden. Ich, IM Heinrich, schrieb für ihn eine Bürgschaftserklärung. Den Wortlaut habe ich dabei. Wenn Interesse besteht, und Kollege Hein nichts dagegen hat, so lese ich die Bürgschaft gerne vor. Reiner Kunze hatte Schwierigkeiten mit dem DDR-Radio. Ich, Erich Köhler, schrieb an den Rundfunk und lobte Kunzes Gedichte. Kunze äußerte daraufhin im Kreise anderer Autoren: „Köhler hat mich vor dem Zuchthaus bewahrt.“ Mochte er mit dieser Übertreibung selig werden.

Ich habe nie einen Bericht an das MfS geschrieben. Textgutachten, soweit ich solche verfaßt habe, waren von der kritischen Achtung vor der Autorenleistung getragen. Aufzeichnungen meines damaligen Führungsoffiziers nach Gesprächen oder heimlichen Tonmitschnitten nehme ich nicht auf meine Kappe. ...

Ich habe die Idee von Hammer, Zirkel und Ährenkranz verteidigt. Sage keiner meiner Ankläger, er/sie hätte das ja auch getan, sei nur eben von der Stasi daran gehindert worden. Das Unglaubliche an diesem Verfahren liegt darin, daß die DDR angeblich gar keine Feinde hatte und nur aus Bosheit einen Sicherheitsdienst aufzog. Die nachträglich betriebene Delegitimierung des ersten nichtkapitalistischen Staates auf deutschem Boden blamiert sich an ihrer Vehemenz.

In Lindau stellte mir Martin Weskott ein Singekränzchen vor. Ältere Damen sangen: „Ein Jäger längs dem Weiher ging, lauf, Jäger lauf!“ Dieses Liedlein variere ich: „Lauf, Stasi-Jäger, lauf!, eh Dämmerung den Wald umfängt.“ Es ist kein ehrbares Tun bei nach wie vor einseitig eröffneter Aktenlage. Darin liegt die wirkliche Bosheit. Es waren nicht die besseren Athener, die Sokrates den Schierlingsbecher reichten. ... „das Unzulängliche, hier wird's Ereignis“.

Am Rande bemerkt

□ Ein jeden Monat wiederkehrendes Problem bei der Zusammenstellung der „Randbemerkungen“ ist der beschränkte Raum von einer Seite. Was kann, was muß erwähnt, zitiert, kommentiert, woran sollte erinnert werden? *Erik Neusch wird 70* (21.6.), *Überfall auf die UdSSR* (22.6.1941), Verurteilung von *Max Hoelz* vor dem Moabiter Sondergericht (22.6.1921), *Verbot der FDJ* in der BRD (26.6.1951), Gründung der *Sozialistischen Republik Vietnam* (2.7.1976), 75. Geburtstag von *Wladimir Bogomolow* (3.7.1926), Verabschiedung des „*Grauen Plans*“ des westdeutschen Forschungsbeirats zur Angliederung der DDR (6. Juli 1961), 80. Geburtstag *Peter Edels* (12.7.1921) ... Die Wahl fällt oft nicht leicht – diesmal habe ich mich für einen „entscheidenden Tag des Jahrhunderts“ und ein kleines Kapitel aus der Geschichte der BRD entschieden.

□ Vor sechzig Jahren hat das faschistische Deutschland die Sowjetunion überfallen. Ein Jahr später schrieb Heinrich Mann:

„Der 22. Juni 1941 ist der wirklich entscheidende Tag des Jahrhunderts. Damals geschah es, daß der Angreifer an den Rechten kam. Eine Macht kann noch so furchtbar angeschwollen sein, einmal begegnet sie dem unbeugsamen Willen, der ihr widersteht. Wenn der Angreifer nach allen seinen Erfolgen kein Maß und Ende mehr kennt, kommt der Zeitpunkt, ihm das Gesicht eines unbefangenen Kämpfers zu zeigen. Das ist das Sowjetvolk. Es hat den Willen, es hat die Kraft; es hat, was dem Angreifer ganz und gar fehlt, die lebendige Idee. ...

Das Sowjetvolk hat diesen Hitler gekannt, bevor er es angriff, das ist die große Ausnahme und der Glücksfall dieses Krieges. Das Sowjetvolk hat Hitler nicht für unsiegbar gehalten; es hat ihm niemals weder das ‚Genie des Bösen‘ noch sonst ein Übermenschen zugetraut: Der Unsinn geht in der Welt noch heute um, während Hitler, die gehetzte Unfähigkeit, durch ein falsches Glück außer Rand und Band, jetzt zwischen Aufständen und Niederlagen ver zweifelt um sich schlägt. Der einzige Gegner, der ihn zu Lande besiegen kann, blieb sogar in den schlimmsten Stunden unverzagt, weder Übermut noch seelische Erschütterung waren ihm anzusehen: Einzig und allein der wohlbedachte Entschluß, sich des Greuels zu erwehren, die fest geglaubte Berufung, mit ihm fertig zu werden.

Das ist sehr großartig. Denn großartig ist die ruhige Kraft, nicht der Rausch mitsamt den Pausen der trüben Ernüchterung. Helden handeln weder mystisch noch infam. Die Vernunft ist alles, sie verpflichtet zur heldenhaften Selbsterhaltung, und nur das erworbene Wissen macht eine Sache reich, macht sie gut. Euer Volk blickt zu-

rück auf zwanzig Jahre der standhaften Arbeit an sich selbst, gerade darum blickt ihr vorwärts auf eine Welt, die von euch gelernt haben wird. Es lohnt, für den sozialistischen Humanismus so tapfer zu sein wie ihr. Eure ungeheuren Opfer, andere beklagen sie; andere schreiben euch ihre Bewunderung. Ihr kämpft ohne Selbstbedauern und seid das Genie der Güte, das von sich des Rühmens nicht macht, indes es unsterblichen Ruhm gewinnt.“

□ Vor 50 Jahren, am 26. Juni 1951, wurde in Westdeutschland die *FDJ* verboten. Persönliche Erinnerungen daran veröffentlichte Genosse E. Riekert 30 Jahre später im „Badischen Volkskalender“ der DKP Freiburg/Br.:

– Hier zwei Abschnitte meiner Tagebuchnotizen aus dem Freiburger Gefängnis. Dort heißt es u. a. „Freudig überrascht bin ich schon heute morgen. Der Wachtmeister bringt mir einen Strauß roter Nelken. Der Beamte erwähnt, daß eine Frau mit dem Namen Sei- oder Siegfried die Blumen abgegeben habe. Da weiß ich sofort, daß die roten Nelken nur von Käthe Seifried (chem. Landtagsabgeordnete) sein können. Ich freue mich sehr über die Verbundenheit, die hier zum Ausdruck kommt.“ Oder Notizen eines anderen Tages: „Mich erreichen 2 Exemplare der Zeitung und 3 Briefe. Der Gefängnisbüttel meint, mit einem Gefühl von Haß, ‚die Post ist anscheinend nur für Sie da‘. Ist der Mann verärgert, weil er mich bedienen und Briefträger spielen muß?“

Für uns junge Menschen, bei denen Hausdurchsuchungen durchgeführt, gegen die Ermittlungsverfahren eingeleitet oder die verhaftet wurden, war die Solidarität ungeheuer wichtig. Denn wir wurden verfolgt, weil wir als Angehörige der Freien Deutschen Jugend (FDJ) an der Spitze einer breiten „Ohne uns“-Bewegung gegen die Remilitarisierung und für die sozialen und demokratischen Rechte der Jugend kämpften. Der Jugend fiel im Kampf gegen die Wiederaufrüstung und für die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege eine große Rolle zu. Sie hatte kein Verständnis dafür, daß sie schon wieder in die Kasernen marschieren soll.

Auch bei der Bevölkerung fanden die Pläne der Regierung keine Unterstützung. Immerhin haben in Westdeutschland nach der Ablehnung einer Volksbefragung über die Remilitarisierung durch die Regierung und trotz Verbot der Volksbefragungsausschüsse über neun Millionen Menschen Willenserklärungen gegen die Wiederaufrüstung abgegeben.

Diese Stimmen hatten Gewicht, und die parlamentarischen Auseinandersetzungen standen ganz im Zeichen des außerparlamentarischen Kampfes. Mitglieder der *FDJ* fuhren mit einem Kutter bei Nacht und Nebel nach Helgoland, um durch ihre Anwesenheit die *Air Force* zu zwingen, die Bombenabwürfe dort einzustellen. Die vorbereiteten Sprengkammern in Brücken

und auf wichtigen Straßen wurden mit Beton zugeschüttet. Mit Begeisterung wurde in den Reihen der *FDJ* das Lied „*Ami, Ami go home, spalt für den Frieden dein Atom!*“, gesungen. Sie kannten den Ausspruch des amerikanischen Generals Collins vom Mai 1951 „Es gibt genug Deutsche, die für die USA-Interessen sterben können!“ Ob in Betrieben oder in den Schulen, die Aktionen der *FDJ* fanden Beachtung – der Jugendverband erstarkte immer mehr. Am 26. Juni 1951 wurde die *FDJ* verboten und für illegal erklärt. Die Aktivitäten der jungen Menschen und ihr Einfluß in Betrieben, Schulen, Gewerkschaften oder anderen Organisationen gefährdeten den Regierungsplan, durch die Remilitarisierung vollendete Tatsachen zu schaffen, denn die überwiegende Meinung der Bevölkerung war immer noch gegen ein neues Militär. Zwangsläufig wurden immer mehr demokratische Rechte eingeschränkt. Zunächst Verbot einer Volksbefragung, dann das Verbot der *FDJ*, später das Verbot der *KPD* und dann Verfolgung aller Menschen, die aktiv für den Friedensgedanken arbeiteten.

Mit dem Zuruf im Bundestag „Wir können es noch“ unterstrich damals Franz Josef Strauß demonstrativ das Vorgehen gegen den Jugendverband. Der Vorsitzende der *FDJ*, der Landtagsabgeordnete Jupp Angenfort, wurde unter Bruch der Immunität verhaftet. Später wurde er zu fünf Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Mit Recht nannte der Staatsrechtler Professor Brill das Urteil ein „Element der Bürgerkriegsjustiz“. Mit dem Blitzgesetz vom 1. Juli 1951 wurde von der Regierung schnell die juristische Grundlage geschaffen, um das Verbot zu rechtfertigen und um in der Folgezeit Zehntausende von Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder und Funktionäre der *FDJ* einzuleiten. Über 6 000 Jugendliche wurden verhaftet und in 425 Prozessen zu über 10 000 Jahren Gefängnis verurteilt. Versammlungen wurden entgegen dem Grundgesetz verboten und verhindert. In der Begründung eines Versammlungsverbotes schrieb der Landrat von Villingen am 22. März 1952: „Vereinigungen, die den Abschluß eines Friedensvertrages zum Ziele haben, sind nach dem Beschluß der Bundesregierung vom 24. April 1951, dem sich die badische Landesregierung angeschlossen hat (Reg.-Erlaß des Ministers des Inneren vom 11.5.1951, Nr. 11942), verboten. Die Durchführung der Versammlung ist daher zu unterbinden.“ Wer damals (in der ehem. BRD) aktiv gegen die Remilitarisierung und gegen Aufrüstung in der Öffentlichkeit wirkte, dem wurde Betätigung für eine fremde Macht unterstellt. Das Zusammenführen von Jugendgruppen und Begegnungen mit Jugendlichen aus der DDR und mit anderen sozialistischen Staaten führte zu Verfolgungen und Verhaftungen. –

W. M.

Briefe an „RotFuchs“



Lieber „RotFuchs“! Daß Du mein schon etwas älteres Gedicht „Andie Gewendeten“ für würdig befunden hast, in Deiner Mai-Postille des Jahres 2001 veröffentlicht zu werden, hat mich ergötzt, wofür ich Dank in Worten und Briefmarkensagen will. Deine doppelte Entschuldigung ist natürlich völlig überflüssig, doch ich verstehe, daß in einer Zeit, in der sich so viele Leute ständig für etwas entschuldigen, auf das sie sich etwas zugute halten sollten, Du Dich bei mir absichern wolltest. Daß dies völlig unnötig (und natürlich auch so gar nicht gemeint) ist, liegt bei einem Rotfuchs auf der Hand. Für den Fall, daß Du wieder einmal Lust verspüren solltest, eine meiner kleinen Boshaftigkeiten in Deinem Blatt unter die Leserinnen und Leser zu bringen, findest Du in der Beilage eine solche. Dich und Deine Mitstreiter herzlich grüßend verbleibe ich - Entschuldigung, ich habe die Mitstreiterinnen vergessen! - als Dein emsiger Leser und auf seine Art Weiterverbreiter vieler Deiner und Eurer Ansichten über Gott und die Welt und den nicht von Gott verdammt Kommissarismus, wie ich von Renate Schönfeld, Rosemarie Müller-Streisand, Hanfried Müller und Dieter Frielinghaus weiß.

Amin Stolper, Berlin

Die PDS-Entschuldigungsarie zur Vereinigung von SPD und KPD im April 1946 verrät ein peinliches Unwissen an Fakten und Zusammenhängen der ersten Nachkriegszeit, wie es eigentlich für eine Partei obigkeit unverzeihlich ist, selbst wenn deren Vorsitzende unlängst vom „Spiegel“ (Nr. 21/01) unter „reichlich unbedarft“ eingestuft wurde. So ignoriert man z. B. völlig den Drang nach Einheit und Zusammenschluß, der damals Denken und Handeln breiter politischer Kräfte beherrschte. Niemand bezweifelte, daß es nur mit größtmöglicher Geschlossenheit gelingen würde, die Kriegsfolgen zu beseitigen und schrittweise wieder in die Völkerfamilie zurückzukehren - ein seinerzeit sehr bedeutender, heute aber leider so gut wie vergessener politisch-moralischer Faktor. Als erste gingen diesen Weg bereits im Sommer 1945 (!) christlich gebundene Kreise mit der Gründung der CDU. Damit sollte die traditionelle Spaltung in Protestanten und Katholiken überwunden werden. Trotz mancherlei Querelen in der Folgezeit ist die CDU bis heute eine solche Einheitspartei geblieben. Nur kurze Zeit später etablierten bürgerliche Kräfte die Liberaldemokratische Partei mit dem erklärten Ziel, dem Parteiengestank in diesem politischen Segment aus Weimarer Tagen endlich ein Ende zu setzen. Aus der Arbeiterschaft heraus wurden etwa zeitgleich - ganz im Geiste jener Jahre - einheitliche Gewerkschaften gegründet. Doch dann geriet Sand ins Getriebe der Vereinigung, bis endlich - erheblich verspätet - mit der SED die einheitliche Partei der Arbeiterklasse gebildet wurde. Übrigens haben die Gegner der Vereinigung nie die Frage zu beantworten vermocht, warum für die Arbeiter nicht gelten sollte, was für Christen und LDP als besondere Leistung gefeiert wurde. (...) Gewiß kann nicht jeder alles wissen. Doch jeder kann sich - sofern man sich nicht nur anbietet und anderen Leuten gefügig nach dem Maul reden will - bei Zeitzeugen oder in objektiver Literatur „schlau“ machen. Auch der „RotFuchs“ erweist das gute Lebenshilfe.

Apropos RF: Mit der Lektüre der Nr. 40 bin ich fast fertig - großes Kompliment insgesamt und speziell für den Leitartikel, mit dem Ihr die Latte immer höher legt.

Ernst-Otto Schwabe, Berlin

In Erwartung der von einigen PDS-Politikern in Aussicht gestellten „Entschuldigung“ für die Errichtung der Staatsgrenze West möchte ich vorsorglich einige andere Instanzen dazu anregen, entsprechend der Chronologie der Ereignisse ihren Teil der Verantwortung für das Zustandekommen dieser Grenze zu benennen und ihre qualifizierte Mit-Urheberschaft zu bedauern:

1. Die Vertreter der vier alliierten Großmächte USA, GUS (für die UdSSR), Großbritannien und Frankreich mögen die nach der gescheiterten Welteroberung des deutschen Faschismus im Jahre 1945 erfolgte Aufteilung des verbliebenen deutschen Reichsgebietes in vier Besatzungszonen

einschließlich der damit geschaffenen Zonengrenzen bedauern.

2. Die Regierungen der drei Westmächte USA, Großbritannien und Frankreich mögen die 1948 erfolgte Einführung der in den USA gedruckten DM als neue Separatwährung für die drei Westzonen und Westberlin einschließlich der dadurch geschaffenen Währungsgrenze zur SBZ bedauern.

3. Die Regierungen der drei Westmächte (s. o.) und der westzonalen Parteien und Zivilverwaltungen mögen die Verabschiedung des Grundgesetzes und die separate Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 und die dadurch geschaffene Staatsgrenze zur SBZ bedauern.

4. Die Parlamente und Administrationen der BRD mögen die Einführung der Bundeswehr, den separaten Beitritt zu den Pariser Verträgen und den Beitritt zur NATO und die damit separat vollzogene Schaffung einer Blockgrenze zu den Staaten des daraufhin beschlossenen Warschauer Vertragsgebietes bedauern.

Sollten diese Entschuldigungen vorliegen, könnte ich - und darin bin ich mir sehr sicher: mit mir eine große Zahl vernunftbegabter Deutscher - einer Zustimmung zur PDS-Entschuldigung für den Mauerbau näher treten.

Peter Franz, Weimar

Herzlichen Dank für die Nr. 40. Wir haben unseren RF-Bezug verdreifacht, die Nachfrage wird immer größer. Wir freuen uns darüber, andere vielleicht nicht. Hoffentlich werden sie das später einmal nicht bereuen. Aber es gibt ja leider auch unter uns Unbelehrbare. Das schadet der Partei sehr. Wir hatten vor einigen Tagen Mitgliederversammlung. Dabei spielte die von Klaus Steiniger im 40. „RotFuchs“ aufgeworfene Frage, ob die PDS für Kommunisten noch wählbar ist, eine große Rolle. Wir sind auch der Meinung, daß die DKP für die Bundestagswahlen 2002 mit eigenen Kandidaten antreten sollte. Das Interview mit Heinz Stelr in der UZ vom 1. Juni läßt hoffen, daß der PV im Dezember einen entsprechenden Beschluß fassen wird. Wie sich immer wieder zeigt, sind die 11 Forderungen der Gruppe Nordost inzwischen in vielen Teilen der DKP und darüber hinaus diskutiert worden und offenbar aus der Debatte über die weitere Entwicklung der DKP im Osten Deutschlands nicht mehr wegzudenken. Von denen, die die 11 Forderungen ablehnen, wurde als einer der Hauptgründe angeführt, daß sie nicht den Realitäten der gegenwärtigen politischen Lage entsprechen und nicht verwirklicht werden könnten. In diesem Zusammenhang ist ein Vortrag von Robert Steigerwald „Wir müssen uns den Realitäten stellen“ (UZ vom 25. Mai) interessant. Er legt dar, daß bei der Ausarbeitung des Mannheimer Programms 1978 Forderungen aufgenommen wurden wie z. B. das Recht auf Arbeit im Grundgesetz festzuschreiben. Die Ultras links kritisierten das, weil dieses Recht im Kapitalismus nicht realisierbar ist. (...) Eigentlich ist das doch eine Bestätigung dafür, daß es richtig war, die 11 Forderungen zu erheben, auch wenn einige unter kapitalistischen Bedingungen nicht verwirklicht werden können. Und sie haben noch einen Vorteil gegenüber langatmigen Referaten und schwer verständlichen Beschlüssen: Sie sind kurz, klar formuliert und nicht nur Funktionären, sondern auch einfachen Menschen verständlich. Darum sollte es eigentlich bei allen Dokumenten der Partei gehen. (...)

Gerhard Müller, Neubrandenburg

Liebe Genossinnen und Genossen, damit auch wir uns ein Bild über den „RotFuchs“ machen können, bitte ich Euch, uns in den Verteiler mit aufzunehmen.

Olaf Harms, DKP-Bezirksvorstand Hamburg

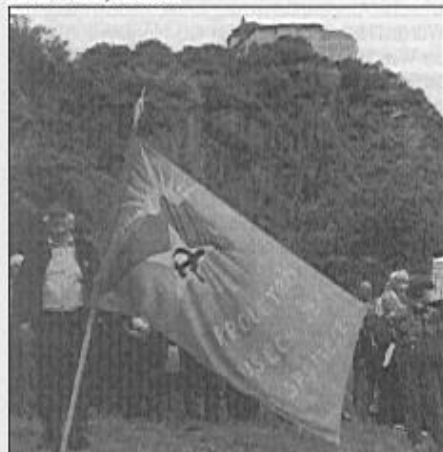
Sich in einer nach Inhalt und übersichtlicher Form im vierten Jahr erstklassig gemachten Zeitschrift dann und wann noch zu übertreffen, ist dem „RotFuchs“ in seiner Mai-Nummer gelungen. Hochwichtig der Artikel über „Was nach dem Urteil der KP Chinas unverzichtbar ist“, nicht zuletzt auch für sonst einigermaßen gut Orientierte. „Lenin über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ von U. Huar kommt zur richtigen Zeit. In diesem Zusammenhang muß an den gerechten Kampf der Palästinenser gegen die seit über einem halben Jahrhundert andauernde medertrachtige Aggression des USA-Vorpostens Israel erinnert werden, über den ebenso massiv wie beharrlich in diesem Land Verwirrung stiftende Falschmeldungen verbreitet werden. Der Spanien-Artikel über „Die Sprengmeister“ schneidet weithin Unbekanntes an. Unmöglich, alle aufschlußreichen Artikel aufzuzählen. Nicht zuletzt ver-

dienstvoll Klaus Steinigers Forderung im Auftaktartikel: „Bei den nächsten Bundestags- und Europawahlen muß die DKP endlich mit einer eigenen Liste auftreten, die für alle kommunistischen, sozialistischen und konsequent linken Kräfte offen und akzeptabel ist.“

Fritz Teppich, Berlin

In der „RotFuchs“-Ausgabe Juni 2000, also genau vor einem Jahr, erfuhr ich durch einen Bericht der Genossin Bruni Steiniger vom Besuch der „RotFuchs“-Redaktion beim „Mann mit der Thälmann-Fahne“, dem tschechischen Kommunisten und Ehrenvorsitzenden des Bundes tschechischer Grenzer in Trutnov, Bruno Fišer. Daß es sich bei diesem Bund um eine internationalistische Organisation unter maßgeblicher Beteiligung von Kommunisten handelt, die enge Beziehungen zu Antifaschisten jenseits der Grenze sucht, war für mich Anlaß, mit Bruno Verbindung aufzunehmen. Seitdem führen wir beide einen regen brieflichen Gedanken- und Informationsaustausch. Im Mai dieses Jahres war es endlich soweit, daß wir uns auch persönlich kennenlernen sollten. Gern folgten meine Frau und ich der Einladung Brunos und seiner Lebensgefährtin Marketa, unseren Urlaub im Riesengebirge auch für einen Besuch bei ihnen zu nutzen. Damit wir ihr Haus in der Polska-Straße leichter finden konnten, hatte Bruno am Tag unserer Anreise auf seinem Balkon die rote Fahne gehißt. (...) Mögen Bruno und Marketa auch weiterhin die Gesundheit und die Kraft haben, noch viele Jahre im Sinne von Ernst Thälmann und Brunos Vater - einem legendären Kommunisten und Mitbegründer der Partei im Riesengebirgsland - zu wirken.

Hans Fricke, Rostock



Unser Leser **Bruno Fišer** aus Trutnov beim vorjährigen kommunistischen Treffen in Kuneticka hora mit der einst von Ernst Thälmann an tschechoslowakische Genossen übergebenen Traditionsfahne

Die Seite 10 der Mai-Ausgabe des RF mit dem Artikel über die jugoslawische „Arbeiterselbstverwaltung“ lief mir in Erinnerung, daß ich im April 1957 als für Agitation und Propaganda zuständiges Mitglied der Parteileitung der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität ein Material ausgearbeitet habe, in dem ich auch zu eben diesem unbrauchbaren Modell Stellung nahm. Ich schicke Euch den Abschnitt mal, auch als Zeugnis dafür, daß und wie damals - es war die Zeit nach der Konterrevolution in Ungarn - in der DDR und der SED gegen die revisionistischen Aufweichungsversuche angegangen wurde. (...)

Aus dem seinerzeitigen Text: Bei der Behandlung dieser Fragen sollten vor allem zwei Probleme geklärt werden: 1. Zu welchen ökonomischen Ergebnissen muß das Prinzip der „Betriebsautonomie“ führen, und wozu hat es in Jugoslawien geführt? Das jugoslawische System, das an die Stelle der zentralen Planung die „Betriebsautonomie“ und die Steuerung der Volkswirtschaft durch „ökonomische Mittel“ setzt, läßt zugegebenermaßen das spontane Wirken der ökonomischen Gesetze, besonders des Wertgesetzes, des Gesetzes der Preisbildung durch Angebot und Nachfrage sowie das der kapitalistischen Wirtschaft eigene Gesetz der Konkurrenz wieder zu. (...) 2. Zu welchen Ergebnissen muß das jugoslawische System der Arbeiterräte auf ideologischem Gebiet führen? (...) Das System der Leitung der Betriebe durch die Arbeiterräte ist im Gegensatz zu dem in der Sowjetunion und den Volksdemokratien üblichen

ein System, in dem keine Übereinstimmung zwischen den Interessen der Allgemeinheit und den individuellen Interessen besteht, sondern sich beide vielmehr - wie im Kapitalismus - antagonistisch gegenüberstehen, da sich die einzelnen Betriebe nicht im sozialistischen Wettbewerb, sondern im Konkurrenzkampf miteinander befinden ... Das führt zur Durchdringung ... mit bürgerlich-kapitalistischem Konkurrenzneid, mit Gruppenegoismus, mit Zersplitterung und Atomisierung der Arbeiterklasse in eine Unzahl sich gegenseitig befähigender Gruppen.

Dr. sc. Kurt Gossweiler, Berlin

Ihr habt Bruchmühle mit der Veröffentlichung über die „Gruppe Ulbricht“ im „RotFuchs“ berühmt gemacht. Unlängst hat jemand angerufen und gefragt, ob man im „Jägerheim“ den Urlaub verbringen könnte. Besonders beeindruckt hat mich aber in der letzten Nummer der Zeitschrift der Leitartikel, dem ich nicht nur inhaltlich voll zustimme, sondern den ich auch als ein Meisterstück des streitbaren Journalismus mit großem Genuß gelesen habe. Genossen Mühlefeldt meinen Dank für seinen Bericht über die Veranstaltung zum 130. Jahrestag der Commune.

Prof. Dr. Erich Kundel, Petershagen

Ich bin Mitglied der PDS (seit 1948 SED) und lese seit einiger Zeit gern und mit Interesse den „RotFuchs“. Er informiert mich und gibt interessante Berichte, auch wenn ich nicht immer übereinstimme. Als ich aber die Nr. 40 vom Mai erhielt und den Leitartikel (Der zweite Parteiputsch) las, war ich erschrocken. Erschrocken über die Art und Weise, den Ton, wie man (von mir aus) mit dem linken Gegner umgeht. Das hat, offen gesagt, nichts mehr mit kritischer Auseinandersetzung zu tun, sondern wurde von Wut und Haß (ja Haß) geprägt. (...) Nur soviel: Als nach der Wende - in der orientierungslosen Zeit - der Sonderparteitag im Dezember 89 stattfand, habe ich geweint. Und zwar deshalb, weil sich Genossen fanden, die zeigten, daß es auch links weitergehen muß. Die Abgrenzung zur alten SED-Führung und deren Politik fand ich richtig. Es war beileibe für mich nicht der „1. Parteiputsch“. (Nicht umsonst hat uns das Volk - natürlich auch mit Hilfe des Westens - zum Teufel gejagt.) Es ist auch falsch, die damalige Entschuldigung „als auslösendes Element der Konterrevolution“ zu betrachten. Das ist doch reine Einbildung. Ich halte den Umgang des Genossen Steiniger mit Personen der PDS zumindest für überprüfungswürdig. Was soll das, wenn es heißt: „zwei gesichts-, geschichts- und gewissenlose Damen“, der „forsche Porsch“, der „hölprige Holter“? (...) Wer die Erklärung von Zimmer und Pau im Wortlaut gelesen hat, muß doch zugeben, daß beide ausdrücklich darauf verweisen, daß viele Mitglieder der KPD und SPD eine Vereinigung als notwendig und richtig angesehen haben, aber die dabei angewandten Pressionen und vor allem, was in späteren Jahren aus der Vereinigung geworden ist, kritisierten. Im letzteren liegt doch der Schwerpunkt. Das kann man doch nicht wegweisen oder wieder mal vergessen. (...) Meine Bitte geht dahin, sich nicht bis aufs Messer zu bekämpfen, sondern im Interesse der Menschen das Gemeinsame zu suchen. (...)

Günter Teuber, Dresden

Habt Dank für die regelmäßige Zusendung des auch für mich unverzichtbaren RF. Anbei die wohl wieder fällige Spende. Im letzten RF habe ich alles mit großem Interesse gelesen. Besonders erwähnen möchte ich die Ausführungen zum „Zweiten Parteiputsch“. Die Schlussfolgerungen des Artikels haben mich überzeugt. Das „Kritische Wort zu Gysi-Huldigungen“ entsprach genau meinen Empfindungen (übrigens hielte ich es nicht für förderlich, wenn G. auf dem Pressefest aufträte). Beindruckt war ich von der Haltung von Herbert Mies. Rolf Vellays Eindrücke der chilenischen Parallelen machen nicht gerade Mut, zwingen aber, den Realitäten ins Auge zu sehen. Es kann nicht oft genug dargestellt werden, wie „überflüssiges Kapital“ der sozialen Korruption, der Manipulation dient, den „Wurzeln des Opportunismus“. Der Ausweg? (...)

Dr. Hansjörg Schneider, Bremen

Ich danke Euch für die regelmäßige Zusendung der Zeitung. Ich lese sie mit größtem Interesse, weil sie in einer klaren und verständlichen Sprache den opportunistischen Wirrwarr der Linken bloßlegt, der nicht geeignet ist, einen wirkungsvollen und erfolversprechenden Kampf gegen den Kapitalismus der Gegenwart und seine neo-

liberalistischen Machthaber zu führen. Aus ihr spricht die vertraute Stimme des Marxismus-Leninismus, die Kraft gibt und Zuversicht verleiht, um sich in dieser Welt zu behaupten. Ich bin am weiteren Erhalt des „RotFuchs“ interessiert und lege meinem Briefe einen Scheck mit einem kleinen Beitrag zur Bestreitung der Unkosten bei. Ich möchte Euch bitten, den „RotFuchs“ ab sofort auch an ..., Eichwalde ... zu senden.

Ewald Eichhorn, Zeuthen

Im „RotFuchs“ Nr. 40 lese ich die Information über das Fernbleiben von Herbert Mies vom Hearing der PDS-Bundestagsfraktion, Politische Strafverfolgung in der BRD (alt) und Rehabilitation der Opfer des Kalten Krieges am 26.4.01 in Berlin. Ich war Teilnehmer dieser Anhörung im überfüllten Raum der PDS-Fraktion. (...) Ich achte die Haltung von Herbert Mies und verstehe auch seine Sofortreaktion auf die Zimmer/Pau-Erklärung. Ich war in diesen Tagen auch mehr als nur betroffen. Zum Abschluß der Information im „RotFuchs“ heißt es: „In der entstandenen Situation hatte ein kommunistischer Führer keine andere Wahl.“ Damit habe ich meine Probleme. Trotz dieser Zimmer/Pau-Erklärung war das Hearing ein voller Erfolg. Zu diesem Erfolg hat auch Heinz Stehr beigetragen. (...)

Joachim Hauck, Berlin

Der neue RF ist angekommen und dieses Mal finde ich ihn wieder besonders gelungen. Zum einen wegen der Beiträge zur PDS-Entwicklung: Die Seite 1 mit den „gesichts-, geschichts- und gewissenlosen Damen“ trifft, glaube ich, was viele Genossen in PDS, DKP, KPD oder ohne Parteibuch denken, ganz genau und weist mit dem letzten Absatz zugleich die Richtung, in der es weitergehen kann und muß. Die Forderung nach einer eigenen und für alle kommunistischen Kräfte offenen und akzeptablen Kandidatur spricht mir und einer ganzen Reihe Genossen hier aus dem Herzen! (...) Kurt Gossweilers Beitrag ist für mich wirklich ein Beispiel, wie aus der Geschichte zu lernen ist, wie Dimitroffs Erkenntnisse schöpferisch anzuwenden sind - und das natürlich auch und gerade im Hinblick auf jene PDS-Führer, die alles tun, damit die Sozialdemokratie auf den Beinen bleibt. (...) Unsere hiesige jugoslawische Genossin wird sich über Arno Fleischers Grafik zu „Slobo“ sehr freuen ... Über den Artikel zur Selbstverwaltung wird sie sicher mit mir streiten. Und da bin ich gespannt drauf, denn die unaufhebbarsten Mängel sind darin sehr gut erklärt. Und nun will ich jenen überbreteln werden, aber nach meiner Ansicht ist Norbert Pauligks Arbeit zu den Wurzeln des Opportunismus von ganz grundlegender theoretischer und praktischer Bedeutung und verdient breitestmögliche Publizität. Der Internationalismus, der schon seine ganzen vorherigen Arbeiten durchdrang, ist nun, in dem kleinen Umfang von einer Seite, so umfassend wie möglich begründet. In bester leninistischer Methode wird hier der Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus herausgearbeitet. (...) Vor 30 Jahren, in der RAF, haben wir uns mit diesem Problem intensiv befaßt. Ich denke, theoretisch lagen wir nicht so falsch, aber politisch-praktisch ging's in die Sackgasse. Na ja, nach 1979 habe ich dann in der DDR viel gefragt und in Büchern gesucht, aber keine befriedigenden Antworten gekriegt, weil über „Arbeiteraristokratie“ wohl wenig geforscht wurde. Stimmt das so?

Werner Hoppe, Hamburg

Wie die Dialektik weiß, wird man durch Kritik besser. Der jüngste „RotFuchs“ ist ein Beispiel dafür. Ich halte die von K.St. erhobene Forderung, endlich bei Wahlen bis hin zum Bundestag aktiv zu werden, für unerlässlich. Doch: Die DKP kann leider z. Z. nicht in Anspruch nehmen, eine politische Kraft zusein. Ihre Zerstrittenheit ist für manchen Sympathisanten, so auch für mich, schwer hinnehmbar. Gewiß eine schmerzliche Erkenntnis, aber man kann sich nicht um Tatsachen herumogeln. Trotz alledem und gerade jetzt erst recht, etwas Futter für den „RotFuchs“ zum Weitermachen. **Dr. rer. nat. Ernst-Jürgen Langrock, Hoyerswerda**

Wir grüßen Euch ganz herzlich, danken für die gute Arbeit, die Ihr leistet. Laßt Euch nicht von Eurem Weg abbringen. Wir hoffen, daß sich die Standpunkte um das Erscheinen des RF in der DKP annähern werden, ein solcher Streit ist überhaupt nicht förderlich. Wir meinen, daß heute ganz andere Probleme in den Mittelpunkt gerückt werden müssen. Es geht um die Einheit, das gemeinsame Handeln aller Linken gegen den sich vollziehenden Rechtsruck in unserer Gesellschaft. Wir Kommunisten in der PDS brauchen den

RF immer dringender. Wir wünschen uns weiterhin gute, interessante und aufschlußreiche Artikel.

Marianne und Günther Blankenhagen, Berlin

Vielen Dank für die April- und Mai-„RotFuchs“; als Entgelt für die unserer Ebersberger DKP-Gruppe zugesandten Exemplare liegen 70 DM bei.

Der Beitrag unseres Genossen Manfred Feldmann im Mai-„RotFuchs“ findet meine uneingeschränkte Zustimmung; in unserer Gruppe wird er - nur, aber immerhin - überwiegend befürwortet. Zur Information lege ich die Einladung unserer Gruppe zu einer Veranstaltung mit Gerhard Feldbauer über das Thema „Die DDR, die bisher größte Errungenschaft der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland“ bei. Wir hoffen uns starkes Interesse.

Horst Mette, Ebersberg

Ein Genosse, den ich schon viele Jahre kenne und besonders wegen seiner standhaften Haltung und politischen Aktivität nach der sogenannten Wende schätze, lotete sehr feinfühlig mein Interesse am „RotFuchs“ aus. Kurz danach fand ich ein erstes Exemplar im Briefkasten vor. Jetzt erwarte ich jede neue Ausgabe mit Spannung. Mir wurde bewußt, wie sehr ich in den letzten Jahren eine politische Heimat vermisste und welche Möglichkeit sich mir auf einmal bot, mit Gleichgesinnten zu kommunizieren. Bei meinen Freunden war das Interesse am „RotFuchs“ größer als ich erwartet hatte. Sechs von ihnen sind inzwischen ständige Leser. (...) Wie nicht anders zu erwarten, gab es nicht nur begeisterte Zustimmung. Wiederholt hörte ich das Argument: Das ist die Sprache von gestern. Vertiefende Gespräche darüber zeigten meist, daß das Scheitern der sozialistischen Praxis in der DDR und anderen Ländern primär auf die angebliche Untauglichkeit der marxistisch-leninistischen Theorie zurückgeführt wird, so, als hätte ein Klassenkampf zwischen den beiden Systemen gar nicht stattgefunden. Das „Bleichen der roten Socken“ ist also nicht wirkungslos geblieben. Um so wichtiger erscheint mir, daß der „RotFuchs“ bei der klaren und verständlichen Sprache des Kommunistischen Manifests bleibt. In den letzten zehn Jahren haben wir doch selber erlebt, wie aktuell dessen Aussagen in der uns aufgezungenen asozialen Marktwirtschaft sind. An der ändert auch ein Programm-entwurf nichts, dessen „moderne“ Sprache kaum zu verstehen ist und der nur darauf hinausläuft, aus meiner ehemaligen Partei rotes Gedankengut endgültig zu verbannen. (...) Der Fuchs hat in der Natur bisher selbst dort überlebt, wo man gnadenlos versuchte, ihn auszurotten. Wir sind jetzt weit über 5000 RotFuchse. Stellt Euch doch mal vor, jeder gewinnt noch mal fünf dazu!

Bernd Kozietzki, Berlin

Ich habe in den letzten beiden Ausgaben Eures „RotFuchs“ den Eindruck gewonnen, daß Ihr Euch bemüht, einen etwas sachlicheren Ton gegenüber der vielgescholtenen Parteiführung anzuschlagen, auch wenn Euch dies ganz offensichtlich ziemlich schwerfällt. Das finde ich gut, und deshalb sehe ich auch einen Sinn darin, Euch meine Kritik an der Mai-Ausgabe zu schreiben. Ihr vermittelt im RF auch weiterhin den Eindruck, als gäbe es für Euch kein anderes Thema als die Verteidigung der DDR. Ihr dreht also um, was Ihr der UZ und dem PV so gerne vorwerft, nämlich den „Osten“ zu wenig zu berücksichtigen, und ignoriert so ziemlich alles, was nicht in das Thema „Verteidigung der DDR“ paßt, zumindest was den innenpolitischen Bereich angeht. In der Mai-Ausgabe wird dies m. E. vor allem an der Meldung „Herbert Mies blieb PDS-Hearing fern“ deutlich. In der Tat ist die Haltung von Herbert nachvollziehbar, ob sie politisch klug ist, darüber kann man diskutieren. Das Problem ist, daß Ihr Herberts Haltung als die einzig mögliche beschreibt und gleichzeitig unterschlägt, daß der Genosse Heinz Stehr am Hearing teilgenommen und dieses dazu benutzt hat, Petra Pau die Meinung zu sagen. Auch das ist eine würdige Haltung. (...) Vielleicht erscheint es Euch übertrieben, daß ich so auf einer kleinen Meldung herumreite, aber ich halte sie für exemplarisch für eine Haltung Eurer Gruppe gegenüber Fragen, die nicht unmittelbar Eure persönliche Vergangenheit betreffen. So ist es mir und anderen (jüngeren) Genossinnen und Genossen durchaus bitter aufgestoßen, daß Euch bei der letzten PV-Tagung nur der Tagesordnungspunkt „Forderungen für Ostdeutschland“ interessierte. Ihr am nächsten Tag beim Tagesordnungspunkt „Jugend“ dann durch Abwesenheit gegläntzt habt und Euch dieser - für die Zukunft unserer Partei so wichtige - Punkt in Euren Berichten über

die Tagung keine Zeile wert war. (...)

André Scheer, Hamburg

Bemerkung der RF-Redaktion:

Genosse Scheer irrt, wenn er meint, die drei Vertreter unserer Gruppe Nordost hätten sich lediglich für das Thema Osten interessiert und wären der Beratung am zweiten Tag mutwillig ferngeblieben. Sie waren ausdrücklich nur zu Punkt 1 der Tagesordnung eingeladen.

Grüße Euch in bewegten Tagen und bedanke mich für die Zusendung des „RotFuchs“. Die „Entschuldigungsaktion“ des PDS-Vorstandes bleibt unentschuldigbar. Heute wird alles aus dem historischen Zusammenhang gerissen. Habe 1946 unter dem kommunistischen Stadtrat Ottomar Geschke und dem sozialdemokratischen Genossen Kruschke in einer Antifa-Jugendgruppe aller Parteien und aus allen Sektoren beim damals noch einheitlichen Magistrat viel gelernt und das heißt hauptsächlich: Einigkeit im großen Ziel. Diese vermisse ich aber sowohl bei der PDS, die in Fraktionen gespalten ist, als auch bei der DKP mit ihren verschiedenen Gruppen. Wäre es nicht an der Zeit - auch im Hinblick auf die Wahlen 2002 - ein Bündnis aller Linken einzugehen? Das Einigende über das Trennende stellen? Das muß ja nicht zur Selbstaufgabe der eigenen Überzeugung führen. Das Buch der Genossin Margot Honecker spricht mir aus dem Herzen. Möchte sie auf diesem Wege grüßen. Anbei 30 DM in Form von Briefmarken. (Wie immer für sechs Füsche in sechs Monaten)

Dr. med. Eva-Maria Scholz, Berlin

Lieber „RotFuchs“, vielen Dank für Dein regelmäßiges Erscheinen und die interessanten, informations- und argumentationsreichen, meist tiefgründigen Artikel. Anbei 50 Mark zur Unterstützung.

Rosemarie und Hubert Seibert, Erfurt

Vielen Dank für den „RotFuchs“. Wir freuen uns, wenn er immer wieder kommt. **Heinz und Ilse Thiele, Berlin**

Vergleicht man beide Dokumente - die 11 Forderungen aus Nordost und die Diskussionsgrundlage der 5. Tagung des PV - so wird deutlich, welche unterschiedlichen Erfahrungen und Sichtweisen 40 Jahre deutsche Teilung hervorbrachten. In dem Diskussionsangebot von NO werden die Erfahrungen aus dem praktizierten Aufbau des Sozialismus auf deutschem Boden sichtbar. Präzise und einprägsam wurden die Forderungen formuliert. Meine Eindrücke zeigen, daß diese Inhalte hier angenommen werden. Dabei wirkt der „Aha-Effekt“, es reift die Erkenntnis, daß für Dinge gekämpft wird, welche in der DDR bereits Realität waren und als menschenwürdig erlebt wurden. (...) Keinesfalls geht es bei den 11 Forderungen um eine Restauration der DDR. Sie zu erwarten, wäre lebensfremd und illusorisch. Nun sollte jeder denken, daß die praktischen Erfahrungen der Kommunisten des Ostens beim Aufbau des Sozialismus wie auch bei seinem Untergang für die Genossen des PV der DKP ein Gewinn wären. Statt dessen bezichtigt man die Nordostberliner Genossen sowie den RF der Spalterei und ähnlicher Ungereimtheiten. Noch dazu werden die 11 Forderungen nahezu unkenntlich gemacht bzw. ignoriert. Das Ergebnis ist nun wirklich nur noch ein Minimalkonsens. So wird es für die DKP nicht leichter, Einfluß in den neuen Bundesländern zu gewinnen.

Henrik Fuchs, Wurzen

Und wieder warder „RotFuchs“ eine Freude, ein Lichtblick in der ansonsten tristen und immer unangenehmer werdenden bürgerlichen Medienlandschaft. Der Leitartikel des Mai-Hefes endet mit genau der Forderung (nach einer kommunistisch-sozialistischen Alternativkandidatur-RF), die auch wir haben. Es könnte sein, daß wir in Zukunft andernfalls gar nicht mehr wählen, obwohl wir wissen, daß das falsch wäre. Besonders Beifall spenden wir dem Artikel von Wolfgang Clausner über die Eigentumsfrage. Unsere Zustimmung gehört auch dem Beitrag von Rainer Rupp und der Kritik am PDS-Programmentwurf. Leider ist unser Programm-Vorschlag von H. Kallabis, H.-J. Krusch und I. Wagner nur per Zufall in die Hände gekommen. Wird der Parteivolk der PDS absichtlich vorenthalten? Es scheint so. Aber mit den genannten Verfassern könnte man - denken wir - durchaus diskutieren. Anbei wieder eine kleine Spende.

Helga und Günter Buschow, Schwerin

Herzlichen Dank für die Übersendung des April-Hefts Eurer Zeitschrift. Beiliegend zur finanziellen Unterstützung (Kostendeckung) ein Scheck über 50 Mark.

Mit solidarischen Grüßen und weiter viel Erfolg wünschend **Dr. Sonja und Rudolf Müller, Berlin**

Über den Mai-„RotFuchs“ habe ich mich wieder sehr gefreut, besonders über den Artikel von Klaus Steiniger auf der ersten Seite. Bei der Lektüre „Grundzüge des monopolistischen Kapitalismus“ von Alfred Lemnitz (Dietz Verlag 1975) wird einem die ideologische Herkunft der PDS vor Augen geführt: „Der Renegat Kautsky wurde zum geistigen Vater der antikomunistischen rechtssozialdemokratischen Theorie und Politik des „demokratischen Sozialismus.“ Die Frage ist, ob die Absichten eines Gregor Gysi vielleicht von Anfang an revisionistisch im Sinne eines Gorbatschow waren; auch der hatte jahrelang sein Volk über seine wahren Absichten getäuscht. (...)

Dr. Eva Ruppert, Bad Homburg

Herzlichen Dank für die Nummer 39 des RF. Ihr Inhalt hilft mir, die politische Arbeit, die oft nicht leicht ist, doch weiter zu führen. Zur Zeit sagen einige Genossen im Parteivorstand der PDS Dinge, zu denen sie kein Mitglied beauftragt hat. Hinzu kommt, daß sie zu wenig mit Menschen sprechen, die die Vereinigung von KPD und SPD mitgemacht haben. Sicherlich gibt es nicht mehr viele von ihnen, aber auch Söhne, Töchter und Enkel haben ein Recht, zum Verhalten ihrer Väter und Großväter gefragt zu werden. Mein Bürge für die Partei war 12 Jahre im KZ. Er hat mir damals vom Einheitswunsch der Genossen aus SPD und KPD erzählt, den sie verwirklichen wollten, wenn sie die Hölle des Faschismus überleben würden. (...)

Günter Bauch, Fraureuth

Hallo, liebe Füsche, es ist für einen „halbaufen“ Stehenden schon mehr als grotesk anzusehen, wie sich linke Parteien und Strömungen - allen voran die PDS - wieder einmal in den Haaren liegen und sich selbst zu zerfleischen drohen. Deshalb ist es mir ein Bedürfnis, wenigstens der DKP-Gruppe Nordost mit ihrem unnachahmlichen „RotFuchs“ meine Verbundenheit zu bekunden und auch eine kleine Futterspende rüberzureichen. Schlaw wie dieser bin ich geneigt zu behaupten, der bisherige Bau dürfte über kurz oder lang einigermassen eng werden. Wenn die PDS mit ihrer Selbsterstörung, die mancher dort recht zynisch als Selbstreinigungsprozeß versteht, so weitermacht, werden nicht wenige möglicherweise Zuflucht im „RotFuchs“-Bau suchen. (...) **Torsten Preußing, Berlin**

Beiliegend übermittle ich eine kleine finanzielle Unterstützung. Vielen Dank für die Zusendungen.

Siegfried Schmidt, Meerane/Sachsen

Auch die Ausgabe Nr. 40 des RF setzt Maßstäbe an Wissenschaftlichkeit. Mich bewegt besonders die Rolle historischer Tatsachen und deren bewußte Aneignung für die eigene geschichts-bildende Parteiarbeit. Vorallem drei Beiträge stehen für den dokumentarischen Gehalt des Heftes. So besticht „Die Gruppe Ulbricht“ aus „Rote Kalenderblätter“. Sie legt Zeugnis davon ab, wie wir als Marxisten-Leninisten unsere Verantwortung wahrzunehmen haben. Klaus Steiniger weist mit seinem Leitartikel „Der zweite Parteiputsch“ sehr prägnant darauf hin, warum sich kommunistisch-sozialistische Kräfte bei kommenden Wahlen selbständig profilieren müssen. Schließlich stimme ich Manfred Feldmann aus Wasserburg zu, wenn er schreibt: „Die 11 F (Forderungen aus Nordost - E. R.) sind ein Beitrag zur Stärkung der DKP, sie beziehen sich auf die Beschlüsse des 15. Parteitag“. Bei dieser Gelegenheit darf ich an die Leserkonferenz (s. RF Nr. 37) und insbesondere an zwei der dort unterbreiteten Anregungen erinnern: Bildung eines Förderkreises für den „RotFuchs“ und Gründung einer Gesellschaft zur Verteidigung und Pflege der DDR-Kultur. Wie geht es damit weiter? Anbei eine Spende für unseren „RotFuchs“. **Ernst Rasmus, Berlin**

Mit großer Spannung erwarten wir jede Ausgabe dieser Zeitung. Gerade in der gegenwärtigen Auseinandersetzung innerhalb der Linken in Deutschland ist der „RotFuchs“ für uns eine unverzichtbare Lektüre geworden. Gut finden wir auch, daß er im Internet präsent ist. Auch in unserer Familie findet der RF Interesse. Deshalb bitten wir ein Exemplar an folgende Adresse zu senden...

Joachim und Brigitte Thel, Halle

Mit vielem Dank für die pünktliche Zustellung des RF wiedermal ein wenig Futter. Bitte schickt den „RotFuchs“ ab sofort an zwei Genossen, die gerade aus der PDS ausgetreten sind. Es handelt sich um ...

Margit Brückner-Schaumäker, Berlin

(...) Was soll die Kampagne der Unterstellungen in Bezug auf den „RotFuchs“? Attackieren, diskreditieren und diffamieren sind Methoden des Gegners. Würde diese Intensität genutzt, um ihn anzugreifen, stünden wir wesentlich besser da. Wer die eigenen Genossen derart zur Zielscheibe macht, schadet unserer Sache. Spielt hier nicht auch Neid eine Rolle? Mit der Liquidierung des „RotFuchs“ als DKP-Organ würden viele Mitglieder und Anhänger verlorengehen. Kommt es auf sie nicht an? Liebe Freunde, laßt Euch nicht unterkriegen und bleibt so standhaft wie bisher. Kämpft! Es umarmt Euch

Ruth Kolb, Berlin

Die Mai-Nummer war wieder ein „Schwergewicht“ und hatte, wie immer, eine große Resonanz. (Ich bekam etliche Anrufe von Lesern.) Wir kämpfen weiter - gegen den Klassenfeind und gegen jeden Versuch aus den eigenen Reihen, die marxistisch-leninistische Linie zu verwässern. **Dieter Itzerott, Torgau**

Euren „RotFuchs“ lesen wir immer wieder gern und übersenden Euch deshalb 50 DM für Portokosten usw. Wir hoffen, Euch auf unserem UZ-Pressesfest wiederzusehen und senden Euch bis dahin rote Grüße **Heinz und Lisel Deymann, Nordhorn**

Habe gerade die „RotFuchs“-Ausgabe vom Mai erhalten und finde Eure Beiträge weiterhin sehr gut. Emil Carlebachs Bücher habe ich mit Interesse gelesen. Ende Mai erschien von ihm bei Pahl-Rugenstein „Am Anfang stand ein Doppelmord“. Ich möchte darauf aufmerksam machen. (...) **Birgit Schumann, Berlin**

Vielen herzlichen Dank für die drei ersten Jahrgänge des „RotFuchs“ auf CD. Damit habe ich nun einen raumsparenden Ausgabe der Parteizeitung, die ich bisher nur in Schnellheftern aufbewahrte und von der ich auf kein einziges Exemplar verzichten möchte. Hoffentlich kommen noch recht viele Jahrgänge dazu. Gestern habe ich die Rede von Heinz Stehr gelesen, die er auf der 5. PV-Tagung gehalten hat, wo es um die 11 Forderungen, um die Parteigruppe Nordost und um den „RotFuchs“ ging. Die Beschimpfung von Bruni und Klaus Steiniger sowie der Zeitung ist nicht zu ertragen. (...) Für den „RotFuchs“ und die CD lege ich etwas bei. **Dr. sc. Sigmar Eßbach, Berlin**

Wir möchten auf den Leserbrief von Elsa Schmidt (RF 40) reagieren und uns den Genossen wenden, der sich „nicht an einer Spaltergruppe beteiligen“ möchte...

Lieber unbekannter Hamburger DKP-Genosse, wir freuen uns, daß Dir alle Artikel im „RotFuchs“, den Dir Elsa zu lesen gab, gefallen. Auch daß Du würdigst, daß nicht alle SED-Genossen Herm Gysi, auf den Leim gegangen sind. Aber Deine Schlußfolgerung, Du möchtest Dich nicht an einer „Spaltergruppe“ beteiligen, macht uns etwas traurig. (...) Es ist schon wahr, daß Einheit und Geschlossenheit das Wichtigste sind; fünf zu einer Faust geballte Finger sind bekanntlich unzerbrechlich, aber die Faust braucht auch einen „klaren Kopf“, damit sie den Schlag in der richtigen Weise führen kann.

Nur darum gibt es von der Gruppe Berlin Nordost kritisch-ideologischen Widerstand. Wir gehören der Gruppe organisatorisch nicht an, fühlen uns ihr aber verbunden.

Rosi und Wolfgang Nicolas, Brandshagen

Es gehört viel Raffinesse dazu, eine Partei wie die PDS, die aus der SED hervorgegangen ist, durch mehrere Parteiputsche kapitalismuszah zu machen. Darin besitzen die Herrschenden schon reichlich Erfahrung - zum Beispiel haben sie das bei der einst ebenfalls marxistischen SPD ausprobiert. Diese hat sich ganz allmählich zu einer bürgerlichen Partei gewandelt, die dem kapitalistischen Eigentum und seinen Machtverhältnissen nicht mehr gefährlich wird. Mit den durch Gabi Zimmer angestrebten programmatischen Veränderungen auf der Grundlage des Textes von Klein und den Brüdern Brie verwandelt sich die PDS Schritt für Schritt in eine verkappte antikomunistische Partei. Es sollte mich wundern, wenn die Kapitalisten ihr „überschüssiges Kapital“, das Norbert Paulig im Mai-„RotFuchs“ beschreibt, nicht auch in diesem Falle hier und dort eingesetzt hätten. Das läßt sich z. B. auch über die Bereitstellung von Staatsgeldern für Parlamentarier, Stiftungen und andere Zwecke unschwer regeln. Die Ursachen des Opportunismus sind nun einmal überwiegend materieller und ökonomischer Natur.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf



Am 13. 6. 2001 beging unsere Leserin Genossin **Gretel Neumann** in Dresden ihren 85. Geburtstag. Wir grüßen die standhafte Kommunistin, die als politische Gefangene der Faschisten im Zuchthaus Waldheim und spätere Richterinnen in den Waldheim-Prozessen ihren aktiven Widerstand gegen den Ungeist der Hitlerschen Verbrecher unter Beweis gestellt hat. Wir danken Gretel für ihre stetige Unterstützung des „RotFuchs“ in Wort und Tat.

Am 8. Juli 2001 vollendet unser Genosse **Prof. Dr. Dr. Fred Müller** sein 89. Lebensjahr. Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, Interbrigadist in Spanien, Kämpfer für die DDR in vorderster Front, besitzt er die Verehrung und Sympathie unserer Gruppe. Herzlichen Glückwunsch!

Solidarische Grüße gehen an Genossen **Karl Schaller**, der am 28. Juni 2001 seinen 77. Geburtstag begeht. Wir gratulieren Genossin **Helga Schröder**, die nur einen Tag später ihr kalendarisches Jahresziel erreicht.

Am 21. Mai 2001 starb im Alter von 84 Jahren unser treuer Leser, der Antifaschist, Kommunist, Literat und frühere Präsident des P. E. N.-Zentrums der DDR,

Genosse **Prof. Heinz Kamnitzer**.

Wir trauern um einen hervorragenden Essayisten und Poeten, einen aufrechten Menschen und ergebenen Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse.

Hinweis: Wir machen darauf aufmerksam, daß die Veranstaltung mit Gen. Patrik Köbele am 29. Juni 2001 um 19.00 Uhr eine Mitgliederversammlung der DKP Gruppe Nordost ist.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
08. Juni 2001
Und der folgenden: 08. Juli 2001

TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Wir laden alle Mitglieder, Sympathisanten und Freunde zu einer öffentlichen Veranstaltung der DKP-Gruppe Nordost am **24. Juli 2001**, um **18.00 Uhr** in den Blauen Salon des alten ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz ein.

Genosse **Siegfried Wenzel**, ehem. Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR, spricht über das (auch in seinem gleichnamigen Buch behandelte) Thema **„Was war die DDR wert?“**

Am **Sonnabend**, dem **23. Juni 2001**, findet auf dem **Gelände des UZ-Pressfestes** um **17.00 Uhr** im Brandenburger Zelt eine Informationsveranstaltung zu dem Thema **„Der ‚RotFuchs‘ stellt sich vor“** statt. Der verantwortliche Redakteur und ständige Mitarbeiter geben Auskunft über die kommunistische Zeitung aus dem Osten.

Am **1. Juli 2001**, um 19.00 Uhr führt der **Marx-Engels-Club** eine Veranstaltung zum **80. Jahrestag der Gründung der KP Chinas** durch.

Ort: Franz-Mehring-Platz 1

Es sprechen ein **Vertreter der KP Chinas** und Botschafter a. D. **Rolf Berthold**.



Idee: Kurt Andra

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost

REDAKTEUR (ViSDP):

Dr. Klaus Steiniger

Teterower Ring 37

12619 Berlin

Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt Andra,

Matthias Bublitz

Wolfgang Clausner

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Arno Fleischer

Walter Florath

Ernst Heinz

Heinz Herresbach

Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar

Dieter Itzerott

Monika Kauf,

Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf

Wolfgang Metzger

Dr. Annemarie Mühlefeldt

Frank Mühlefeldt

Armin Neumann

Dr. Norbert Pauligk

Rainer Rupp

SHAHAR

Karl-Eduard v. Schnitzler

Dr. Hartwig Strohschein

Herbert Thomas

Dr. Ing. Peter Tichauer

Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.